

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1925

10.07.1925 - Sitzung Nr. 12

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft

Sigung vom 10. Juli 1925

Es fehlten entschuldigt: Becké; Castendyk; Eckermanns; Gildemeister Dr.; Glade; Heinzler; Hertel Dr.; Holthoff Dr.; Klenke; Kossow Dr.; Krischok; Kühl; Müller; Rhein; Rossmann Dr.

Unentschuldigt fehlte niemand.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
I. Kleine Anfrage: Brautstraßenbrücke (Nr. 11.)	268	VI. Mündlicher Bericht des Ausschusses wegen Wohnungswesen	292
II. Kleine Anfrage: Schlachthofgebühren (Nr. 11.)	269	VII. Mitteilung des Senats vom 22. Mai 1925	
III. Mitteilung des Senats vom 27. Juni 1925		5. Enteignung für neue Hafenanlagen am linken Weserufer	294
1. Bau einer Badeanstalt am Peterswerder	269	VIII. Antrag: Behebung der Kredit- und Kapitalnot (Nr. 10.)	(N. j. B. g.)
2. Umgestaltung der Einfahrt zum Hafen II	270	IX. Antrag: Gebühren für Neumessung von Grundstücken (Nr. 10.)	(N. j. B. g.)
3. Errichtung eines neuen und Umbau des alten Wirtschaftsgebäudes auf dem Areal der Strafanstalt	270	X. Antrag: Brautstraßenbrücke (Nr. 11.)	(N. j. B. g.)
4. Pflegeheim Wolfskuhle. (Dazu M. d. S. v. 3. 7. 1925.)	270	XI. Antrag: Sonderklassen für das dritte und vierte Schuljahr (Nr. 11.)	(N. j. B. g.)
6. Polizeigebürgeregesetz	275	XII. Mitteilung des Senats vom 5. Juli 1924	
IV. Mitteilung des Senats vom 3. Juli 1925		Berwaltungsreform	(N. j. B. g.)
1. Erweiterung des Maschinenbaulaboratoriums an den Technischen Staatslehranstalten	275	XIII. Mitteilung des Senats vom 27. Februar 1924	
2. Schulgeld an den staatlichen höheren Schulen Bremens	275	3. Kreisordnung	(N. j. B. g.)
4. Regelung der Sachverständigengebühren für Aerzte usw.	276	XIV. Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 1924	
V. Mitteilung des Senats vom 19. Juni 1925		Zusammenschluß von Geestemünde und Lehe	(N. j. B. g.)
1. Wohnungsfragen	276	XV. Mitteilung des Senats vom 26. Juni 1925	
2. Gewährung staatlicher Tilgungshypotheken	276	1. Ordentlicher Haushalt für das Rechnungsjahr 1925	(N. j. B. g.)
		2. Außerordentlicher Haushalt für das Rechnungsjahr 1925	(N. j. B. g.)
Außerhalb der Tagesordnung wurde verhandelt über:		Ausbau der Sebaldsbrücker Heerstraße	269

Präsident R. Dunkel.

Eröffnung der Sitzung 4 Uhr.

Präsident: Gegen die Niederschrift der letzten Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Unter den Eingängen befindet sich eine Senatsvorlage betr. Ausbau der Sebaldsbrücker Heerstraße, auf deren baldige Erledigung der Senat Wert legt. Wird Einspruch erhoben, daß ich diese Vorlage heute zur Verhandlung bringe? Das ist nicht der Fall; dann werde ich sie nachher zur Verhandlung stellen.

Gegen den Beschluß der Bürgerschaft vom 26. Juni betr. Aenderung der Anlage A des Gesetzes betr. die Schätzung von Grundstücken und des Gesetzes betr. Erhebung einer Kanalabgabe, hat der

Senat gemäß § 4 Absatz 4 der Verfassung Einspruch eingelegt. Wenn also heute von der Bürgerschaft aus in dieser Sache nichts weiter geschieht, so ist die Sache bis nach den Ferien ausgesetzt.

Der Bezirksvorstand der Roten Hilfe Nordwest lädt die Bürgerschaft zu seinem am 19. Juli im Hause des IOBZ., Georgstraße, stattfindenden ersten Bezirkstage ein.

Der Internationale Möbeltransport-Verband sendet uns eine in Bad Deynhausen einstimmig gefasste Entschliebung hinsichtlich der Betätigung der Kraftverkehrsgesellschaften im Möbeltransport.

Der Landesverband bremischer Polizeibeamten sendet uns eine Entschliebung betr. Umorganisation des Polizeikörpers.

Eingegangen ist eine Eingabe von 242 Bewohnern von Kattenturm, Neuenlande, Arsterdamm, Huckelriede, Kattenesch usw., die sich gegen die Einrichtung eines Pflegeheims auf dem Gute Wolfskuhle aussprechen.

Meine Damen und Herren! Sie werden sich erinnern, daß in der vorigen Sitzung der Bürgerschaft ein Beschluß gefaßt worden ist, ein Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Herrn S. Osterloh wegen Beleidigung des Arztes Dr. Braun in Bremerhaven zur nochmaligen Prüfung an den Geschäftsordnungsausschuß zurückzuverweisen, weil Herr Globig angab, daß ein Widerruf in der „Arbeiter-Zeitung“ bereits erfolgt sei. Ich hatte Herrn Osterloh um Uebersendung der betr. Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ gebeten. Daraufhin habe ich von Herrn Globig folgendes Schreiben erhalten:

„Auf Grund Ihrer Zuschrift vom 1. Juli d. J. an Herrn Osterloh habe ich Ihnen im Auftrage der kommunistischen Bürgerschaftsfraktion und der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ folgendes mitzuteilen und bitte Sie höflich, dasselbe in der kommenden Bürgerschaftssitzung verlesen zu wollen:

Gleich nach Eintreffen der Zuschrift des Rechtsanwalts Dr. Pane, Bremerhaven, an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“, in welcher er im Auftrage seines Mandanten, des versehentlich beschuldigten Herrn Dr. Braun, Bremerhaven, uns eine Richtigstellung und Forderung einer Buße von 100 M unter Strafandrohung zusandte, hat die Redaktion in einer gemeinsamen Besprechung zu diesem peinlichen Versehen Stellung genommen und beschlossen, die Berichtigung sofort mit ausdrücklichem Bedauern in der Zeitung zu veröffentlichen; im übrigen aber die geforderte Buße von 100 M abzulehnen, da die Redaktion, wie auch aus der Berichtigung hervorgehen sollte, nur durch fahrlässige Information getäuscht worden war. Es lag wirklich nur eine Namensverwechslung vor, da sich der Fall im übrigen, so wie dargestellt, zugetragen hat. Dieses Schreiben ging am 6. Mai an den Rechtsvertreter des Herrn Dr. Braun, Herrn Rechtsanwalt Dr. Pane, ab. Daraufhin verlangte im Antwortschreiben Herr Dr. Pane die Nennung des Gewährsmannes, um gegen diesen Beleidigungsklage anzustrengen.

Herr Osterloh lehnte die Nennung des Gewährsmannes ab, da es nicht redaktionellen Gewohnheiten entspricht, Gewährsleute preiszugeben.

Entgegen dem ausdrücklichen Beschluß der Redaktionskonferenz ist während dieses Briefwechsels versehentlich die Veröffentlichung der Berichtigung in der „Arbeiter-Zeitung“ unterblieben. Ich bedauere dies um so mehr, als ich in der Bremer Bürgerschaft, ausgehend von der Ueberzeugung, daß die Berichtigung, wie verabredet, schon vor Wochen in der „Arbeiter-Zeitung“ gebracht wurde, die wiederholte ausdrückliche Versicherung abgab, daß die korrekte Entschuldigung Herrn Dr. Braun gegenüber inzwischen öffentlich erfolgte.

Ich gebe mit diesem die Versicherung ab, daß dies in der nächsten Nummer der „Arbeiter-Zeitung“, also am Sonnabend, dem 4. Juli, geschehen wird. Ein Belegeemplar geht Ihnen am gleichen Tage zu.“

Die Berichtigung ist dann erfolgt, allerdings nicht am 4., sondern erst am 6. Juli; sie lautet:

„Wir veröffentlichten am 18. April die Zuspaltung eines Arbeiters, welcher die Zustände im „Armenwerkshaus Männer- und Frauenheim Bremerhaven“ kritisierte. In diesem Artikel wurde infolge Namensverwechslung der Bremerhavener Arzt Dr. Braun zu Unrecht beschuldigt, in fahrlässiger Weise die Insassen behandelt zu haben. Wie wir inzwischen feststellen konnten, sind die gegen Dr. Braun erhobenen Beschuldigungen in jeder Weise unrichtig, da Herr Dr. Braun nicht der zuständige oder irgendwie beteiligte Arzt ist. Wir bedauern außerordentlich, daß wir durch fahrlässige Information Herrn Dr. Braun zu Unrecht beschuldigten und veröffentlichten gern nachstehende Richtigstellung:

Die in der Beilage der „Roten Wacht“ vom 18. April 1925 über mich gebrachten Behauptungen entsprechen in keiner Weise der Wahrheit.

1. Ich bin nicht zuständiger Arzt für das Armenwerkshaus und habe mit der Behandlung der städtischen Armen nichts zu tun.
2. Ich habe überhaupt keine Insassen des Armenwerkshauses geschweige denn den mir völlig unbekanntem Fricke behandelt.
3. Ich habe überhaupt niemals einem Patienten die Ueberführung in das Krankenhaus streitig gemacht.

Dr. Braun.“

Meine Damen und Herren! Unter diesen Umständen darf ich annehmen, daß Ihr Beschluß in der vorigen Sitzung, diesen Fall durch den Geschäftsordnungsausschuß nochmals prüfen zu lassen, hinfällig ist, denn die Sache ist doch nunmehr klargestellt. Es wird also dem nichts entgegenstehen, daß wir jetzt über den Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Aufhebung der Immunität des Herrn Osterloh abstimmen.

Der Antrag auf Aufhebung der Immunität wird mit 44 gegen 36 Stimmen angenommen.

Wir treten nunmehr in unsere Tagesordnung ein.

Kleine Anfrage: Brautstraßenbrücke.

(Wortlaut s. S. 234.)

Der Präsident des Senats schreibt:

Auf die Kleine Anfrage, betreffend Sperrung der Brautstraßenbrücke, erwidert der Senat, daß eine Untersuchung der Brücke ergeben hat, daß die Pfähle des hölzernen Strompfeilers in der Zone des Tidewechsels und auch die Holzkonstruktion der Fahrbahntafel stark angefault sind, wodurch die Tragfähigkeit der Brücke beeinträchtigt wird. Ebenso ist das Hartholzplaster sehr abgängig. Ferner hat sich aus häufig vorkommenden Beschädigungen des hölzernen Mittelpfeilers durch den Schiffsverkehr die Unzulänglichkeit der Durchfahrtsweiten ergeben. Aus Gründen der Sicherheit konnte es daher nicht

mehr verantwortet werden, die Brücke im Verkehr zu belassen. Sie mußte für den Fuhrwerksverkehr gesperrt werden, der Fußgängerverkehr konnte noch zugelassen werden. Es wird zurzeit geprüft, ob die Brücke abgebrochen und durch eine neue ersetzt werden soll.

Kleine Anfrage: Schlachthofgebühren.

Ist dem Senat bekannt, daß auf dem bremischen Schlachthof dänisches Rindvieh zum Satz von 1 *M* Auftriebgebühr und 5 *M* Schlachtgebühr aufgetrieben und geschlachtet werden darf, wogegen für deutsches Vieh 2 *M* und 12 *M* zu zahlen ist? Das Fleisch dieses dänischen Viehes bleibt nicht in Bremen, sondern kommt zum Export nach anderen Städten; diese Verbilligung kommt also nicht Bremen zugute. Im Gegenteil, die bremischen Konsumenten müssen für jedes Stück Dänenvieh im Fleischpreise 8 *M* Verteuerung tragen, da nachgewiesenermaßen der Schlachthof nur bei einer Gebühr von 2 und 12 *M* seinen Haushalt balanzieren kann.

Was gedenkt der Senat zu tun, um diesen Uebelstand, der in keiner Weise wirtschaftlich ist und nur zum Schaden der bremischen Konsumenten in Gestalt von Fleischverteuerung ausschlägt, so schnell wie möglich abzustellen?

Schriftliche Antwort genügt. Depken.

Der Präsident des Senats schreibt:

Auf die Kleine Anfrage, betreffend Ermäßigung der Schlachthofgebühren für dänisches Rindvieh, erwidert der Senat, daß für die Festsetzung der Schlachthofgebühren die Deputation für den Schlachthof zuständig ist. Der Fragesteller muß daher wegen Beantwortung seiner Anfrage an die Deputation für den Schlachthof verwiesen werden. (Heiterkeit. — Depken: Da hätte ich dem Senat doch mehr zugestraft!)

Ausbau der Sebaldsbrücker Heerstraße.

Die Vorlage wird angenommen.

Bau einer Badeanstalt am Peterswerder.

Dr. B u s s (D.-N.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Freunde werden der Vorlage selbstverständlich zustimmen, da es ganz unmöglich ist, den Bau nun stoppen zu lassen, weil die nötigen Mittel nicht da sind. Es ist in unserer Fraktion zur Sprache gekommen, ob die Bauten, die bisher auf diesem Terrain ausgeführt worden sind, auch unter behördlicher Aufsicht stehen. Ich habe mich mit Herrn Senator Thalenhorst in Verbindung gesetzt, der mir versicherte, daß bei der Uebernahme einer weiteren Bürgerschaft von 200 000 *M* eine besondere Kontrolle seitens der Baubehörde stattfinden soll. Es ist wichtig, daß der Staat bei der Uebernahme einer Bürgerschaft von 450 000 *M* die Sicherheit hat, daß dieser Bau auf ordnungsmäßigem Wege ausgeführt wird. Wir stimmen also der Vorlage zu. Im übrigen hat die Behörde für Leibesübungen und Jugendpflege erklärt, sie hätte beschlossen: „Senat und Bürgerschaft die Uebernahme dieser erweiterten Bürgerschaft unter der Voraussetzung zu empfehlen, daß durch diese Verpflichtungsübernahme das Pro-

jekt zur Errichtung eines Stadions auf dem Werder nicht beeinträchtigt wird.“ Es ist nach meiner Auffassung selbstverständlich ganz unmöglich, daß die Bürgerschaft eine solche Erklärung abgibt. Wir stehen der Anlage eines Stadions außerordentlich sympathisch gegenüber, aber wir müssen es ablehnen, im gegenwärtigen Stadium eine Bindung hinsichtlich des Stadions einzugehen. Die Sache des Stadions mit der Vorlage zu verquickeln, ist unmöglich. Also: Der Vorlage, wie sie ist, stimmen wir zu.

R u m p f (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Besürwortern dieser Vorlage im Amt für Leibesübungen und Jugendpflege ist selber nicht ganz wohl bei der Begründung ihrer Vorlage gewesen. Die betreffende Behörde ist sich des Widerspruches wohl bewußt gewesen, daß sie hier etwas bewilligen will, was einem Verein zugute kommt, ohne daß sie die Garantie hat, daß diese bewilligten Gelder der Allgemeinheit zugute kommen. Wenn wir die Entwicklung der Sportvereine beobachten, können wir Auswüchse feststellen, die nach meiner Meinung für die Zukunft ins Ungemessene steigen. Viele bürgerliche Sportvereine sind reine Geschäftsunternehmungen geworden, die ihren Sport treiben, um Geschäfte zu machen, die gar nicht mehr das Grundprinzip verfolgen, der Allgemeinheit bzw. einem großen Kreis der Bevölkerung wirkliche Körperkultur zu vermitteln, die nur darauf ausgehen . . . (Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.) Herr Dr. Buss ist mit seiner Fraktion der Meinung, daß die Bürgerschaft sich nicht verpflichten kann, wenn der Senat für das private Stadion eines Sportvereins für 450 000 *M* die Bürgerschaft übernimmt — wir dürfen wohl darüber im klaren sein, daß weitere 200 000 *M* nachkommen werden, wenn diese letzten 200 000 *M* verbraucht sind —, daß das amtliche Stadion, was der Allgemeinheit zugute kommen soll, woran die Arbeiterturnvereine usw. stark interessiert sind, daß dieses Stadion dann nicht unter den Tisch fällt. Die große Gefahr besteht, und der Herr Bürgermeister Dr. Buss war so liebenswürdig, schon anzudeuten, wie die Vorlage letzten Endes laufen würde. Darum bin ich der Meinung, daß wir diese Gelder nicht so ohne weiteres bewilligen. Ich stelle deshalb den besonderen Antrag, daß die Bürgerschaft beschließt, den Senat zur Erstattung eines Berichts zu beauftragen, ob die Möglichkeit besteht, dieses Stadion in die staatliche Regie zu überführen. Ich sehe darin die einzige Garantie, daß die Gelder richtig angewandt werden. Auch ich stehe auf dem Standpunkt des Herrn Bürgermeisters Buss, daß nach seiner Meinung der ganze Bau hätte mehr kontrolliert werden müssen, und ich kann mich erinnern, daß ich die Mitteilung aus einer Sitzung des Amtes für Leibesübungen erhalten habe, in der dem A.B.S. der Vorwurf gemacht wurde, daß seine Einnahmen und Ausgaben sich nicht auf kaufmännischer Bahn bewegen, daß da etwas nicht stimmt. Darum hat die Bürgerschaft und die bremische Bevölkerung ein Interesse daran, daß hier Ordnung geschaffen wird, daß man weiß, wie gebaut wird und wo die

Gelder bleiben. Deshalb stelle ich meinen Antrag, der vorläufig nur einen Bericht fordert, wie dieses Stadion in staatliche Regie übergeführt werden kann. Ich bitte, ihm Ihre Zustimmung zu geben.

Prof. Dr. Diez (D. V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann gegenüber den Ausführungen des Herrn Rumpf nur sagen, daß meine Fraktion der Vorlage des Senats zustimmen wird. Wir glauben, daß, wie Herr Dr. Buff schon ausgeführt hat, die Arbeiten an dem Stadion nicht liegen bleiben können, daß sie vielmehr fortgeführt werden müssen, und daß wir durch eine Zeitverräumnis nur dazu beitragen würden, die Kosten der ganzen Anlage noch zu erhöhen. Ich bitte die Bürgerschaft, der Vorlage zuzustimmen.

Der Antrag Rumpf wird abgelehnt.

Die Vorlage wird angenommen.

Umgestaltung der Einfahrt zum Hafen II.

Meister (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Vorlage werden von der Bürgerschaft 1 100 000 M verlangt, um die Einfahrt zum Hafen II umzugestalten. In sachlicher Hinsicht werden wir uns mit der Bewilligung dieser Summe einverstanden erklären. Wir haben jedoch dabei zu bemerken, daß wir wünschen, daß Vorlagen von einer so großen Bedeutung frühzeitiger an die Bürgerschaft gelangen. Im vorliegenden Falle sind die Arbeiten schon seit acht Tagen im Gange; drei Bagger sind dort beschäftigt, und jetzt kommt erst die Vorlage. Das geht nicht an. Wir möchten deshalb darum bitten, daß die Deputation für Häfen und Eisenbahnen uns derartige Vorlagen so frühzeitig übermittelt, daß die Gelder rechtzeitig bewilligt werden können.

Die Vorlage wird angenommen.

Errichtung eines neuen und Umbau des alten Wirtschaftsgebäudes auf dem Areal der Strafanstalt.

Globig (R.): Die kommunistische Fraktion hat wiederholt zu Gefängnisbauten und -anbauten Stellung genommen und ihren Standpunkt entwickelt. Ich will ihn bei dieser Gelegenheit wiederholen, weil hier erhebliche Mittel zum Ausbau bzw. Neubau eines Wirtschaftsgebäudes einer Gefängnisanstalt verlangt werden. Wir bewilligen grundsätzlich für Gefängniszwecke nichts. Wir wissen aber, daß der Strafvollzug in der deutschen Republik so erbärmlich wie in fast keinem anderen Staate der Welt ist, und wir stimmen aus diesem Grunde jeder Verbesserung des Strafvollzuges zu und befürworten alle Einrichtungen, die einer Verbesserung des Strafvollzuges dienen. (Aha!-Rufe.) Wir halten diese Vorlage für eine solche, die unter diesem Gesichtspunkt fällt. Wir haben in der „Arbeiter-Zeitung“ auf skandalöse Mißstände in Oslebshausen hingewiesen, wo die Gefangenen bei ihrer Arbeit geradezu gefährdet waren, daß man sie bewußtlos aus ihren verschlossenen Arbeitsräumen herausgebracht hat. Nach der Vorlage soll diesen von uns gekennzeichneten Mißständen abgeholfen werden. Und noch aus einem anderen Gesichtspunkte stimmen wir für eine Ver-

besserung der Wirtschaftsanlagen der Gefangenenanstalt. Wir halten die rückständigen Produktionsmethoden, die eine geradezu stumpfsinnige Beschäftigung der Strafgefangenen in den Gefängnissen bedeutet, für eine Barbarei und Qual. Wir stimmen darum jeder Verbesserung der Technik und Produktionsmethode für diese Strafgefangenen — soweit sie sich freiwillig zu dieser Arbeit melden — aus sozialen Rücksichten zu. Wir wollen die Isolierung der Gefangenen durchbrechen. Aus diesen Gründen stimmen wir der Verbesserung der Wirtschaftsgebäude bzw. dem Ausbau zu.

Die Vorlage wird angenommen.

Pflegeheim Wolfskuhle.

Depken (D.-R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Vorlage ist uns erst vor wenigen Tagen zugegangen. Heute ist bereits eine Beschwerdeeingabe von den Bewohnern der dortigen Gegend eingegangen, die vom Herrn Präsidenten zu Eingang der Sitzung verlesen worden ist. Eine andere Beschwerde ist uns vor wenigen Minuten überreicht worden; sie stammt vom Stadt- und Landbund. Aus allen diesen Gründen bitte ich, die Beratung der Vorlage heute auszusetzen.

Präsident: Wird Einspruch gegen diesen Wunsch des Herrn Depken erhoben? (Lebhafter Widerspruch auf der Linken.)

Frau Harder (S.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Mit Rücksicht darauf, daß das Pflegeheim unbedingt notwendig ist, und daß es bereits zum 1. August eröffnet werden soll, halten wir es für notwendig, diese Vorlage heute zu verabschieden. Die Gründe, die soeben von Herrn Depken vorgebracht worden sind, können für uns nicht maßgebend sein. Denn die Frage der Errichtung eines Pflegeheims in der Wolfskuhle ist bereits seit einem Jahr und länger besprochen worden. Wir haben erwogen, ob es möglich wäre, das Gut Wolfskuhle für irgendwelche andern Zwecke zu verwenden, wir haben auch den Verkauf dieses Grundstücks erwogen, um für den Staat dabei noch etwas herauszuschlagen, aber alles das hat sich als unmöglich herausgestellt. Deswegen bitte ich, über die Vorlage heute zu verhandeln.

Frau Bahnsen (D.): Aus denselben Gründen, die Frau Harder vorgetragen hat, bitte auch ich, heute über die Vorlage zu verhandeln.

Dr. Buff (D.-R.): Herr Präsident! Es ist doch eine alte Gepflogenheit in diesem Hause, wenn eine Fraktion die Aussetzung einer Vorlage beantragt, daß dem Folge gegeben wird. Ich bitte zu berücksichtigen, daß die Vorlage der Bürgerschaft erst seit Dienstag bekannt ist, und daß zudem aus weiten Kreisen der bremischen Bevölkerung Widerspruch dagegen erhoben wird. Es muß uns deshalb zum mindesten Gelegenheit gegeben werden, die Sache zu prüfen. Daß die Sache jetzt in der letzten Sitzung vor den Ferien herankommt, ist doch nicht unsere Schuld; da hätten die maßgebenden Instanzen einige Wochen vorher damit kommen müssen.

Prof. Dr. Diez (D. V.): Herr Präsident! Mir scheint auch, daß die Aussetzung dieses Gegenstandes notwendig ist. Wir haben die Vorlage erst am Dienstag bekommen. Zudem ist sie der Öffentlichkeit nur auszugsweise bekannt, so daß die Interessenten, die in jener Gegend wohnen, gar keine Gelegenheit gehabt haben, ihren Widerspruch rechtzeitig vorher anzumelden. Wenn aber Widerspruch erfolgt, so ist es die Pflicht der Bürgerschaft, die Sache zu prüfen. Ich erinnere z. B. daran, daß die Bürgerschaft das auch bei der Vorlage betr. des Schulhofes an der Helgolander Straße wiederholt getan hat, als Einspruch aus den Kreisen der dortigen Anwohner an uns gelangt war.

Theil (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist außerordentlich bedauerlich, daß nun gegen den Einspruch der Frau Harder Einspruch erhoben wird. Wenn es sich um eine kleine Sache handelte, wie es z. B. die Vorlage wegen des Schulhofes an der Helgolander Straße war, dann stände ja nichts im Wege, die Sache nochmals auszusetzen. Wo es sich aber um eine so große und wichtige Angelegenheit handelt, wie in diesem Falle, die doch in allen Kreisen der Bevölkerung fortgesetzt besprochen worden ist, da sollte man doch endlich einmal zur Verabschiedung schreiten. Außerdem stehen den Herren der beiden Rechtsfraktionen ja noch andere Prüfungsmöglichkeiten offen, sie können beantragen, die Sitzung um eine Viertel- oder eine halbe Stunde zu vertagen. Falls das von Ihnen nicht beliebt werden sollte, so müßte meine Fraktion allerdings zumindestens darauf bestehen, daß am kommenden Freitag, spätestens aber in 14 Tagen, eine Sitzung der Bürgerschaft stattfindet. (Lachen und Widerspruch rechts.)

Präsident: Ich sehe mich gezwungen, über den Antrag, heute über diese Vorlage zu verhandeln, abstimmen zu lassen.

Der Antrag, heute über die Vorlage zu verhandeln, wird angenommen.

Präsident: Wir treten also jetzt in die Verhandlung des Gegenstandes ein.

Frau Bahnsen (D.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wenn die Behörde für das Wohlfahrtswesen heute der Bürgerschaft den Bericht über ein dem Pflegeamt anzugliederndes Pflegeheim zur vorübergehenden Aufnahme von gefährdeten weiblichen Personen hat zugehen lassen, so darf ich mich darin wohl eins wissen, wenigstens mit allen Frauen, die in der Bürgerschaft versammelt sind, daß wir erfreut sind, daß wir damit endlich einen Schritt weitergekommen sind auf dem Wege der erzieherischen und pädagogischen Fürsorge für solche Mädchen, die auf eine schiefe Ebene geraten sind durch das heutige Großstadtleben, durch die immer mehr zunehmende Genußsucht, durch Erwerbslosigkeit, durch ungünstige Veranlagung, durch häusliches Elend und ganz zweifellos in vielen Fällen auch wohl durch all die furchtbaren Folgen der heutigen Wohnungsnot, die ja der Ruin jedes Familienlebens ist. Denn diese vielfachen inneren

und äußeren Einwirkungen und Einflüsse, die bei den jungen Männern meist zu kriminellen Verfehlungen führen, führen bei den jungen Mädchen zu mehr oder minder großer sittlicher Gefährdung. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte auf dem großen Gebiet der Sittlichkeitsbewegung haben gezeigt, daß mit dem bisherigen System vollkommen gebrochen werden muß. Nicht der Schutzmann und die Polizei dürfen hier mehr das Sagen haben, wenn sie leider auch selbstverständlich nie ganz zu entbehren sein werden. Nur der Geist und der Einfluß erzieherisch geschulter und mütterlich empfindender Frauen sollte in Zukunft auf diesem Gebiet gehört werden und mitzusagen haben. Da bei manchen dieser Mädchen zweifellos eine krankhafte Veranlagung zu den ungünstigen Einflüssen hinzukommt, so ist es sicher zu begrüßen, daß für Jugendliche eine besondere Abteilung geschaffen wird, wo sie der Beobachtung durch einen Psychiater unterliegen. Wir haben vorläufig Raum genug, um diese zwei Abteilungen unterzubringen. Ich hoffe, daß auch hier in Bremen wie in den andern, etwa 60, Städten, in denen bereits eine planmäßige Gefährdetenfürsorge besteht, die Arbeiten des Pflegeamts unterstützt und eigentlich überhaupt erst ermöglicht werden durch ein solches Pflegeheim. Ich fürchte nur, daß der Raum des Heims demnächst zu klein werden dürfte, um wirklich diese beiden verschiedenen Abteilungen zu beherbergen. Denn darüber müssen wir uns klar sein: Die Ursachen für eine solche Gefährdung der Mädchen sind sehr häufig schon in den Kinderjahren zu suchen, und die erzieherischen Maßnahmen müßten eigentlich schon dann einsetzen. Was der Staat versäumt, den Kindern an Möglichkeiten zu körperlicher und geistiger Gesundheit zu schaffen, was der Staat versäumt, ihnen an Erziehungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zuteil werden zu lassen, das muß später mit schweren Opfern erkaufte werden, wenn es nicht dann doch noch heißt: Es ist zu spät! Ich denke da ganz besonders nicht nur an Kinderspielfläche, sondern auch an Kindergärten und Kinderhorte, die in den Kriegsjahren fast ganz eingegangen sind und deren Wiederaufbau allerdingstes Erfordernis ist.

Die Aufgaben, die ein solches Pflegeheim zu lösen hat, gehören zweifelsohne zu den allerschwersten, die wir überhaupt kennen, da sie nicht nur von der Leiterin, der Abteilungsleiterin und von den Fürsorgerinnen die gründlichste Ausbildung und Schulung auf den verschiedensten Gebieten, sowohl dem pädagogischen wie sozialen und hauswirtschaftlichen Gebiet, erfordern, sondern weil sie auch eine ganz besondere organisatorische Befähigung verlangen, und weil außerdem Takt und wahre Herzengüte eigentlich die selbstverständliche erste Voraussetzung dafür sein muß. Außerdem stellt die Tätigkeit auf diesem Gebiet derartige Anforderungen an die körperliche Kraft und an die Gesundheit aller dieser Personen, daß man sich fragen muß, ob es überhaupt gelingt, derartige Persönlichkeiten, im tiefsten und reichsten Sinne des Wortes, zu finden.

Und weil eben die ganze Arbeit von Heim und Amt, der ganze dauernde Erfolg dieser Arbeit abhängt von diesen Persönlichkeiten, deshalb möchte ich hier noch einmal ganz besonders meinem lebhaftesten Bedauern Ausdruck geben, daß es nicht gelungen ist, die Anerkennung für die Wertschätzung der auf diesem Gebiet zu leistenden Arbeit — die wahrlich nicht in einen Achtstundentag hineinzupressen ist, die Körper und Geist und Herz in ihren Bann hineinzwingt und zu dem Zermürbendsten gehört durch das unsagbare Elend, was man dort mit durchleben muß —, daß man dieser restlosen Inanspruchnahme des ganzen Menschen nicht auch die äußere Anerkennung gezollt hat durch eine höhere Einstufung. Wenn es ganz allgemein anerkannt wird, daß nur die wertvollsten Kräfte auf diesem Gebiete Wertvolles leisten können, dann, meine ich, hätte man auch mit einer höheren Einstufung aller Beteiligten versuchen sollen, besonders wertvolle Kräfte zu gewinnen und zu erhalten. Auf Einzelheiten gerade der finanziellen Seite wird mein Parteifreund Karrenberg noch einzugehen Gelegenheit haben.

Was nun den Artikel betrifft, der heute morgen in den „Bremer Nachrichten“ stand, und die Eingabe, die uns jetzt zugegangen ist, so bitte ich Sie, sich dadurch nicht beirren zu lassen. Wie Frau Harder schon andeutete, ist gerade diese fast ländliche Lage des Heims durchaus notwendig und die gegebene für eine solche Arbeit. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß ein solches Heim in gewisser Weise isoliert liegen muß. (Prof. Dr. Dieß: Das ist es ja gar nicht!) Sie kennen es ja gar nicht, Herr Professor! Es liegt so gut wie isoliert. Ich kenne kein anderes Gelände in ganz Bremen — und wir haben seit Jahren danach gesucht —, das so geeignet dafür wäre. Und wenn in dem Artikel in den „Bremer Nachrichten“ gefordert wird, daß es ein Stadtheim sein soll, so würde durch ein Stadtheim die ganze Arbeit illusorisch gemacht werden. Die erzieherische Arbeit, die an diesen Mädchen geleistet werden muß, fordert geradezu gebieterisch, daß wir ein Gelände haben, wo wir sie mit Gartenarbeit beschäftigen können, mit einer Arbeit, die wie keine zweite geeignet ist, Arbeitslust und Arbeitsfreude in den Mädchen wieder zu wecken und ihnen körperliche und seelische Gesundheit wiederzubringen. Ich habe mich wirklich gewundert, daß in der Eingabe gesagt wird, daß diese Mädchen für die dortige Bevölkerung eine sittliche Gefahr bedeuten würden. Ich fürchte, es liegt gerade umgekehrt! In den vielen Wirtschaften, die an der Kattenturmer Heerstraße liegen, und in dem dort in geradezu erschreckender Weise zunehmenden Verkehr liegt viel eher eine erneute Gefahr für diese Mädchen, die Gott danken, wenn man sie aus dem Dreck der Stadt in eine ruhige Umgebung versetzt, die die Vorbedingung für die ganze Arbeit eines solchen Pflegeheims ist, damit Körper und Seele wieder gefunden. Außerdem muß die Möglichkeit einer täglichen Verbindung zwischen dem Pflegeheim und dem Pflegeamt bestehen. Das flutet sozusagen hin und her. Die

Schützlinge müssen außerdem unauffällig zu jeder Stunde in dieses Heim hinausgebracht werden können, so daß es ausgeschlossen ist, es noch weiter hinauszuerlegen. Andererseits müssen die Mädchen die Möglichkeit haben, vom Heim zur Stadt kommen zu können, um sich evtl. durch Vermittlung des Arbeitsamtes wieder Arbeit zu suchen. Alle diese Gründe waren ausschlaggebend bei der Wahl des Ortes eines solchen Pflegeheims, abgesehen davon, daß wir in Bremen seit Jahren gesucht und nichts anderes und vor allen Dingen nichts besseres gefunden haben. Ich bitte Sie, diese Bedenken beiseite schieben zu wollen, wie ich es mit meinen Bedenken getan habe, die ich über die nicht genügende Einstufung des Personals habe. Die Hauptsache ist, daß wir endlich mal dieses Heim bekommen und am 1. August die Arbeit wirklich beginnen können. Ich möchte Sie darum dringend bitten, die Vorlage anzunehmen.

Karrenberg (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Behörde hat sich — leider, muß ich sagen — genötigt gesehen, in die Wolfskuhle zwei Unternehmungen hineinzulegen: das Pflegeheim für junge Mädchen und das Beobachtungsheim für Kinder. Diese Verbindung wird sich — das möchte ich im voraus sagen — auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen, und wir werden eines Tages vor die Frage stehen, wie wir ein gesondertes Beobachtungsheim einrichten können und wohin wir es verlegen. Daß wir in dieser Hinsicht mit sehr gebundener Marschroute gehen müssen, hat Frau Bahnsen eben schon ausgeführt. Wir sind hier in in einer schwierigen Lage. Es war zurzeit eben nichts anderes zu machen; wir mußten die Wolfskuhle nehmen. Ich kann die Anwohner wohl verstehen, daß sie gegen die Errichtung eines solchen Heims in der Nähe ihrer Häuser Bedenken haben. Ich glaube aber, daß die Bewohnerschaft der Umgebung doch beruhigt sein kann und daß die Befürchtungen, die sie hegen, nur in geringem Maße gerechtfertigt sind; denn, wenn Sie die ganze Vorlage mit Sorgfalt durchgelesen haben, werden Sie finden, daß nicht gedacht ist an Elemente, denen überhaupt nicht mehr geholfen werden kann, die also aufgegeben werden müssen, sondern daß es sich im wesentlichen um Mädchen handelt, von denen man hoffen darf, daß sie wieder auf den richtigen Weg zurückgeführt werden können. Dann möchte ich in bezug auf die Geldfrage noch etwas sagen und sehe mich genötigt, einen Antrag zu stellen, der am Budget des Pflegeheims etwas ändert. Die Behörde hatte seinerzeit beschlossen, daß die Leiterin dieses Heims, von der sehr viele und hohe Qualitäten gefordert werden, in Gruppe 9 der Beamtenbesoldung eingestuft werden möge. Es hat dann aber die Beamtenkommission des Senats, wie ich gehört habe, wegen des Vergleichs mit anderen Leitern doch Bedenken gehabt und hat dann die Einstufung in Gruppe 8 für angebracht gehalten. Angesichts der Dringlichkeit unserer Aufgabe bitte ich Sie, vorläufig die Sache auf sich beruhen zu lassen. Ich erwarte aber, daß bei

weiterer Entwicklung der ganzen Anlage, bei einer stärkeren Belegung des Heims, erneut nachgeprüft wird, ob dann die hochqualifizierte Leiterin, die wir zu finden hoffen, mit Gruppe 8 abgefunden werden darf und kann. In einer anderen Hinsicht muß aber sofort etwas geschehen. Es handelt sich um die beiden Helferinnen, die vorgeesehen sind als Angestellte des Heims. Es wird darüber im Bericht gesagt, daß sie mit der Hälfte des Satzes der Gruppe 6 des Tarifvertrages entschädigt werden sollen. Die beiden jungen Mädchen erhalten ein Gehalt von je 1088 *M* jährlich, also monatlich 99 *M*. Dann aber heißt es weiter, daß für die Verpflegung der Angestellten ein Abzug gemacht werden soll, der, um es kurz zu sagen, sich monatlich auf 103,88 *M* beläuft, so daß die jungen Mädchen genötigt sein würden, noch 4 *M* zuzuzahlen für die Arbeit, die sie dem Heim leisten. Das geht nicht an und ist nicht der Sinn der Vorlage. Ich bitte deswegen, folgenden Antrag anzunehmen:

Die Bürgerschaft bewilligt den endgültigen Haushaltsplan des Pflegeamts für 1925 mit der Maßgabe, daß bei Berechnung des Abzugs für Verpflegung die beiden Helferinnen als eine Person gerechnet werden. Unter V, Gehalte ab 1. August, werden demnach eingesetzt 4827,84 Reichsmark, insgesamt 47 331,67 Reichsmark.

Ich bedaure, daß ich als Rechnungsführer der Behörde die Vorlage nicht rechtzeitig in die Hand bekommen habe, um sie nachzuprüfen, sonst wäre, glaube ich sagen zu dürfen, der Fehler wohl nicht hineingekommen. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Frau Harder (S.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Bei der Einbringung meines Antrages für das Pflegeheim im Januar und bei der Aussprache darüber, ob es erforderlich sei, das Heim in der westlichen Vorstadt zu errichten, habe ich die Notwendigkeit eines Pflegeheims eingehend begründet. Wenn nun Frau Bahnson heute ergänzende Ausführungen dazu macht, so kann ich ihnen zum größten Teil zustimmen. Nur hätte ich gewünscht, daß Frau Bahnson sich mehr nach rechts gewandt hätte, denn der Grund zu vielen Schäden, der Anfang zu diesem Lebenswandel liegt, wie Frau Bahnson betont hat, oft schon im Kindesalter. Wir wissen, daß, wenn eine Mutter bei ihrem Kinde bleiben kann und nicht erwerbstätig zu sein braucht — wenn also das Einkommen des Mannes ausreichend ist —, dann die Gefahren der Großstadt schon um sehr vieles gemildert sind. Das Kind kann eine andere Erziehung genießen, als wenn die Mutter erwerbstätig sein muß. Und da sind die Quellen nicht zu suchen auf der linken Seite, an die sich Frau Bahnson vornehmlich gewandt hat. Daß die Arbeit der Leiterin dieses Heims, wie Frau Bahnson hervorgehoben hat, eine zermürbende ist, wissen wir. Aber wie zermürbend und aufreibend ist die Tätigkeit vieler Hausfrauen und Mütter, die neben der Arbeit für den Haushalt und für die Kinder auch noch erwerbstätig sein müssen? Und wenn nun

gesagt wird, daß die Leiterin in Gruppe 8 zu niedrig eingestuft sei, dann müssen wir doch an die vielen, vielen Frauen erinnern, die, wie eben ausgeführt, zermürbende Arbeit bei geringerer Kost, bei ganz niedriger Lebenshaltung haben, und ich kann es mir nicht versagen, hier an all die Mütter, die erwerbstätig sein müssen, besonders zu erinnern. Den Ausführungen des Herrn Karrenberg — ich halte die Berechnung auch für einen Irrtum — müssen wir unbedingt zustimmen, denn man kann nicht verlangen, daß diese Praktikantinnen, die oft unter schwierigen Verhältnissen die soziale Frauenschule besucht haben, nun noch Geld zugeben sollen für ihre Arbeit. Ich möchte nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Errichtung dieses Heims äußerst dringend ist. Wir dürfen nicht irgendwelche Verzögerung dadurch herbeiführen, daß wir für die Leiterin eine andere Gruppe beantragen, oder daß wir sagen, daß das Heim vielleicht bald zu klein werden wird. Alles das soll uns nicht hindern, das Heim so schnell als möglich einzurichten, und zwar spätestens zum 1. August. Wenn das Jugendamt einmal seine weiblichen Zöglinge aus der oberen Etage zurückerneuern muß, dann werden wir etwas anderes dafür finden. Vorläufig haben wir noch das Heim an der Neuenlander Straße. Darüber wird dann noch besonders zu reden sein. Aber vorläufig genügt es, wenn wir das Erdgeschoß haben. Wir sind sehr froh, daß die Sache so weit gediehen ist, und bitten, nicht mit solchen Einwänden zu kommen, mit denen man ein paarmal in den letzten Tagen an mich herangetreten ist, daß man sagt, man sollte nicht diese Aufwendungen machen für Personen, die dem Staate nichts nützen, die noch gar keine Leistungen vollbracht haben. Das ist ein nichtiger Einwand. Ich weiß nicht, ob noch Wortmeldungen da sind, um diesen Einwand auch noch vorzubringen. Aber eins ist sicher, wenn diese Personen für den Staat bisher nichts geleistet haben, so muß man doch dafür sorgen, daß sie dem Staate später nichts kosten. Wir wollen sie zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft erziehen, und wir glauben, daß das durch die Einrichtung dieses Pflegeheims geschehen wird. Wir bitten, dem Bericht der Behörde für das Wohlfahrtswesen zuzustimmen, ebenso auch dem Antrage des Herrn Karrenberg.

Frau Plate (D.-R.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! In der Fraktionsitzung am Mittwoch haben wir den Beschluß gefaßt, der Vorlage zuzustimmen. Meine Fraktion war der Meinung, daß es für Bremen ein dringendes Erfordernis sei, ein Heim zu schaffen, wo Frauen und Mädchen, die in den ungesunden Verhältnissen der Großstadt auf einen schlechten Weg gekommen sind, in der Berührung mit der Natur, vor allem durch gesunde, kräftige und energische Arbeit, wieder auf den rechten Weg gebracht werden können. Nun ist der Protest der Anwohner eingegangen, und meine Fraktion ist der Meinung, daß man über einen Protest von einer so großen Anzahl von Betroffenen nicht so ohne weiteres hinweggehen kann. Wir

haben bei der Angelegenheit, die die Helgolander Strafe betraf, die Sache zweimal ausgefetzt. Und damals handelte es sich um ein halbes Duzend Leute, die an der Sache interessiert waren. Hier aber handelt es sich nicht um ein halbes Duzend, sondern um mehrere Hunderte von Leuten. Und über den Protest einer solchen Anzahl von Anwohnern kann man meiner Meinung nach nicht ohne weiteres hinweggehen. Wenn also meine Fraktion im Gegensatz zu dem Beschluß am Mittwoch nicht in der Lage ist, der Vorlage zuzustimmen, dann liegt das nicht an uns, sondern an der Deputation, die wieder einmal eine so wichtige Vorlage im allerletzten Augenblick eingebracht hat. Dann möchte ich noch etwas hinzufügen, indem ich einen Gedanken aufnehme, auf den Frau Bahnson schon angespielt hat. In der Umgebung des Heims befindet sich eine Reihe von Wirtschaften, und genau in derselben Zeit, wo die eine Behörde des bremischen Staates sich damit befaßt, in der Wolfskuhle ein Pflegeheim zu gründen, hat eine andere Behörde im bremischen Staat zu den vielen dort in der Gegend vorhandenen Wirtschaften einer neuen unter dem gleichen Namen „Wolfskuhle“ die Konzession erteilt. Es ist mir allerdings in einer mündlichen Begründung gesagt worden, daß die Konzession auf Anraten der Polizeidirektion erteilt sei, die einen neuen Ausspann zu schaffen wünsche wegen des starken Wagenverkehrs. (Unruhe.) Mir scheint diese Begründung auf außerordentlich schwachen Füßen zu stehen, denn von den sechs bis sieben Wirtschaften, die in nächster Nähe sind, haben (anhaltende Unruhe, durch die einzelne Worte verlorengehen) vier einen Ausspann. Ich möchte bitten, daß da eine etwas größere Zusammenarbeit der Behörden stattfindet. Wenn jetzt die eine Behörde an diesem Ort ein wichtiges Institut errichtet, so wird es durch eine andere Behörde durch Erteilung der Konzession an die Wirtschaft noch mehr gefährdet, als es durch die übrigen Wirtschaften in der Nähe schon gefährdet ist.

Globig (R.): Die kommunistische Fraktion stimmt prinzipiell der Vorlage zu, nicht, weil sie der Auffassung ist, daß hier etwas wirklich Großzügiges im Entstehen begriffen ist, denn wir halten den bürgerlichen Senat überhaupt nicht für geeignet, soziale Aufgaben, wie sie hier in dem Bericht angedeutet sind, zu erfüllen, sondern weil wir mit der Durchführung dieser Vorlage einen Schritt auf dem Wege vorwärtsgehen, der zur Erfüllung dieser Aufgaben führen kann. Wir sind der Meinung, daß man soziale Schäden nicht mit Zuchthaus und Gefängnis und auch nicht mit sittlichen Appellen bekämpfen kann. Wir sind der Auffassung, daß man gegen soziale Schäden radikal nur durch Beseitigung der bestehenden Gesellschaftsordnung vorgehen kann. Daß aus diesem Programm etwas wirklich Großzügiges wird, dafür muß die Arbeiterschaft und ihr proletarischer Staat selber sorgen. Es ist typisch, daß von Seiten der rechtsbürgerlichen Parteien offen und versteckt gegen diese Vorlage unter

dem verschiedensten Vorgeben Sturm gelaufen wird. Am deutlichsten ist das bei der Deutschen Volkspartei in der Finanzdeputation zum Ausdruck gekommen. Dort wurde gesagt, wie man ein so kostspieliges Projekt zugunsten von Personen durchführen kann, die sich für den Staat so wenig verdient gemacht haben. Das heißt: Wie könnt ihr für Personen, die eigentlich ins Zuchthaus und Gefängnis gehören, die eigentlich unter Sittenkontrolle gestellt werden müßten, so großzügige und kostspielige Einrichtungen schaffen? Das sind dieselben Kreise, die selbst oder durch ihre Gesellschaftsordnung diese Frauen und Mädchen erst der Verwahrlosung und Verelendung entgegentreiben. (Dr. Gebert: Was für ein Blödsinn!) Es ist hier von Frau Plate gesagt worden, man könne nicht so ohne weiteres über den Protest der Einwohner jener Gegend sich hinwegsetzen, die gegen dieses neue Heim Sturm laufen. Wie oft haben Sie sich über Proteste hinweggesetzt, wenn es sich um Proteste der Arbeiter gehandelt hat! Sie gebrauchen diesen Protest der Anwohner nur, um damit dieses Ihnen unsympathische Projekt überhaupt zu vereiteln. Nun hat ja der bremische Staat Grundbesitz genug. Es gibt viel bessere Plätze in Bremen, wo man ein besseres Heim in größerem Umfange aufziehen könnte, so z. B. in dem idyllisch gelegenen Oberneuland. (Tietjen: Wir danken dafür!) Wenn man aber diesen Einwurf nur gebraucht, um das ganze Projekt überhaupt zu Fall zu bringen, dann stellen wir uns auf den Boden dieser Vorlage und werden die Anträge von drüben niederstimmen.

Ich habe in andern Zusammenhang schon darauf hingewiesen, daß die Seelenrettungsversuche, die von bürgerlicher Seite ausgesprochen werden, jetzt fehlschlagen müssen. Es ist ganz nebensächlich, ob die Ausführungen, die Frau Bahnson gemacht hat, wirklich aus innerer Ueberzeugung stammen. Ich unterstelle als wahr, daß Frau Bahnson wirklich ihre innerste Ueberzeugung ausgesprochen hat. Aber diese Litanei, diese Aufforderung zur Rettung der Verwahrlosten im Namen der Menschlichkeit, die kennen wir bis zum Erbreechen. Wir können diese Verwahrlosung nur beseitigen, wenn wir dem bürgerlichen Staat in allen seinen Einrichtungen zu Leibe gehen und Lebensverhältnisse schaffen, wo die Armen nicht schuldig zu werden brauchen, wo die Proletarier nicht verwahrlosen müssen.

Dr. Gebert (D. V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe für meine Fraktion zu erklären, daß wir dem Einspruch insofern glauben stattgeben zu müssen, daß wir auf einer Behandlung der Vorlage in der heutigen Sitzung nicht bestehen sollten. Im übrigen stehe ich nicht an zu erklären, daß einzelne meiner Freunde, zu denen auch ich gehöre, im Augenblick dieser Vorlage nicht sympathisch gegenüberstehen. Die Mehrzahl meiner Freunde begrüßt die Einrichtung eines derartigen Heims durchaus, glaubt aber, an diesem Protest nicht ohne weiteres vorbeigehen zu dürfen.

Der Antrag Karrenberg wird angenommen. Die so geänderte Vorlage wird angenommen.

Polizeigebührengesetz.

Dr. Buff (D.-N.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich übergebe namens des Juristischen Ausschusses ein Exemplar des Gesetzes mit den von uns getroffenen zahlreichen, allerdings mehr redaktionellen Aenderungen; es sind 40 an der Zahl. (Dr. Gebert: Moderne Gesetzesmacherei!)

Präsident: Die Aenderungen, die vom Juristischen Ausschuss vorgeschlagen sind, sind sämtlich redaktioneller Art. Ich glaube, Sie würden erschrecken, wenn ich sie alle vorlesen wollte. Ich glaube, Sie erlassen es mir. Widerspruch wird nicht erhoben.

Blanke (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Vorkriegszeit umfaßte das Polizeigebührengesetz 30 Positionen. Diese Zahl wurde 1922 auf 58 gesteigert. Der jetzige Entwurf sieht hingegen 99 Positionen vor. Deshalb ist es ohne weiteres erklärlich, daß meine Fraktion gegen den jetzigen Entwurf erhebliche Bedenken hat. Damit ich nicht nötig habe, diese Bedenken hier im Plenum im einzelnen geltend zu machen, beantrage ich, einen Ausschuss von 13 Mitgliedern einzusetzen, der sich mit der Nachprüfung dieses Entwurfs zu befassen hat und der Bürgerschaft dann berichtet. Ich weise darauf hin, daß, als 1919 ein neues Polizeigebührengesetz eingebracht wurde, die Bürgerschaft ebenfalls sich bemüht gesehen hat, einen Ausschuss einzusetzen. Die Begründung, die damals für die Einsetzung eines solchen Ausschusses gegeben wurde, ist heute um so einleuchtender, weil seitdem sich die Zahl der Positionen um 41 vermehrt hat. Ich erlaube mir deshalb, folgenden Antrag einzubringen und bitte um seine Annahme:

Die Bürgerschaft verweist die Vorlage mit den dazu von ihrem Juristischen Ausschuss gestellten Anträgen an einen Ausschuss von 13 Mitgliedern und ersucht den Senat, sich bei den Beratungen kommissarisch vertreten zu lassen.

Dr. Bollinger (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stimmen der Ausschussberatung zu, allerdings nicht aus dem Grunde, den Herr Blanke angeführt hat — denn in der Hauptsache besteht ja die Vorlage darin, die Materie aus der Form der Verordnung in die Form des Gesetzes überzuführen —, als vielmehr aus einem sachlichen Grunde, und zwar deswegen, weil uns eine ganze Reihe von Fällen bekanntgeworden ist, wo die Polizeibehörde von den Rahmengebühren, die für eine Reihe von Genehmigungen festgesetzt sind, in der letzten Zeit in einer Weise Gebrauch gemacht hat, die man nicht mehr als wirtschaftsfördernd, sondern direkt als wirtschaftshemmend bezeichnen muß. Um Gelegenheit zu haben, diese Gebühren selbst einmal zu besprechen und durchzuprüfen, nachdem seit der Zeit, als der Ausschuss getagt hat, zweifellos eine Reihe von Veränderungen ein-

getreten sind, die eine solche Prüfung notwendig machen, deswegen stimmen wir dem Antrage zu. Wir möchten allerdings bitten, daß der Ausschuss in den Fällen, in denen die Kammern zuständig sind, die Kammern vor der Verabschiedung zu hören hat.

Ulrich (D. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch meine Fraktion stimmt dem Antrag Blanke zu. Ich möchte aber darüber hinaus beantragen, daß auch die Kammern vorher gehört werden, weil es sich vorwiegend um Maßnahmen handelt — — —

Präsident: Das ist dann Sache des Ausschusses, die Kammern heranzuziehen. (Wiederholte Zurufe von Prof. Dr. Dieß, Blanke, Dr. Steengraf.)

Dr. Gebert (D. B.): Es müßte dann wohl gesagt werden: die Kammern sind vorab zu hören.

Dr. Buff (D.-N.): Es wäre doch wohl Sache des Ausschusses, zu entscheiden, wie er es nachher macht. Der Ausschuss beruft die Kammern, die er für zuständig hält. Im übrigen ist es ein sehr schwieriger Ausschuss; der letzte Ausschuss wegen der Polizeigebühren hat monatelang arbeiten müssen.

Der Antrag Blanke wird mit dem Zusatzantrag Gebert angenommen.

Erweiterung des Maschinenbau-Laboratoriums an den Technischen Staatslehranstalten.

Die Vorlage wird angenommen.

Schulgeld an den staatlichen höheren Schulen Bremens.

Schumacher (D.-N.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden selbstverständlich der Vorlage zustimmen. Ich stehe persönlich . . .

Präsident: Ich habe leider Bedenken dagegen, daß Sie in die Verhandlungen eingreifen. Sie sind doch aus Bremerhaven, und es handelt sich hier um eine rein bremische Angelegenheit.

Schumacher: Wenn wir nun aber Interesse an den bremischen Schulen haben?

Präsident: Sie haben aber kein Stimmrecht.

Schumacher: Kein Stimmrecht? Das wäre ja nett. (Heiterkeit.)

Präsident: Das ist eine rein stadtbremische Angelegenheit. Sie dürfen keinen Antrag stellen.

Schumacher: Das will ich auch nicht. Ich möchte nur persönlich einige Worte sagen zu den Vorlagen, die uns am 15. Mai, 12. Juni und 3. Juli zugegangen sind. In diesen Vorlagen steht, daß die Schulgeldstaffel je nach dem Vermögen der einzelnen erhöht werden soll. Als Beispiele sind auf Seite 169 angeführt, was z. B. ein Beamter in Gruppe 7 Stufe 5 bzw. ein Beamter in Gruppe 10 Stufe 4 oder ein Beamter in Gruppe 13 Stufe 3 an Schulgeld zu bezahlen hat. Und gerade diese Ausführungen möchte ich hier kritisieren. Die bremische Bevölkerung besteht außer den Beamten nämlich auch noch aus anderen Personen, die Interesse am Schulgeld zahlen haben. Und wenn nun gerade die Beamten als Beispiele angeführt werden, so halte ich das nicht für richtig. Ich halte es für richtiger, daß Klipp und klar in diesen Vorlagen gesagt wird: Eine Person

mit einem Einkommen von soundsso viel hat soundsso viel Schulgeld zu bezahlen. Das möchte ich nur gesagt haben. Die ganze Sache ist ja nur ein Provisorium und wird uns in einem halben Jahre wieder beschäftigen. Deshalb möchte ich bitten, für die Zukunft nicht mehr die einzelnen Gehaltsstufen der Beamten als Beispiele anzuführen, sondern klipp und klar zu sagen, eine Person, die soundsso viel Einkommen hat, hat soundsso viel Schulgeld zu zahlen. Das ist deutsch und für jeden bremischen Staatsbürger verständlich.

Die Vorlage wird angenommen.

Regelung der Sachverständigengebühren für Ärzte.

Das Gesetz wird mit folgender Aenderung des Juristischen Ausschusses: Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf mit der Maßgabe, daß im § 2 unter a) statt „Transportkosten“ gesagt wird „Fahrtkosten“, in einmaliger Lesung angenommen.

Wohnungsfragen, Gewährung staatlicher Tilgungshypotheken.

Senatskommissar Senator Allerheiligen, dem Bau-
direktor Knop beigeordnet ist.

Senator Allerheiligen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte die ganze Wohnungsangelegenheit als eine der wichtigsten Angelegenheiten, die augenblicklich die Allgemeinheit beschäftigen. Ich habe mich während meiner Tätigkeit im Senat bemüht, auf diesem Gebiete das zu tun, was in meinen Kräften stand, um die Wohnungsnot zu lindern. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, bitten, daß Sie es so machen, wie es der Wohnungs- und Siedlungsausschuß getan hat, der mich in jeder Weise unterstützte, ohne Rücksicht auf die Partei. Und ich hoffe, daß Sie heute in der Bürgerschaft die Sache nicht als Angelegenheit einer Partei betrachten und nicht als eine Angelegenheit aller Parteien betrachten, sondern als eine Angelegenheit der gesamten Bevölkerung. Ich glaube, hier braucht die Partei nicht mitzureden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mir gestatten, Ihnen einen ganz kurzen Bericht darüber zu geben, was bisher auf dem Gebiete des Wohnungswesens in Bremen geschaffen ist und wie ich mir denke, in Zukunft die Wohnungsnot — denn daß eine solche besteht, darüber kann kein Zweifel herrschen — zu beseitigen resp. vorläufig zu lindern. Wenn man sich die Frage vorlegt, wieviel Wohnungen fehlen, so muß ich darauf erwidern, daß das Ergebnis der Wohnungszählung beim Statistischen Amt noch nicht abgeschlossen ist. Und auch wenn sie abgeschlossen wäre, so glaube ich, daß solche Statistiken nicht immer ohne Fehler sind, sondern ich möchte behaupten, daß in der Regel bei solchen Statistiken doch Fehler sind. Ich habe aber trotzdem die Sache zusammengestellt, um zu versuchen, nachzuweisen, wieviel Wohnungen voraussichtlich in Bremen fehlen werden. Im Jahre 1905 waren in Bremen 48 600 Wohnungen vorhanden, im Jahre

1910 257 000 Personen und 54 000 Wohnungen. Es war also in den fünf Jahren ein Wohnungszuwachs von etwa 1100 Wohnungen pro Jahr entstanden. Im Jahre 1914 waren 265 000 Personen vorhanden bei einer Wohnungszahl von 60—62 000. Darüber gehen die Meinungen auseinander. Eine Wohnungszählung hat nicht stattgefunden. Damit wäre ein Zuwachs von 1250 Wohnungen pro Jahr zu konstruieren. 1919 hatten wir 270 000 Personen und 62 000 Wohnungen. Es handelt sich um die Zeit des Krieges. Während desselben ist in Bremen so gut wie nicht gebaut worden, einmal wegen des Mangels an Material und zweitens wegen des Mangels an Arbeitskräften. Die letzte Volkszählung im Jahre 1925, die vor einigen Wochen stattgefunden hat, hat ergeben, daß in Bremen 288 000 Personen vorhanden sind. Die Zahl der Wohnungen schätzt man auf 70 000. Demnach ist von 1914 bis 1925 im Durchschnitt ein Zuwachs von 800 Wohnungen pro Jahr zu verzeichnen. Nach der Zählung in diesem Jahre sind an Familien vorhanden 77 485. Demnach müßten, wenn die Zählung richtig sein sollte, noch 7485 Wohnungen fehlen. Ich glaube aber, daß diese Zahlen fehlerhaft sind, da mir persönlich bekannt ist, daß einige ältere Ehepaare, die mit ihren Kindern zusammenwohnen, bei der Zählung sich noch als selbständige Familien angegeben haben und eigentlich ausscheiden müßten. Ich glaube aber, soviel steht fest, daß man schätzungsweise mit einer Fehlmenge von zirka 5000 Wohnungen zu rechnen hat. Es ergibt sich bei dieser Zählung, daß auf jeden Haushalt in Bremen jetzt $3\frac{7}{10}$ Personen kommen. Demgegenüber war die Zahl in Friedenszeiten wesentlich höher. In normalen Zeiten wurden pro Jahr zirka 1400 Wohnungen gebaut. Das würde ergeben von 1914 bis 1925 zirka 15 400 Wohnungen. Gebaut sind aber nur 9600, so daß man auch wieder bei dieser Rechnung auf eine Fehlmenge von 5000 bis 6000 Wohnungen kommt. Wenn man nun die Eheschließungen berücksichtigt, so ergibt sich ein ganz anderes Bild. Eheschließungen haben stattgefunden von 1909 bis 1923 im Durchschnitt pro Jahr: 1909 bis 1911 2189, 1912 bis 1913 2220, 1919 bis 1921 3558, 1922 bis 1923 3511. An neuen Wohnungen sind geschaffen worden nach dem Kriege bis zur Beendigung der Inflation 3220 durch Neubauten. Dafür sind die Mittel in Papiermark hergegeben und machen, auf Dollarbasis in Gold umgerechnet, 7,5 Millionen Goldmark aus. Eine Mietsteuer hat es damals nicht gegeben. Es gab allerdings die Wohnungsbauabgabe. Die wurde aber veranlagt, und wenn sie später bezahlt werden sollte und mußte, dann war sie nichts mehr wert. Also, wirkliche Einnahmen hat der Staat aus der Wohnungsbauabgabe nicht gehabt. Von 1924, also nach der Inflation, bis zum 1. Juli 1925 sind 1500 Wohnungen durch Neubauten erstanden. Dabei ist zu bemerken, daß die Wohnungen, die jetzt im Bau sind, hier miteinbegriffen sind. Ausgegeben sind im Jahre 1924 7 Millionen Mark, im Jahre 1925, wie jetzt beantragt wird, $7\frac{1}{2}$ Millionen Mark, also

für diese Zeit nach der Inflation 14% Millionen Mark. Die Mietsteuer für 1924 hat 4 Millionen Mark erbracht, und in diesem Jahre wird sie 7 Millionen Mark erbringen. (Zwischenruf: **V i e l l e i c h t** wird sie 7 Millionen Mark erbringen.) Vielleicht wird sie aufgebracht, wenn die Steuergesetze selbstverständlich nicht abgeändert werden und wenn die Zahlungsmöglichkeit besteht. (Zwischenruf: Sehr richtig.) In den Ausgaben von 14% Millionen Mark für 1924 und 1925 sind auch die Summen enthalten, die wir verausgabt haben für Umbauten, Aufstockungen und Instandsetzungen. Von 1918 bis 1925 sind durch Umbauten, Aufstockungen und durch Beschlagsnahme 4530 Wohnungen erstanden, davon nur 285 durch Aufstockungen, die andere Zahl von wesentlich über 4000 durch Beschlagsnahmen. (Zwischenruf.) Die Gesamtherstellung an Wohnungen seit dem Kriege beträgt also 9600, und die Gesamtausgaben nach dem Kriege betragen — die Papiermarksummen auf Dollarbasis umgerechnet — 21 750 000 *M.*, und die Einnahmen aus der Mietsteuer betragen 11 Millionen Mark. Die Anträge auf Aufstockungen haben sich erfreulicherweise vermehrt, und hier werden auch mit verhältnismäßig geringen Mitteln gute Dauerwohnungen geschaffen. Es liegen heute noch 200 Anträge vor, von denen 68 bereits bearbeitet sind, 71 sich noch in Arbeit befinden und weitere 60 in allernächster Zeit erledigt werden. Meine Damen und Herren! Zu dem Thema „Aufstockungen“ möchte ich erklären, daß ich es als allergrößten Fortschritt ansehe, daß in letzter Zeit sich wesentlich mehr Hauseigentümer entschlossen haben, Aufstockungen vorzunehmen. Wir bekommen da mit sehr wenig Mitteln gute Dauerwohnungen, die uns nicht wieder verschwinden. Ich würde es begrüßen, wenn auch die Presse das in ihrem Bericht zum Ausdruck bringt und wenn sie den Hausbesitz veranlaßt, Aufstockungen vorzunehmen, weil wir dadurch mit wenig Geld gute Dauerwohnungen schaffen.

Meine Damen und Herren! Die Verwendung der Mittel hat wie folgt stattgefunden: von den 7 Millionen Mark, die 1924 vom Senat und der Bürgerschaft bewilligt worden sind, sind 3 100 000 *M.* als Hypotheken für Privatbauten hergegeben worden, an Siedlungs- und Baugenossenschaften 900 000 Mark, für Staatshäuser (kleine Einfamilienhäuser) 2 Millionen Mark, für Instandsetzungsdarlehen 500 000 *M.*, für Aufstockungen 500 000 *M.* Im Jahre 1925 sind die heute beantragten 7% Millionen Mark wie folgt verwandt: für Hypotheken an Private 4 800 000 *M.*, für Siedlungs- und Baugenossenschaften 855 000 *M.*, für Staatshäuser 500 000 *M.*, für Instandsetzungsarbeiten 200 000 *M.*, für Aufstockungen 500 000 *M.*, für das Hafengebäudeamt 250 000 *M.* (es handelt sich hier um Umsiedlungen aus den bremischen Hafengebieten, um Gelände für Hafengebäude freizubekommen) und für das Landgebiet 150 000 *M.*

Meine Damen und Herren! Ich möchte betonen, daß diese beantragte Summe von 7% Millionen Mark nicht so anzusehen ist, als wenn sie noch zur

Verfügung stände, sondern diese Gelder sind schon Ende März begeben, das heißt, sie sind zum Teil schon ausgegeben, die Finanzdeputation hat sie schon zum Teil dem Wohnungs- und Siedlungsausschuß in Vorschuß gegeben. Wenn also die bremische Bevölkerung nun glaubt, schleunigst Anträge einreichen zu können, so ist das nicht angängig. Die Mittel sind bereits begeben, und weitere Anträge können nicht angenommen werden. Es muß außerdem betont werden, daß nun nicht sämtliche Anträge, die vorliegen, auch unbedingt zur Durchführung kommen. Selbstverständlich müssen wir vorher prüfen, ob das Bauvorhaben auch in bezug auf die Finanzierung gesichert ist, und ob alle Möglichkeiten gegeben sind, daß der Bau zu Ende geführt werden kann. Die Auszahlung geschieht bekanntlich in der Weise, daß den Bauherren die Gelder ratenweise zugeführt werden.

Meine Damen und Herren! Es wird nun viel von andern Städten und von ihrem Bauvorhaben gesprochen. Aber mit einem großen Bauprogramm an sich ist die Wohnungsnot noch nicht behoben. Wenn andere Städte mit Zahlen operieren und sagen: Wir haben die Absicht, in diesem und im nächsten Jahre 2000 Wohnungen zu bauen, in diesem Jahre 500 und im nächsten Jahre 1500 Wohnungen unter der Voraussetzung, daß die Finanzlage es gestattet, dann kann man auch ein Bauprogramm mit 100 000 Wohnungen aufstellen unter der Voraussetzung, daß die Finanzlage es gestattet, aber damit ist noch keine einzige Wohnung geschaffen. (Zustimmung.)

Dann ist mir wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß die Wohnungsnot dadurch noch vermehrt würde, daß ich zu viel Zugangsgenehmigungen erteile. Ich möchte bekanntgeben, wieviel Zugangsgenehmigungen in diesem Jahre erteilt sind: im Januar waren es 18, im Februar 12, im März 12, im April 5, im Mai 6, in diesen fünf Monaten zusammen also 53. (**V l a n k e**: Und im vorigen Jahr?) Das habe ich nicht zu verantworten; ich vertrete nur das, was ich persönlich gemacht habe. Einige Zugangsgenehmigungen lagen auch im Staatsinteresse, es handelte sich um Kräfte für das Theater, Beamte für das Hafengebäudeamt und die Schulbehörde. Wenn diese abgezogen werden, so bleiben im ganzen 30 für diese fünf Monate übrig. Ich muß allerdings betonen, und das ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit, daß verschiedene Personen durch dreijährige Anwesenheit in Bremen die Wohnungsberechtigung erlangt haben. Diese Zahlen sind natürlich höher, es sind in diesen fünf Monaten 49, 41, 52, 45 und 60 gewesen. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt: wenn jemand drei Jahre lang in Bremen wohnt, dann muß ihm auch endlich die Gelegenheit gegeben werden, die Wohnungsberechtigung in Bremen zu erlangen. Abgelehnt sind in der gleichen Zeit 216, 233, 249, 199 und 244, zusammen 1141 Anträge auf Zugangsgenehmigung, also täglich 7 bis 8 Fälle.

Außerdem ist behauptet worden, daß die Beamten beim Wohnungsaufsichtsamt überhaupt nicht mehr in Tätigkeit träten, man hätte dort einen viel zu großen Apparat. (Dr. Gebert: Das meinen nur die Hausbesitzer!) Meine Damen und Herren! Daß das Wohnungsaufsichtsamt grundsätzlich keine Wohnungsbeschaffungsstelle ist, ist selbstverständlich. Es muß aber unbedingt dafür gesorgt werden, daß einmal vorhandene Wohnungen nicht verschwinden, und ferner, daß in Bremen Nichtwohnungsberichtigte keine Gelegenheit haben, nach Bremen zu ziehen. Die Zahl der dort beschäftigten Beamten und Angestellten hat sich erheblich vermindert. 1919 waren es 54 Personen, am 1. Januar 1924 waren es 42, am 1. Januar 1925 29 und am 1. Juli 23 Personen. Es ist dort außerordentlich abgebaut worden, aber augenblicklich ist ein weiterer Abbau nicht möglich, wenn die Kontrolle über die Wohnungen beibehalten werden soll.

Meine Damen und Herren! Wie man die Wohnungsnot am besten beheben soll, darüber brauche ich nicht viel auszuführen. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß durch gesetzliche Maßnahmen die Wohnungsnot nie behoben werden kann. (Sehr richtig!) Sie kann nur behoben werden durch Schaffung von neuen Wohnräumen. Und da muß in erster Linie dafür gesorgt werden, daß einmal Wohnräume durch Neubauten erstellt werden, und daß zweitens Aufstockungen erfolgen, wo wir mit 3—4000 *M* neue Dauerwohnungen bekommen. (Undauernde Zurufe links.) Ich habe die Zurufe nicht verstehen können! (Präsident: Das ist auch nicht nötig! — Heiterkeit.) Man kann die Wohnungsfrage nicht nur mit dem warmen Herzen lösen, man muß auch mit dem kühlen Menschenverstand daran gehen; wenn uns die Mittel fehlen, dann hilft das wärmste Herz nichts. Man muß versuchen, mit den erreichbaren Mitteln das zu schaffen, was möglich ist, und man muß versuchen, an Mitteln zu erreichen, was nur eben möglich ist.

Was nun die Frage der Möglichkeit der Schaffung von Wohnungen betrifft, so stehe ich auf folgendem Standpunkt: ein Mangel an Baumaterial ist in erheblichem Maße nicht mehr vorhanden. Bisher bestand ein Mangel eigentlich nur an Steinen, wir sind aber heute auf dem Steinmarkt so weit, daß bei einigen Ziegeleien schon kleine Bestände wieder vorhanden sind. Das zeigt, daß das Angebot der Nachfrage genügt, und die Folge wird hoffentlich sein, daß sich das auch in den Preisen auswirken wird. Es ist erfreulich und zu begrüßen, daß die Bauunternehmer in der Lage gewesen sind, eine verhältnismäßig große Zahl von Maurern nach Bremen zu ziehen. (Theil: Das hat mit den Bauunternehmern nichts zu tun!) Die muß aber doch jemand hergezogen haben (Zustimmung), und wenn es meinetwegen auch die Gewerkschaften gewesen sind. Die Tatsache, daß überhaupt Maurer von auswärts nach Bremen gekommen sind, zeigt doch, daß wir jetzt mehr bauen können als bisher, und daß in Bremen die Möglichkeit vorhanden ist, Arbeit zu

bekommen, während in anderen Städten für Bauhandwerker keine Beschäftigung gemessen ist. Das ist der beste Beweis, daß wir in Bremen mehr wie in anderen Städten gebaut haben. Außerdem besteht eine gewisse Nachfrage nach Malern und Dachdeckern. Sie spielt aber bei dem Wohnungsbau keine Rolle.

Die Baukosten sind allerdings ganz wesentlich gestiegen. Die Baukosten betragen heute 173 Prozent gegenüber der Friedenszeit. Die Zinsen für Staatsgelder betragen für Neubauten 4 Prozent, und außerdem verlangen wir eine Tilgung von 2 Prozent, zusammen 6 Prozent. Die Zinsen von Privaten betragen heute 13 bis 18 Prozent. (Zuruf von links: In welchem Verhältnis steht das zu den Löhnen!) Das habe ich nicht zu prüfen. Für Aufstockungen beträgt der Zinssatz 6 Prozent. Die Tilgungshöhen richten sich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Empfängers. Wir sehen uns die Antragsteller an. Wenn jemand besser gestellt ist, muß er mehr tilgen, als jemand, der finanziell schlechter gestellt ist. Ich komme kurz auf die Frage, was die Mieten betragen müssen in den jetzt erbauten Häusern, die mit und ohne Staatsgelder errichtet sind. Steuern und Tilgungssummen berücksichtige ich hierbei nicht. Für ein Einfamilienhaus, dessen Baukosten im Frieden 10 000 *M* betragen haben, würde bei einer Verzinsung von 4 Prozent die Miete 400 *M* ausgemacht haben. Dasselbe Haus kostet heute 17 000 *M*. Wenn es mit Staatshypotheken erbaut wird, wird der Staat — es war bisher Gepflogenheit, für Einfamilienhäuser 50 Prozent zu bewilligen — 8500 *M* zu 4 Prozent geben. Die restlichen 8500 *M* muß sich der Mann mit 13 Prozent Zinsen besorgen, so daß dann die Miete in diesen neuen Häusern sich auf 1445 *M* stellen würde, also das 3½ fache gegenüber der Vorkriegszeit. Ohne Staatszuschuß würde die Miete sogar das 5½ fache betragen. In einem Zweifamilienhaus, das früher 15 000 *M* zu bauen kostete, hätte die Miete 300 *M* pro Wohnung betragen. Dasselbe Haus mit Staatszuschuß erbaut würde heute 25 000 *M* kosten, und die Miete würde pro Wohnung 770 *M* betragen müssen, also das 2½ fache, weil der Staat hierbei 75 Prozent an Hypotheken gegeben hat. Würde das Haus ohne Staatszuschuß erbaut, so würde mit einer 5½ fachen Miete zu rechnen sein. Hieraus ist ganz deutlich zu ersehen, daß es überhaupt nicht möglich ist, die Bautätigkeit nur mit privaten Mitteln zu fördern. Es muß also eben der Staat mit seinen Mitteln weiter eingreifen. Meines Erachtens müssen aber auch die Mieten in den alten Häusern erhöht werden. (Zurufe bei den Hausbesitzern: Endlich!) Das habe ich nicht Ihnen zuliebe gesagt. (Zwischenrufe.) Die Mieten in den alten Häusern müssen erhöht werden. (Zuruf bei den Komm.: Und die Löhne müssen herabgesetzt werden. — Weitere Zwischenrufe.) Lassen Sie mich doch aussprechen. (Glocke des Präsidenten.) Die Mieten in den alten Häusern müssen erhöht und es muß versucht werden, einen finanziellen Ausgleich

zwischen den Mieten in alten und neuen Wohnungen zu schaffen. Wie das zu lösen ist, kann ich im Augenblick auch nicht sagen. Aber es muß versucht werden, einen Ausgleich zu finden. (Blanke: Aber nicht zum Nutzen des Hausbesitzes.) Habe ich denn das gesagt? Wir haben in Bremen . . . (andauernde Zwischenrufe von links; Rufe von der Mitte und rechts: Ruhe!) eine Mietzinssteuer von 7 Promille, gleich 11½ Prozent der Friedensmiete. Aber die meisten Länder sind über 20 Prozent der Friedensmieten hinausgegangen, und es scheint die Absicht im Reichstag zu bestehen, die Mietzinssteuer zwangsweise zu erhöhen. Für uns kommen jetzt die dringendsten Wohnungsuchenden vorläufig in Frage. Und da müssen wir uns, glaube ich, an das halten, was das Statistische Landesamt festgestellt hat. Bei der Nachprüfung der beim Wohnungsaufsichtsamt unerledigten Anträge ist einwandfrei festgestellt, daß nach den in den Bericht unter den Gruppen 1, 2 und 3 genannten Personen — das waren solche Personen, die obdachlos sind und getrennt leben — 1000 Personen vorhanden waren. Ferner ein Teil aus Gruppe 4, wo es in dem Bericht hieß: „unwürdige Verhältnisse“ — zum Teil nur ein Zimmer mit vielen Personen —, also ganz dringende Fälle, das sind wieder 1000, zusammen also 2000 Fälle. Ich bin der Ansicht, daß es unsere Aufgabe sein muß, zu versuchen, daß wir diese 2000 wirklich allerdingsten Wohnungsuchenden möglichst bald zu Wohnungen verhelfen. Erwünscht sind noch mehr, aber sie zu beschaffen — darüber besteht kein Zweifel —, werden wir vorläufig nicht in der Lage sein, sondern die Sache muß eben eingelenkt werden, wie die Verhältnisse es gestatten. Wenn man nun fragt, wer sind diese 2000 Familien, die am allerdingsten Wohnungen bedürfen, so sind das meistens vollständig mittellose Kriegsbeschädigte und Erwerbsbeschränkte und Kinderreiche. (Hört, hört! Links.) Ich habe einen ganzen Haufen Beispiele gesammelt, will aber die Bürgerschaft damit nicht aufhalten, weil ich annehme, daß sie ganz genau unterrichtet ist, wie trostlos es in einigen Wohnungen aussieht, und daß Sie alle mit mir der Meinung sind, daß wir auch ohne dem tun werden, was wir können, um die Wohnungsnot zu beheben. Ich bin der Ansicht, daß wir noch mehr wie bisher kleine Bremer Staatshäuser bauen müssen (sehr richtig! bei den Soz.), um diesen mittellosen Leuten Gelegenheit zu geben . . . (weitere Zwischenrufe. Unruhe. Glocke des Präsidenten. Präsident: Ich bitte um Ruhe.) Ich bin der Ansicht, daß wir noch mehr wie bisher kleine Staatswohnungen bauen müssen, über die wir das Verfügungsrecht haben, damit wir dann diese wirklich Minderbemittelten auch unterbringen und ihnen später eventuell diese Häuser verkaufen können. Und ich persönlich würde auch, wenn Sie sonst grundsätzlich mit mir einig gehen, so weit gehen und sagen, daß in diesen Einfamilienhäusern auch notfalls in dieser schweren Zeit zwei Familien mit zwei oder drei Personen vorläufig untergebracht werden müssen. Ich kann

mir sehr gut denken, daß es besser ist, zwei Zimmer und Kochgelegenheit zu haben, als überhaupt keine Wohnung zu besitzen. Man soll nicht kommen und sagen, das sind keine würdigen Wohnungsverhältnisse. Das weiß ich auch. Sondern man soll einsehen, daß man soweit hilft, wie man dazu in der Lage ist. Man muß, wenn man dieses Problem so verfolgen wollte, wie ich es eben geschildert habe, sich überlegen, ob wir mit der Bewilligung von Hypotheken noch so schlank für die allernächste Zeit fortfahren können wie bisher. Ich glaube, wir müssen da etwas einschränkender verfahren und müssen prüfen, ob eventuell die Möglichkeit besteht, die Bedingungen zu verschärfen. Damit meine ich, die Höhe der Hypotheken herabzusetzen. Wir müssen abwarten, ob wir dann noch genügend Unternehmer und Baulustige finden, die auch mit weniger Staatsgeldern in der Lage sind, Wohnungen zu schaffen. Aber zuerst müssen wir selbstverständlich dafür sorgen, daß die wirklich Wohnungslosen und die am dringendsten Wohnungsbedürftigen untergebracht werden.

Nun noch die Frage, ob der Staat Mehrfamilienhäuser bauen soll oder ob er bei den Einfamilienhäusern bleiben soll. Die Finanzdeputation hat den Wohnungs- und Siedlungsausschuß beauftragt, diese Angelegenheit genau zu prüfen. Wir sind noch bei der Prüfung. Ich kann Ihnen aber schon soviel sagen, daß ganz wesentliche Ersparnisse bei den Mehrfamilienhäusern nicht herauskommen werden (hört, hört! links), sondern daß man grundsätzlich sagen kann, die Ersparnisse sind sehr gering. Und ich will ganz offen bekennen, wenn die Ersparnisse ganz gering sind, würde ich es unbedingt vorziehen, bei dem Kleinwohnbau zu bleiben, einmal aus gesundheitlichen Rücksichten und zweitens aus dem Grunde, weil ich der Ansicht bin, daß man die Einfamilienhäuser des Staates nachher nicht wird verkaufen können und sie ewig im Staatsbesitz bleiben müßten. Der Staat ist kein guter Hausbesitzer. Er ist nicht in der Lage, die Wohnungen so zu beobachten und zu pflegen, wie das jemand tut, der selbst Hausbesitzer ist. Aus dem Grunde bin ich der Meinung, daß wir bei dem Einfamilienhaus bleiben und Mieter hineinnehmen sollen, denen wir Gelegenheit geben, das Haus zu erwerben, damit sie selbst ihr Haus instandhalten und pflegen. (Zuruf von links: Wie ist es mit dem großen Kladderadatsch, von dem in der Finanzdeputation die Rede war?) Davon spreche ich nicht. Die ganzen Wohnungsfragen werden wir, glaube ich, endgültig lösen können und müssen, wenn unsere Finanzdeputation in der Lage ist, über wesentlich mehr Mittel zu verfügen wie heute und uns dann für den Wohnungsbau voraussichtlich noch größere Mittel zur Verfügung stellt und stellen kann. Dann muß nochmals versucht werden, außer dem üblichen Wohnungsbau ein großes Projekt zu fördern, wie es auf dem Werder vorgesehen war. Ob es dann auf dem Werder oder wo anders ist, das ist ganz gleichgültig. Wir müssen versuchen, im nächsten Jahre ein großes Vorhaben

durchzuführen, um wenigstens den dringendsten Bedarf an Wohnungen zu decken und um das Loch, was wir jetzt auf dem Wohnungsmarkt haben, zu verstopfen. Ich möchte Sie bitten, heute die Vorlage von 7½ Millionen Mark zu verabschieden, und ich denke mir die Sache, während die Bürgerschaft in die Ferien geht, wie folgt: Von diesen bewilligten 7½ Millionen Mark liegen bei uns noch 20 bis 25 Anträge vor, die noch nicht in Angriff genommen werden konnten, weil zum Teil die Finanzierung noch nicht gesichert ist, zum Teil aber noch andere Schwierigkeiten bestehen. Außerdem ist augenblicklich sehr viel im Bau, so daß ich annehme, daß während der Bürgerschaftsferien das Bauhandwerk voll und ganz beschäftigt sein wird. Wenn aber wider Erwarten die heute beantragten Mittel nicht ausreichen sollten, um die Bautätigkeit weiter fortzusetzen, wie sie heute im Gange ist, so, glaube ich, wird die Finanzdeputation sich nicht weigern, wie bisher uns weitere Mittel vorzustrecken, damit eine Stilllegung der Bautätigkeit nicht zu erfolgen braucht. Und ich glaube, das Vertrauen dürfen Sie zur Finanzdeputation und mir haben, daß wir Mittel und Wege finden werden, daß nicht die Bautätigkeit wegen Mangel an Mitteln während der Bürgerschaftsferien stillgelegt zu werden braucht. Ich möchte Sie deshalb bitten, diese Vorlage, wie sie vorliegt, zu verabschieden. Ich hoffe, Sie überzeugt zu haben, daß Bremen auf dem Gebiete des Wohnungswesens etwas Großes geleistet hat, und ich glaube, wohl ruhig behaupten zu dürfen, daß es an allererster Stelle im ganzen Deutschen Reiche marschiert. Ich möchte Sie bitten, mich genau so zu unterstützen, wie es der Wohnungs- und Siedlungsausschuß getan hat, dann werden wir auf dem Gebiete des Wohnungsbaues mit an erster Stelle der deutschen Städte sein und bleiben zum Wohle der gesamten bremischen Bevölkerung. (Bravo!)

R a i s e n (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich begrüße es, daß der Senatsvertreter für das Wohnungswesen im Gegensatz zu seinem schweigsamen Vorgänger uns hier bei seiner Begründung der Vorlage eingehend Material gegeben hat über die Notlage auf dem Gebiete des Wohnungswesens in Bremen. Seine nackten Zahlen, die er uns genannt hat, geben uns ein erschütterndes Bild von der Not, die hier vorhanden ist, und sie legen uns allen die Pflicht auf, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß mindestens in Zukunft mehr noch auf dem Gebiete des Wohnungsbaues geschieht als bisher. Ich kann mit vielen Ausführungen des Senatsvertreters einverstanden sein. Aber in wesentlichen Dingen unterscheide ich mich von seiner Auffassung in bezug auf die Bautätigkeit, auch in bezug auf seine Auffassung bezüglich eines großzügigen Wohnungsbauprogramms. Er hat uns hier eine Vorlage unterbreitet, und diese Vorlage sieht Mittel vor, über die schon verfügt worden sind. Es ist lediglich eine reine Formalität, daß das Forum der Bürgerschaft diese Vorlage erledigt. Sie selbst hat gar keine Einwirkung mehr auf die Ausgestal-

tung der Dinge, auf die Art, wie überhaupt die Wohnbautätigkeit in Bremen vor sich gehen soll. Wir müssen doch mindestens das eine verlangen, daß die Rechte der Bürgerschaft in dieser Beziehung gewahrt werden. Es mag nicht allein beim Senatsvertreter liegen, es werden Hemmungen auch bei der Finanzdeputation sein. Aber ich möchte doch an alle bürgerschaftlichen Mitglieder der Deputationen und Behörden appellieren, dafür zu sorgen, daß derart wichtige Gesetzesvorlagen so rechtzeitig an die Bürgerschaft kommen, daß man auch dazu Stellung nehmen kann.

Wir haben in diesem Bericht auch noch das Versprechen vorgelesen erhalten, daß ein großzügiges Wohnungsbauprogramm herauskommen soll, an dem die Kommission ja schon sehr lange arbeitet, wenn das Ergebnis der Wohnungszählung vorliegt. Ich weiß nicht, ob die Zahlen, die hier vom Senatsvertreter mitgeteilt worden sind, schon aus dem Ergebnis der Wohnungszählung stammen, oder ob es andere Zahlen sind. Es wäre doch möglich, die Zahlen der bremischen Wohnungszählung jetzt schon zu verwerten, denn die hat doch früher stattgefunden als die Volkszählung. Es ist doch notwendig, schnell zu arbeiten. Wir haben ja in den letzten Jahren sehr viele derartiger Feststellungen gemacht, aber das eine hat dadurch nicht erschüttert werden können, daß in Bremen ein ungeheuer großer Fehlbetrag an Wohnungen vorhanden ist. 5000 Wohnungen fehlen; in Wirklichkeit werden es ja wohl noch mehr sein. Aber schon damit ist eine Zahl gegeben, die zu beseitigen ein volles Jahr erfordert, und die erfordert, daß man heute wirklich mit einem großzügigen Programm hervortritt. Aber ein Programm bloß auf dem Papier ist eine leere Form. Und zudem ist es falsch, damit erst im April oder Mai, wenn die Wohnbautätigkeit bereits ihren Anfang genommen hat, an die Bürgerschaft heranzutreten. Das haben wir ja nicht nur in Bremen erlebt, sondern auch in andern deutschen Städten, und dadurch ist der ganze Baumarkt in Unordnung gebracht worden, und die Preise sind künstlich in die Höhe getrieben worden. Ein großzügiges Programm nicht nur der einzelnen Länder, sondern des gesamten Reiches müßte bestimmte Etappen vorsehen. Hervorragende Bausachverständige haben immer wieder betont, daß die Verwirrung auf dem Baumarkt dadurch hervorgerufen worden ist, daß nicht planmäßig vorgegangen wird. Mir wird hier ein Artikel aus der „Weser-Zeitung“ überreicht, die doch wirklich nicht im sozialistischen Sinne schreibt. Darin setzt sich ein hervorragender Sachverständiger, ein Oberregierungsrat, dafür ein, auf diesem Gebiet wirklich Großzügiges zu schaffen und ein Bauprogramm auf möglichst lange Sicht aufzustellen, um die Kräfte so zu organisieren, daß sie auch überall vernünftig zur Anwendung kommen. Und wir haben auch hier von der Bürgerschaft aus zu verlangen, daß uns ein Plan vorgelegt wird, der uns die Möglichkeit gibt, für eine bestimmte, lang bemessene Frist zu operieren. Aber wir können selbst-

verständlich vom Senatsvertreter nicht verlangen, daß er nun hier in Bremen die Wohnungsfrage endgültig löst. Aber er kann doch zu ihrer Lösung zu einem großen Teil beitragen dadurch, daß er sich mit seiner ganzen Kraft dafür einsetzt, daß zum mindesten davon abgegangen wird, daß bei der Finanzdeputation immer in Vorschuf gegangen und dann weitergeschuftet wird. Das ist keine Wohnungsbautätigkeit, wie sie sein soll. Man muß auf lange Sicht arbeiten.

Aber ich glaube, es sind doch noch einflußreiche Kräfte in Bremen am Werke, die ein Interesse daran haben, daß die Wohnungsbautätigkeit nicht so gefördert wird, wie es sein müßte. Sie können sich zwar der Einsicht nicht verschließen, daß öffentliche Mittel hier eingesetzt werden müssen, aber sie starren immer auf den einen Punkt, nämlich den, ob es nicht gelingt, zur freien Wohnungswirtschaft überzutreten. Diese Leute sind sich nicht klar darüber, daß sie durch ihr Verhalten diesen Zeitpunkt immer weiter hinausschieben. Würde mit aller Kraft daran gearbeitet werden, die Wohnungsbautätigkeit mit öffentlichen Mitteln zu fördern, so würden wir automatisch dahin kommen, daß die wirtschaftlichen Kräfte sich wieder ausgleichen.

Es ist ja sehr nett, wenn vom Senatsvertreter gesagt wird, daß es eine Angelegenheit aller Parteien ist, die Wohnungsbautätigkeit zu fördern. Aber sehen Sie sich doch eine Regierungspartei, zum Beispiel wie die Deutsche Volkspartei, an, die den Antrag gestellt hat, zum 1. Juli das Mieterschutzgesetz aufzuheben. Damit würde doch auch die Mietsteuer fortfallen. Die Deutschnationalen beantragen sofort die Herabsetzung der Grundwertsteuer um 2 Prozent, damit die Spekulanten nachher ihre Säcke füllen können. Bei solcher Politik kann letzten Endes nur etwas Halbes herauskommen. Dann ist es nicht verwunderlich, wenn nur ein paar hundert Wohnungen gegenüber den tausend fehlenden fertiggestellt werden.

Weiter gibt es Kreise, auch in der Finanzdeputation, die glauben, es bestehe überhaupt keine Wohnungsnot in Bremen. Die Leute wohnen alle viel zu breit, weil die Mieten so billig wären. Wenn die Mieten höher wären, würde das Bild ganz anders. Ich glaube, daß doch die Erhebungen, die angestellt worden sind, ein Bild von der ungeheuren Not auf dem Gebiet des Wohnungswesens geben werden und daß Sie (nach rechts), wenn Sie lernen wollen, noch lernen könnten. Daher stammen auch diese Hemmungen, mehr zu tun, als bisher getan ist.

Weiter ist zu berücksichtigen, daß auch bei dieser ganzen Wohnungsbewirtschaftung in Bremen viel zu sehr Interessentenpolitik mitspielt. Es würde besser sein, wenn die bürgerlichen Parteien auf dem Standpunkt ständen, ein Unternehmer gehöre nicht in den Ausschuf. (Widerspruch rechts.) Die ganze Werdergeschichte ist sabotiert worden aus Kreisen der Unternehmer, die dagegen Sturm gelaufen sind. (Zuruf rechts.) Ich halte es für selbstverständlich, daß man Unternehmer aus den Deputationen fern-

halten muß. Das entspricht allen Anforderungen, die an eine parlamentarische Tätigkeit zu stellen sind, daß die interessierten Kreise nicht in eine Deputation kommen. Ich weiß nicht, warum Sie sich darüber aufregen.

Weiter sagt der Herr Senatsvertreter: „In Bremen haben wir viel gebaut. Wir marschieren an der Spitze der deutschen Städte.“ Ich weiß nicht recht, ob das stimmt. Der Deutsche Städtetag hat vor kurzem erst eine Uebersicht erscheinen lassen über die Wohnungsbautätigkeit, aus der sich ein ganz anderes Bild ergibt. Da stellt sich heraus, daß Städte, wie Dresden, München, Frankfurt usw., mehr bauen als Bremen. In Dresden sind 200, in München 202, in Leipzig 230 und in Frankfurt a. M. 270 Wohnungen gebaut worden. Jedenfalls sind die Ziffern ganz andere. Wenn wir durchführen, was in diesem Bericht vorgesehen ist, dann sind es erst 700 Wohnungen. Dann kommen wir ungefähr dahin, wo die genannten Städte schon im Vorjahre gestanden haben. Wir haben immerhin die Meinung, daß in Bremen mehr geschähen konnte als geschähen ist. Wir Sozialdemokraten haben schon im September 1924 in der Bürgerschaft einen Antrag eingebracht, der, sachlich begründet, für die Jahre 1925/26 den Bau von 2000 Wohnungen vorsah. Wir sind überzeugt, daß diese Wohnungen gebaut werden und die Mittel beschafft werden können, und daß Bauhandwerker usw. genügend vorhanden sind. Wir können uns nicht damit abfinden, daß wir nur 500 Wohnungen für die dringendsten Fälle bekommen, während 2000 solcher Fälle vorliegen. Es muß schon eine Abschlagszahlung erfolgen. Man muß 500 Wohnungen für die dringendsten Fälle bauen. Daher haben wir folgenden Antrag gestellt:

Die Bürgerschaft bewilligt zur Gewährung von Tilgungshypotheken für Wohnungsneubauten statt der beantragten 6 500 000 Reichsmark einschließlich eines Betrages für weitere 500 Kleinwohnungen 11 500 000 Reichsmark.

Ich habe diesen Antrag den Fraktionen in der vorigen Sitzung schon überreicht. Er ist in der Richtung abgeändert worden, daß schon die festen Summen hineingekommen sind. Meine Fraktion hat darüber beraten, und wir sind der Meinung, daß, weil die Ferien vor der Tür stehen und weil die genannten Summen schon vergeben sind, die Bau-deputation und der Senat an die Finanzdeputation herantreten sollen, um sich Vorschüsse zu holen.

Der zweite Teil des Antrages lautet:

Die Wohnungen sind gemäß dem von der Bürgerschaft am 22. 9. 1924 ihrem Ausschuf überwiesenen Wohnungsbauprogramm zu verwalten, damit endlich die im Verhältnis zu den wirtschaftlich stärkeren Gruppen viel größere Zahl der unbemittelten Wohnungslosen in die Lage kommt, eine von den mit öffentlichen Mitteln geschaffenen Wohnungen zu erhalten.

Hier scheiden wir uns grundsätzlich. Wenn Sie vielleicht auch mit uns gehen wollen und die Summen erhöhen wollen, so werden Sie hier doch Wider-

spruch erheben, wo es sich darum handelt, diese vom Staate geschaffenen Wohnungen in der Hand des Staates zu lassen. Wir sind der Meinung, der Staat soll nicht nur Geld leihen, sondern die Werte, die er geschaffen hat, in der Hand behalten. Die Werte, die der Staat gegeben hat, sind nicht verloren, aber wir sehen, daß diejenigen, die dringend eine Wohnung brauchen, unter diesem System zu keiner Wohnung kommen können. Derjenige, der einigermaßen eine Wohnung hat, erringt sich ein kleines Einfamilienhaus. Aber wer es am nötigsten hat, kommt nicht dazu. Wir schaffen wohl Wohnungen, sind aber nicht die Sorge los für diejenigen, die auf der Straße liegen. Deshalb muß der Staat die Hand auf diesen Wohnungen behalten und diese Leute in die Wohnungen bringen. Wer heute mittellos ist, kann sich ein solches Haus nicht leisten. Er wird eine Miete von 7—800 M nicht aufbringen können. Er sucht sich einen, der für ihn das Haus kauft und geht als Mieter in das Haus. Wie lange? Heute ist es schon so, daß der andere die Möglichkeit hat, demjenigen, dem geholfen werden sollte, aus dem Hause zu bringen. Und wieder stehen wir vor derselben Frage: Wie bringen wir die sozial schlechtgestellten Leute unter Dach und Fach? Deshalb sind wir der Meinung, daß der Staat die Dinge in der Hand behalten soll. Es ist auch ein großes Unrecht, wenn man die Mietsteuer von Leuten erhebt, die in erbärmlichen Löchern sitzen. Diese Leute würden auf der anderen Seite ein Äquivalent für ihr Opfer finden, wenn sie wüßten, daß das Geld der Allgemeinheit zugute kommt. Deshalb schon müßte hier der Wandel eintreten, daß der Staat sich seinen Einfluß sichert. Es kommt hinzu, daß der Staat dadurch mit der Zeit ganz ansehnliche Werte in die Hand bekommt. Würden wir die gebauten Wohnungen in der Hand behalten haben, hätten wir eine Gesellschaft, die die Mittel für die Wohnungsbautätigkeit verwaltet, die wieder neu baut und die ganzen Wohnungen verwaltet, so würden wir die großen Häusermassen dahinter haben und ein großes Wertobjekt in der Hand halten. Alles das ist aber aus der Hand gegeben, wenn die Wohnungen immer in Privathand übergehen. Ich weiß, daß wir uns hier grundsätzlich unterscheiden. Wenn wir aber diese zweitausend Menschen unterbringen wollen, können wir nicht anders, als daß wir Wohnungen bauen und sie vom Staate bewirtschaften und verwalten lassen. Das System ist nicht neu. Es ist schon gelöst worden von den Genossenschaften vor dem Kriege.

Ich komme zu der Frage des Einfamilienhauses. Das Einfamilienhaus in Bremen will der Herr Senator beseitigen, weil er einen Stock daraufsetzen will. Dann ist das Einfamilienhaus erledigt. Dann ist das Einfamilienhaus nicht das Ideal mehr, das als die Zierde in Bremen hingestellt wird. Das Einfamilienhaus hat dann Verhältnisse, die allen Anforderungen spotten. Dann drängt die Entwicklung dahin, daß die Leute in den Keller und unter den Boden kriechen müssen. Deshalb müssen Wohnungen

gebaut werden, die solche Erweiterungen nicht zulassen, die nur gute Wohnungen sein können. Wir sind der Meinung, daß es keine Mietskasernen werden sollen, aber es sollen größere Komplexe werden. Da wird sich die Verwaltung leichter stellen. Wir haben Erfahrungen gesammelt in Hamburg und festgestellt, daß dort, wo 50 bis 60 Partien zusammenwohnen, die soziale Energie sich so stärkte, daß der einzelne dafür sorgte, daß die Häuser in gutem Zustand bleiben. Wo aber zwei bis drei Gruppen waren, da war das soziale Bindeglied nicht vorhanden. Das kann man nur erreichen, wenn man größere Häuserkomplexe in Angriff nimmt und gute, gesunde Wohnungen baut.

Dann kommt die Kostenfrage. Es würde so sein, daß der Staat auf Jahre hinaus diese Wohnungen als Zuschußwohnungen betrachtet. Wir würden aber die Leute von der Straße bekommen und sparen können an Unterstüzungen. Wenn man das alles hinzunimmt, was wir an Volkskraft ausgeben, die wir nicht ersetzen können, dann spielt das Opfer, das hier für ein paar Jahre verlangt werden muß, keine Rolle. Man kann das Problem nur von dieser Seite lösen. Aus diesem Grunde fordern wir, daß der Staat diese 500 Wohnungen zunächst in der Hand behält und die Verwaltung durch ihn geschieht, damit die Leute von der Straße kommen. Ich bitte Sie, unserm Antrage zuzustimmen. Ich will hoffen, daß der Herr Senatsvertreter uns bald ein Wohnungsbauprogramm vorlegt, das für Bremen alles das berücksichtigt, was in den neuesten Erhebungen zum Ausdruck kommt.

Enock (Bodenref.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen doch dem Herrn Senatsvertreter Gerechtigkeit widerfahren lassen. Er kann nicht in einem halben Jahre alles das wieder gutmachen, was in sechs Jahren verbummelt worden ist. Und ich glaube, daß der Weg, den die Deputation für die Stadterweiterung eingeschlagen hat, uns doch einmal zum Ziele führen wird. Jedenfalls haben mich die Ausführungen des Herrn Senatsvertreters mit großer Genugtuung erfüllt; zeugen sie doch davon, daß die Gedanken, die wir Bodenreformer von jeher an erster Stelle vertreten haben, immer mehr Gemeingut aller einsichtigen und sozial denkenden Kreise unserer Bevölkerung werden. Es wäre verkehrt, zu glauben, daß das Wohnungselend lediglich eine Nachkriegerscheinung sei. Vor dem Kriege haben wir jedoch bei allem Glanz unserer Kaiserzeit das Wohnungsproblem als durchaus nebensächlich behandelt. Das ist der größte Vorwurf, den wir Bodenreformer dem Deutschland der Vorkriegszeit immer wieder machen müssen, daß es trotz allen Reichtums nicht daran gedacht hat, die deutschen Menschen menschenwürdig wohnen zu lassen. Wir Bodenreformer sind stolz darauf, daß durch unsere Aufklärung und unser Kämpfen die Ansprüche der Menschen an eine ausreichende und gesicherte Wohnung erst geweckt worden sind. Ohne die deutsche Bodenreform-Bewegung würde es mit der Unterbringung der deutschen Menschen in men-

schenwürdigen Wohnungen in unserem Vaterlande noch viel schlechter bestellt sein, als es heute der Fall ist. Hätte man eher auf uns gehört, dann würde man von der Wohnungsnot längst als von einer überstandenen Krankheit unseres Volkes reden können.

Die heutige Vorlage ist für uns Bodenreformer natürlich in keiner Weise befriedigend. Was bedeuten die neu angeforderten Mittel im Verhältnis zu den Summen, die notwendig sind, um die bei uns fehlenden 5000 Wohnungen zu beschaffen? Vor allem aber müssen wir Wohnungen beschaffen für diejenigen, die nicht in der Lage sind, die von Wohnungswucherern vielfach geforderten Abstandssummen zu bezahlen. Wir müssen dafür sorgen, daß vor allem die kinderreichen Familien untergebracht werden. Es ist traurig, daß viele Familienväter, die für den so bitter notwendigen Nachwuchs unseres Volkes gesorgt haben, ergebnislos von Tür zu Tür laufen müssen, ohne eine menschenwürdige Wohnung finden zu können. Die Zahl der in der heutigen Vorlage beantragten Kleinwohnungen ist daher viel zu gering. Ich weiß sehr wohl, daß wir infolge der großen Not das Wohnungselend nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen können. Aber man sollte doch etwas mehr tun, als beantragt wird. Wenn ich auch nicht glaube, daß die Finanzdeputation in der Lage sein wird, die Mittel für 500 Wohnungen, die Herr Kaiser beantragt hat, zu bewilligen, so glaube ich doch schon einen Fortschritt herbeiführen zu können dadurch, daß ich beantrage, daß außer den unter a) angeforderten 6½ Millionen Mark weitere 500 000 M für den Bau von 50 staatlichen Kleinwohnungen bewilligt werden. Mein Antrag lautet:

Außer den zu a) angeforderten 6 500 000 M werden weitere 500 000 M für den Bau von 50 staatlichen Kleinwohnungen bewilligt. Der Bau dieser Kleinwohnungen ist so rechtzeitig in Angriff zu nehmen, daß sie noch in diesem Jahre bezugsfertig werden.

Hoffentlich findet dieser Antrag die einstimmige Unterstützung des Hauses.

Herr Senator Allerheiligen wies schon darauf hin, daß wir vor den Sommerferien stehen und erst in zwei Monaten wieder zusammenkommen. Die Gelder, die wir heute bewilligen sollen, sind schon nahezu aufgebraucht. Um zu verhindern, daß deshalb die Bautätigkeit ins Stocken gerät, will Herr Senator Allerheiligen ein Einvernehmen mit der Finanzdeputation darüber herbeiführen, daß wieder die nötigen Vorschüsse gezahlt werden. Diesem Wunsche müssen wir von uns aus eine Unterstützung zuteil werden lassen. Ich beantrage deshalb:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Stadterweiterung und Grundstücksverwaltung zu beauftragen, dafür Sorge zu tragen, daß während der Bürgerschaftsferien die Arbeiten im Wohnungsbau in der bisherigen Weise fortgesetzt werden. Sollten die bewilligten

Mittel hierfür nicht ausreichen, so hat die Finanzdeputation die etwa noch notwendigen Geldmittel vorzuschließen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß mir zu Ohren gekommen ist, daß die Aufstockungen doch wohl nicht ganz in dem Maße durchgeführt werden, wie der Herr Senatsvertreter vorhin gesagt hat. Ich bin persönlich ein Feind von Aufstockungen aus denselben Gründen, wie sie vorhin Herr Kaiser schon angeführt hat. Aber ich möchte jedenfalls den Herrn Senatsvertreter bitten, doch einmal zu prüfen, ob es stimmt, daß z. B. für den Bezirk West etwa 60 Aufstockungsanträge vorliegen, die aber nicht erledigt werden können, weil für jeden Bezirk nur ein Beamter vorhanden ist, der diese Sachen bearbeitet.

Und nun noch eins: in Bremen sind leider starke Bestrebungen im Gange, das Prinzip unserer Flachbauweise zu durchbrechen. Dem muß mit aller Kraft entgegengetreten werden, und ich begrüße es, daß sich der Herr Senatsvertreter auf den Standpunkt gestellt hat, daß Mietskasernen in Bremen nicht errichtet werden sollen. Kein Kulturvolk der Erde kennt dieses System der Mietskasernen, wie wir es in Deutschland haben. (Widerspruch links.) Ich muß dabei allerdings ein Kulturvolk ausschließen, nämlich die Oesterreicher; in Wien sind jetzt von den Gewerkschaften Häuser gebaut worden, in denen Familien in Ein- und Zweizimmerwohnungen untergebracht sind! (Schulze: Das sind aber auch Paläste!) Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die deutsche Familie nicht nur unterzubringen ist in einer Anzahl von Räumen, sondern daß sie so zu wohnen hat, daß sie sich als Familie entwickeln kann, daß die Kinder in Luft und Licht und Sonne aufwachsen können, daß der Mann im Garten arbeiten kann. Erst dieses Frohgefühl, dieses Verbundensein mit der eigenen Scholle weckt die Liebe zum Vaterlande, den Willen zum deutschen Staate. Aus gesundheitlichen und staatsverhaltenden Gründen sollten wir also dafür eintreten, daß uns das Einfamilienhaus erhalten bleibt. Die andern Gründe dafür anzuführen, kann ich mir wohl heute ersparen. Ich kann deshalb dem zweiten Teil des Antrages Kaiser nicht zustimmen. Wir haben diese sozialen Mietergemeinschaften in andern Städten; aber ich glaube nicht, daß damit überall sehr gute Erfahrungen gemacht worden sind. Es ist mir bekanntgeworden, daß, wo man soziale Mietergemeinschaften gebildet hat, z. B. in Frankfurt a. O., die Leute sich wieder hinaussehnen, weil sie hineinmöchten in die Einfamilienhäuser. Ich weiß, daß sich an andern Orten Leute in großer Zahl zusammengetan haben, um sich Hunderte von Einfamilienhäusern nach dem Prinzip der Selbsthilfe zu schaffen. (Böge: Aber was für welche!) Die Hauptsache ist, daß es wirklich Häuser sind, die eine genügende Wohnfläche haben! Es brauchen keine Verzierungen daran zu sein, sondern es kommt darauf an, daß wir hinreichend große und gesunde Wohnstätten schaffen, und die

Gewähr dafür ist in Einfamilienhäusern viel mehr gegeben als in Mehrfamilienhäusern. Ich stelle hierzu folgenden Antrag:

Die für staatliche Kleinwohnungen bewilligten Geldmittel sind ausschließlich für den Bau von Einfamilienhäusern zu verwenden, sofern sich die Errichtung von Wohnungen in Einfamilienhäusern nicht wesentlich teurer stellt, als die Errichtung von gleich großen und gleichwertigen Wohnungen in Mehrfamilienhäusern.

Wenn ich bei dieser Gelegenheit auf Punkt V, 2 unserer Tagesordnung zurückkommen darf (Gewährung staatlicher Tilgungshypotheken), so bedaure ich außerordentlich, daß meine Anträge in der Deputation für die Stadterweiterung keine bessere Behandlung gefunden haben. Meine Anträge waren darauf gerichtet, das Wohnen in den Häusern, wie wir sie jetzt bauen, billiger zu machen und dafür zu sorgen, daß übermäßig große Häuser nicht mehr bezuschußt werden. Im Augenblick ist es nicht möglich, hierzu Anträge zu stellen, aber ich hoffe, daß die Deputation für die Stadterweiterung sich von dem Gedanken leiten lassen wird, die Zinsen und die Tilgungsquoten herabzusetzen, damit die Menschen in den durch die hohen Unkosten verteuerten Häuser so wohnen können, daß sie von den Zinszahlungen und Amortisationen nicht erdrückt werden.

Ueber die beiden Teile des sozialdemokratischen Antrags beantrage ich, getrennt abstimmen zu lassen, da ich für den ersten Teil und gegen den zweiten Teil stimmen werde.

Präsident: Das geschieht ohnehin, da es sich um zwei getrennte Anträge handelt.

H. Osterloh (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich zur Kenntnis nehmen, daß auch Herr Snoek bestätigt hat, daß der Senat in den letzten sechs Jahren nichts Nennenswertes zur Behebung der Wohnungsnot getan hat. Und wir als Partei sind heute noch der Meinung, daß von dieser bürgerlichen Gesellschaft absolut nichts gemacht wird, um die Wohnungsnot positiv zu beheben. Im Vordergrund der Verhandlungen steht heute die Beschaffung neuer Wohnungen. Das muß das Grundmotiv sein, von dem wir uns leiten lassen müssen. Treten wir nun der Frage der Aufstockungen der Wohnungen näher, so können wir feststellen, daß das tatsächlich nur ein Geschenk an die Hausbesitzer ist, denn im wesentlichen wird mit diesen Aufstockungen wenig erreicht.

Meine Damen und Herren! Es wurde uns gelegentlich im Wohnungsausschuß vom Baudirektor Knoop mitgeteilt, daß auf einer Konferenz, die im Frühjahr dieses Jahres stattgefunden hat, angedeutet wurde, daß die einzelnen Städte und Länder möglichst dafür sorgen müßten, daß bis zum Jahre 1928 die Wohnungsnot zum größten Teil behoben sein müßte, da das Reich von 1928 an aus der Mietsteuer keine erheblichen Beträge mehr für die Wohnungsbauzwecke abführen könne, sondern diese Summen zur Erfüllung des Sachverständigen-Gut-

achtens verwenden müsse. Wenn die Frage so steht und wir heute schon wissen, daß nach 1928 das wenige, was jetzt von Seiten des Reiches für Wohnungsbauzwecke zur Verfügung gestellt wird, diesem Zwecke entzogen werden soll, so ist es doch klar, daß man mit ganz andern Mitteln an den Wohnungsbau herantreten muß. Wir haben aber ja zunächst einmal zu prüfen: Ist wirklich mit der jetzigen Art des Wohnungsbaues den Arbeitern, die eine größere Familie haben, geholfen? Nein! Und zwar aus folgenden Gründen: Heute schon werden Wohnungen, die mit Staatsmitteln gebaut sind, an den Staat zurückgegeben, weil diese Leute die hohen Mieten nicht aufbringen können. Das ist erst der Anfang, und wir sind überzeugt, daß das in der nächsten Zeit noch schlimmer wird. Mit dieser Methode kommen wir nicht weiter.

Es wird immer hervorgehoben, daß man gesunde Wohnungen schaffen muß. Wenn man dieses kleine Einfamilienhaus schon wieder mit zwei Familien belegen muß oder zwei bis drei Zimmer an junge Leute abvermieten muß, um die Kosten aufzubringen, dann sollte man erst einmal untersuchen: Können wir in Bremen nicht einen anderen Wohnungsbaumodus finden? Wir haben uns im Wohnungsausschuß verschiedentlich darüber unterhalten. Es wurden Anträge gestellt, daß man in Bremen mehr das Dreifamilienhaus in den Vordergrund schieben müßte, weil es billiger und rentabler wäre. Man müßte sich von dem Kleinwohnungsbau in Bremen auf Grund der Verhältnisse und der finanziellen Schwierigkeiten einmal abwenden. Aber immer scheiterte die Frage an den Vertretern der Rechten, die sich von der alten bürgerlichen Anschauung nicht trennen wollen und dadurch den Wohnungsbau nicht fördern, sondern bewußt hemmen. Es wurde hier als glänzend hervorgehoben, daß der Staat bereits sieben Millionen für Wohnungszwecke bewilligt habe. Es wäre sehr interessant gewesen, Herr Senator, hier einmal zu erfahren, in welcher Form diese sieben Millionen verteilt worden sind. Es ist festgestellt worden, daß Wohnungsbauten, die 50-, 70- und 80 000 M kosten, diesen sofort 15 000 M zur Verfügung gestellt worden sind. Wir haben beantragt, man solle diesen Leuten, die solche Wohnungen bauen können, nichts bewilligen und zuerst die Not der Proleten berücksichtigen. Wir haben weiter Fälle gehabt, daß, nachdem 15 000 M bewilligt waren, der Bauherr das letzte Geld nicht aufbringen konnte und man ihm noch mehr bewilligte. Es wurde damit begründet, man müßte die Kunst im Bauhandwerk berücksichtigen. Ich bin der Meinung, daß diese Begründung sehr oberflächlich ist, und muß verlangen, daß diesen Leuten in Zukunft nichts mehr von den Staatsgeldern bewilligt wird.

Es wurde weiter hier gesagt, daß man die Mieten in den alten Wohnungen höherstellen müßte. Das ist so zu verstehen, daß die Mieten in den alten Wohnungen, die vor dem Kriege gebaut sind, in derselben Höhe sein müßten, wie die der neuen

Wohnungen. Wenn das der Fall ist, wie gedenkt man dann diejenigen, die nicht vermietet haben, wie z. B. das Villenviertel in Schwachhausen, zu behandeln? Man sieht, daß es der Leitgedanke ist, daß man die Lasten abwälzt auf die Arbeiter, auf die besitzlosen Klassen, auf alle diejenigen, die zur Miete wohnen. Hier können wir nicht zustimmen. Wir sind grundsätzlich der Meinung, daß der Staat verpflichtet ist, jedem Steuerzahler eine ordnungsmäßige Wohnung zu beschaffen. Die Mittel hierfür sind aus der Staatskasse zu nehmen und nicht, wie es geplant ist, abzuwälzen auf die Minderbemittelten. Was die Mieten für die Kleinwohnungen, Einfamilienhäuser usw. betrifft, so muß ich sagen: Wir haben schon sehr oft über die Wohnungsnot gesprochen. Ich glaube nicht, daß wir das, was wir bei anderer Gelegenheit vorgetragen haben, zu wiederholen brauchen. Wir können die Wohnungsnot nur so lindern, daß der Staat selber die Wohnungen baut und sie nicht verkauft. Wohin wird das führen, wenn viele dieser Leute, die durch die Staatszuschüsse Häuser bekommen haben, nicht in der Lage sind, diese Mieten für die Häuser zu bezahlen? Dann muß der Staat sie doch übernehmen.

Weiter ist zu bedenken: Alle diese Gelder, die jetzt an die einzelnen Privatunternehmer als Verdienst gegeben werden — denn diese Leute arbeiten nicht umsonst —, würden uns in die Lage versetzen, sehr viele Wohnungen zu bauen. Der Staat hat selbst seine Techniker und seine Angestellten, und bei geringem Kostenaufwand müßte er in der Lage sein, die privaten Unternehmer vollständig auszuschaften.

Ich komme zu der Frage der Beschlagnahme der Wohnungen. Der Herr Senator sagte, es seien so und so viel Wohnungen beschlagnahmt worden. Es handelt sich darum, wo sie beschlagnahmt worden sind. Ich war Beisitzer beim Mieteinigungsamt und kann ein Lied davon singen. Ich bin nie Beisitzer gewesen in einem Falle, wo man eine Wohnung in Schwachhausen hat beschlagnahmen wollen. Aber im Proletenviertel, in Hastedt und in der westlichen Vorstadt, dort suchte man, ob nicht noch eine Bodenkammer oder eine Waschküche vorhanden ist.

Der Wohnungszugang ist so hingestellt worden, als wenn er ein Nichts wäre. In allerletzter Zeit sind in den Betrieben sehr viel auswärtige Arbeiter herangezogen worden, die keine Wohnungen bekommen haben, aber die von der besitzenden Klasse aus irgendeinem Grunde nach Bremen gekommen sind, das sind diejenigen, die der Herr Senator angeführt hat. Hier sehen wir, daß die Wohnungsfrage eine Klassenfrage ist, und zwar eine Frage der arbeitenden Klassen, denn die Besitzenden haben ja Wohnungen, aber für die Arbeiter ist das ein wunder Punkt. Wir haben festgestellt, daß vorgestern noch Leute zu uns gekommen sind, die aus irgendeinem Grunde aus der Wohnung herausgeworfen worden sind und die man nun am Buntentorssteinweg unterbringen wollte. Diese Leute müssen Wohnungen bekommen, weil es die Ärmsten der Armen sind.

Deshalb müssen die Wohnungen billiger werden als bisher. Dem ersten Abschnitt des sozialdemokratischen Antrages stimmen wir zu. Auch wir bedauern, daß der Senat die Vorlage uns nicht eher unterbreitet hat, denn diese Frage ist eine der brenzlichsten, und sie kann nur dadurch behoben werden, daß der Staat die Wohnungsbautätigkeit in eigener Regie ausführt.

Dr. Gebert (D. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst im Namen meiner Fraktion zu erklären, daß wir dem Antrag der Deputation für die Stadterweiterung vom 5. Juni 1925 und dem Bericht in allen Punkten zustimmen. Ich muß ganz ehrlich gestehen: Es wäre mir lieber, ich wäre in der glücklichen Lage, wie Herr Raifen oder Herr Osterloh oder wie Herr Snoek mich hierherzustellen und mit vollen Händen nach allen Seiten zu geben, oder auch mit Reden Wohnungen hervorzuzaubern, vielleicht auch den ganzen Arbeitsmarkt so zu regulieren. Ich muß aber ehrlich sein und gestehen, daß ich dazu nicht in der Lage bin.

Ich möchte zunächst gegenüber dem Referat, das der Herr Senatskommissar heute erteilt hat, meine Freude darüber ausdrücken, daß wir endlich einmal ein übersichtliches und brauchbares Material erhalten haben, das ein klares Bild gibt von dem, was auf dem Gebiete des Wohnungsbaues in den letzten Jahren geschehen ist. Ich glaube, daß dieses Material, das zum großen Teil auf statistischen Erhebungen beruht, auch für die Weiterarbeit in der Bürgerschaft und in den Ausschüssen von besonderer Bedeutung sein wird, und ich hoffe, daß dieses Material der Presse in Form eines Berichtes zugänglich gemacht wird, denn es ist nicht möglich, derartige Referate der Senatsvertreter in der gleichen Form, wie sie erstattet sind, in die Presse zu bringen. Ich hoffe auch, daß dem Sonderauschuß dieser Bericht noch einmal im Original zugeht, damit er als Grundlage für weitere Verhandlungen dienen kann.

Wenn ausgeführt worden ist, daß die Millionen, die verbaut sind, noch nicht viel seien, dann muß ich demgegenüber feststellen — und das tue ich mit besonderer Freude, und ich nehme die Gelegenheit dazu besonders gern beim Schopf —, daß wir auf einem Gebiet immer noch unter den Folgen der Inflationszeit leiden, und das ist das Gebiet der Einstellung zur Kalkulation als solcher. Wir haben in der Inflationszeit völlig verlernt, mit normalen Zahlenbegriffen auch im Budget zu arbeiten. Wir haben heute keine Ahnung mehr davon, daß 21 Millionen eine geradezu gewaltige Summe sind, die sich hinten mit sechs Nullen schreibt. (Zurufe links: Häfen und Eisenbahnen!) Wenn Sie derartige Zwischenrufe machen, so ist das ein Beweis, daß es Ihnen an jedem wirtschaftlichen Verständnis mangelt. Denn da handelt es sich doch um produktive Ausgaben, die auf Anleihe genommen werden, von denen wir leider noch nicht wissen, wie sie gedeckt werden. (Erneute Zurufe links.) Wenn wir

diese Anlagen heute mit Erfolg auf Anleihen nehmen könnten, so würde ich es begrüßen, weil wir dann ein Vielfaches von dem schaffen könnten, was wir zurzeit zu schaffen in der Lage sind. Ich muß nochmals mit Nachdruck feststellen, daß die bisher bewilligten Summen sich durchaus im Rahmen dessen halten, was wir leisten können. Was nun die ersten 7 Millionen betrifft, die in der Inflationszeit ausgegeben wurden, so handelt es sich, in Gold umgerechnet, tatsächlich um ganz enorme Summen, die bei der Schwierigkeit der Geldbeschaffung (?) heute noch ganz anders zu Buche stehen, wie die nicht geringen Summen, die wir heute zu bewilligen haben werden. Aber die Sache liegt bezüglich der Beschaffung der Mittel doch so: es handelt sich nicht nur darum, Wohnungen zu schaffen, sondern darum, Wohnungen zu schaffen, die von Leuten bewohnt werden, die diese Wohnungen überhaupt bezahlen können. Wenn wir aber in der bisherigen Richtung und in dem bisherigen System weiterarbeiten, dann werden wir beim besten Willen keinen Mieter mehr finden, der auch nur halbwegs den entsprechenden Mietzins aufbringen kann. Dann werden wir also über kurz oder lang eine ganz aufgelegte Pleite haben.

Das ist die eine Seite. Und die andere Seite ist die: es ist ja sehr schön, die hier beantragten Summen in der Art, wie es durch den Antrag Kaiser geschieht, von 6,5 auf 11,5 Millionen zu erhöhen. Aber ich glaube wirklich: Sie unterschätzen eines: die Schwierigkeiten der effektiven Geldbeschaffung. Und da muß ich sagen: die Beschaffung des Bargeldes ist seit dem Jahre 1870 noch nicht so schwierig gewesen wie heute. Es besteht nicht nur eine geradezu fabelhafte Kreditknappheit, es besteht auch eine ausgesprochene Geldknappheit, so daß schon die Frage der Beibringung bereits bewilligter Mittel ein großes Kunststück ist, das unsern Finanzleuten heute mehr Kopfzerbrechen macht, als die großen Bewilligungen, die wir gleichwohl nur allzu bewilligungsfreudig auszusprechen pflegen. Hinter diesen Bewilligungen und hinter all dem, was wir auf diesem Gebiet verlangen und eventuell durch unsere Beschlüsse fordern, muß die volle Verantwortlichkeit für die Aufbringung der finanziellen Mittel stehen. Und in dem Maße, wie wir diese Aufbringung nicht mehr für möglich halten oder nicht mehr glauben, sie decken zu können, in dem Maße können wir auch beim besten Willen über das, was wir als richtig erkannt haben und durchführen können, unter keinen Umständen hinausgehen.

Vielleicht unterscheiden wir uns von Ihnen auf der Linken aber auch darin: ich glaube, es ist nichts verkehrter, als, nur um das Gesicht zu wahren, einen Wunsch aufrechtzuerhalten, wenn man im Innern längst erkannt hat, daß es letzten Endes unmöglich ist, daß ein derartiger Wunsch in die Tat umgesetzt wird. Wenn Sie heute beschließen, auf einen Schlag statt 6,5 Millionen Mark plötzlich 11,5 Millionen Mark zu bewilligen, dann seien Sie

sich bitte darüber klar, daß wir diese 11,5 Millionen Mark durchaus nicht haben und auch nicht haben werden. Auf diesem Wege können wir nicht weitergehen. Die heutige wirtschaftliche Lage in Bremen hängt von zwei Hauptfaktoren ab, von der geradezu katastrophalen Lage am Exportmarkt und von der beinahe ebenso katastrophalen Lage bei den Schiffswerften und Reedereien. Solange diese Verhältnisse vorliegen, müssen wir damit rechnen, daß wir in eine ständig sich steigende wirtschaftliche Notlage hineinkommen. Wir müssen damit rechnen, daß wir mit unserm Steueraufkommen nicht im entferntesten die Summen erreichen, die an sich von uns erwartet werden. Und je schwerer diese steuerliche Bedrängnis wird, um so schwerer wird sie sich auf allen Gebieten auswirken. Es hat gar keinen Zweck, daß man an diesen Dingen immer vorbeiredet. Man soll doch die Dinge erkennen, wie sie sind, und ich halte mich für verpflichtet, zu erklären, daß eine derartig schwierige wirtschaftliche Lage, wie wir sie augenblicklich haben, überhaupt noch nicht vorhanden gewesen ist, und daraus müssen wir, so schwer es auch fallen mag, die Konsequenzen ziehen.

Ich möchte zur Vorlage allgemein noch das eine sagen: die Vorlage ist hervorgegangen aus der Arbeit des Wohnungs- und Siedlungsausschusses. Dort ist sie einstimmig beschlossen worden. Sie ist in der Deputation für die Stadterweiterung einstimmig angenommen worden. Allerdings haben die Wünsche der Parteien zum Teil anders gelaute, man hat sich aber zunächst damit begnügt, diese Vorlage einzureichen. Ich halte es für grundsätzlich unmöglich, wenn wir vorher in einem engeren Kreise derartige Vorlagen beschlossen haben, um nun erst einmal die notwendige Grundlage zu bekommen, nun nachträglich die Vorlage durch alle möglichen Zusatzanträge verändern zu wollen. Wer von uns will denn die Verantwortung übernehmen, wenn derartige, enorme Mehrforderungen aussprechende Anträge plötzlich angenommen werden. Ich persönlich bin der Ueberzeugung, daß, wenn wir heute 5 Millionen Mark mehr einstellen, wir gar nicht in der Lage sind, nun damit die Entlastung auf dem Wohnungsmarkt herbeizuführen, die die Antragsteller damit beabsichtigen. Ich glaube, daß das, was bisher geschehen ist, einmal das finanziell Mögliche darstellt. Ich glaube, daß es nicht möglich ist, die Zahl der Bauhandwerker noch erheblich zu vermehren, die wir in Bremen jetzt infolge Zuzugs von draußen bereits haben. Ich glaube ferner, daß es nicht möglich sein würde, von heute auf morgen durch Aufstellung eines völlig neuen Wohnungsbauprogramms irgend etwas mehr zu schaffen, als was hier in der Vorlage vorgesehen ist. Gewiß, es ist eine Schwierigkeit, wenn uns eine derartige Vorlage eigentlich post festum, nachdem alles, was sie an Mitteln enthält, bereits ausgegeben oder doch zugesagt ist, vorgelegt wird. Aber, meine Damen und Herren, Sie sprechen immer vom Wohnungsbauprogramm auf lange Sicht. Nun bitte ich Sie

bloß einmal um eins: vergegenwärtigen Sie sich die Lage, in der sich so ein Bauleistiger befindet: 173 Prozent Baukosten, davon erhält er 50 Prozent Staatszuschuß. Da kommt er auf 3¼fache Miete bei normaler Verzinsung, und ohne Staatszuschuß auf das 5¼fache. Das ist eine wirtschaftliche Basis, die so anormal ist, daß sie überhaupt keine Vergleichsmöglichkeit mit irgendwelchen Verhältnissen bietet. Und unter solchen Voraussetzungen verlangen Sie eine Wohnungspolitik auf lange Sicht? (Blanke: Wie wollen Sie denn sonst das Wohnungselend aus der Welt schaffen?) Vielleicht beantworten Sie die Frage nachher; Sie sind ja immer so weise. Ich habe vorhin schon ausgeführt: es handelt sich nicht darum, Wohnungen zu schaffen mit Mitteln, die nicht vorhanden sind, sondern, Wohnungen zu schaffen, die zu menschenwürdigen Preisen bewohnt werden können. Und das ist ein Ding der Unmöglichkeit nach den Zahlen, die Sie selbst bekommen haben. Infolgedessen muß unsere Einstellung klar und richtig die sein, daß wir zunächst in einer Uebergangswirtschaft stehen, und in dieser Uebergangswirtschaft können wir nicht auf lange Sicht arbeiten. (Erregte Zurufe links:) Herr Blanke, Sie sind klüger als ich; ich hätte gewünscht, Sie hätten studiert, und ich wäre an Ihrer Stelle Polizeibeamter. (Heiterkeit.)

Ich möchte also noch einmal sagen: bei dieser Lage ist es unmöglich, ein Programm auf lange Sicht sich überhaupt vorzustellen, weil es undenkbar ist. (Erregte Zurufe links.) Es ist in diesem Zusammenhange auch über die Zwangswirtschaft gesprochen worden. Sie kennen auch hier meinen Standpunkt. Ich bin von Anfang an ein Gegner jeglicher Zwangswirtschaft gewesen. (Zurufe links: Und die Schutzzölle?) Mit den Schutzzöllen habe ich heute nichts zu tun, sondern mit der Zwangswirtschaft. (Lachen links.) Im übrigen ist Schutz Zoll und Zwangswirtschaft nicht dasselbe. Ich habe stets den Standpunkt vertreten, daß ich für eine radikale Beseitigung der Zwangswirtschaft bin. Ich habe ihn nicht dahin vertreten, wie es die Hausbesitzer tun, daß die Zwangswirtschaft von heute auf morgen abgebaut werden soll. (Widerspruch bei den Hausbesitzern.) Sie muß unbedingt, und zwar in dem Maße der bisherigen Tätigkeit des Baumarktes und der Möglichkeit, neue Wohnungen zu schaffen, abgebaut werden. Denn wenn wir unter einem System weiterarbeiten, das auf der einen Seite dazu beiträgt, die Baukosten zu verteuern und die Mieten zu erhöhen, dann ist es unmöglich, die Diskrepanz zwischen diesen beiden Momenten auszugleichen. Und das schlimme ist, daß das schon so lange besteht. Wenn es auf die Dauer zu einer gewissen Kontrolle gekommen wäre, so hätte man sich damit abfinden können. Aber wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß wir Zeiten gehabt haben, wo wir 10 bis 15 Prozent Friedensmiete hatten, so müssen Sie einsehen, daß das ein Ding der Unmöglichkeit ist, und daß dort der Rückschritt der letzten Jahre zu suchen ist. Wir werden uns hier also nicht

verstehen. Aber es hat doch absolut keinen Zweck, daß ich hier etwas anderes sage, als was ich im Ausschuß verrete, und was Sie aus meinem Munde schon öfter gehört haben. Ich stehe im übrigen auf dem Standpunkt, daß ich die mir zur Verfügung stehende Redezeit von einer halben Stunde durchaus nicht voll ausschöpfen muß. Den Anträgen der Deputation stimmen wir zu in der Form, wie sie vorliegen, und hoffen, daß weitere Amendements überhaupt nicht nötig sein werden und auch nicht angenommen werden.

Vizepräsident Borchers: Herr Dr. Gebert hat eben von der Festsetzung einer Redezeit gesprochen; mir ist nicht bekannt, daß die Redezeit beschränkt ist, da bin ich wohl nicht dabei gewesen? (Allgemeine Heiterkeit. Zurufe links: Sie kennen wohl die Geschäftsordnung nicht?)

Schucht (Hausb.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie der Herr Senatsvertreter zu Eingang seiner Rede erwähnte, soll die Bürgerschaft heute einmal wieder Gelder bewilligen, die schon seit längerer Zeit ausgegeben sind. Es berührt eigentlich eigenartig, daß die Bürgerschaft bisher immer erst dann ersucht worden ist, Gelder für den Wohnungsbau zu bewilligen, nachdem diese Gelder längst vorher verausgabt worden waren. Vielleicht aber besteht in den betreffenden Kreisen eine gewisse Sorge darüber, daß die Bürgerschaft, wenn diese Gelder noch vorhanden wären, über die Art der Verteilung dieser Gelder mitbestimmen würde. Diese Sorge in den beteiligten Kreisen ist vielleicht nicht ganz unbegründet, weil tatsächlich bisher bei der Verteilung der Gelder die Privatunternehmer sehr schlecht weggekommen sind, denn den größten Teil dieser Gelder haben die Baugenossenschaften erhalten. Es muß hier einmal offen ausgesprochen werden, daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar ist. Gerade die Privatunternehmer sind es doch, die in allen Gegenden Baugrund haben, und die auch vor dem Kriege für den Wohnungsbau ausschließlich gesorgt haben. Gerade mit Rücksicht auf diese Tatsache dürfte es nicht unbescheiden sein, wenn die Privatunternehmer verlangen, daß die bewilligten Gelder in erheblicherem Maße als bisher an sie zur Auszahlung kommen. Der Privatunternehmer kann da bauen, wo die Bauten gewünscht werden, und er kann so bauen, wie es von seinem Bauherrn gewünscht wird und wie man es vor dem Kriege gewohnt gewesen ist. Das Privatunternehmertum hat vor einem Jahre bereits erklärt, eine große Anzahl von Wohnungen zu bauen, wenn ihm vom Staate Hypotheken in Höhe von 75 Prozent der Lage bewilligt würden. Für die Restgelder wollte das Privatunternehmertum selbst aufkommen. Aber auf diesen Vorschlag ist der Staat nicht eingegangen. (Göze: Das ist ein Glück!) Man zieht auch heute noch vor, die Bauten durch die verschiedenen Genossenschaften ausführen zu lassen. Teilweise läßt der Staat selbst bauen. Wäre man damals auf den Vorschlag des Privatunternehmertums eingegangen, dann hätten

wir heute schon eine größere Anzahl von Wohnungen und hätten sehr viel Geld dabei sparen können. Von einem staatlichen Regiebau sollte man grundsätzlich absehen, da ohne Frage dadurch eine wesentliche Verteuerung der Häuser eintreten würde. Aber auch der Bau von Häusern durch die Genossenschaften sollte eingeschränkt werden. Es sollte Wert darauf gelegt werden, daß solche Häuser gebaut werden, wie sie vor dem Kriege das Privatunternehmertum gebaut hat. Wir haben Gelegenheit gehabt, die neuerbauten Häuser an der Hemmstraße und in Oslebshausen zu besichtigen, und ich muß sagen: Wenn man die kümmerliche Breite und Tiefe dieser Häuser betrachtet, dann kommt einem unwillkürlich der Gedanke, daß, wenn einmal die Wohnungsnot beseitigt ist, man diese Häuser überhaupt nicht an den Mann bringen kann. Auf diese Bedenken wurde mir behördlicherseits mit einem eigenartigen Lächeln erwidert, dann habe der Staat die Häuser nicht mehr. Also ist der Staat selbst davon überzeugt, daß die Häuser nicht viel taugen, weil sie sehr schmale kleine Zimmerchen haben. Aber er hat sie zur rechten Zeit dritten Personen sozusagen angeschmiert, und er braucht sich keine Sorge zu machen, was mit den Häusern später einmal wird. (Präsident: Sie sagen, der Staat würde sie angeschmiert haben. Das dürfen Sie vom Staate nicht sagen.) Also er hat sie an dritte Personen veräußert. Das soll sagen, daß der Staat nicht mehr dransieht, sondern sie zur rechten Zeit abgestoßen hat. (Zurufe links.)

Hinzu kommt noch, daß die Inhaber dieser kleinen Häuser kaum in der Lage sein werden — wie schon angeführt worden ist —, die erheblichen Beiträge, die aufgewendet werden müssen, aufzubringen. Im Parterre sind zwei kleine Zimmer und die Küche, und im übrigen gibt es nur abgechrägte Bodenkammern. Man will diesen Leuten eine auskömmliche Wohngelegenheit schaffen. Das tut man aber nicht, weil diese Leute die Bodenkammern an Einlogierer vermieten müssen, um so die Gelder herauszubekommen, die notwendig sind, um die eingegangenen Verpflichtungen erfüllen zu können. Damit ist den Leuten nicht gedient. Im Interesse der Hausinhaber, besonders aber im Interesse des bremischen Staates selbst, sollte man unter allen Umständen vermeiden, daß diese kleinen Häuser weiter gebaut werden. Man sollte zum Zweifamilienhäusersystem oder zum Mehrfamilienhäusersystem übergehen, wie wir es in Friedenszeiten gewohnt gewesen sind.

Der Herr Senatsvertreter glaubte vorhin besonders auf die niedrige Mietzinssteuer in Bremen hinweisen zu sollen mit der Bemerkung, daß sie in anderen Städten höher sei. Ich bedaure, daß Herr Senator Allerheiligen nicht im Bilde ist, daß in Bremen eine gewaltige Mietzinssteuer erhoben wird. Hier wird die Mietzinssteuer von dem Friedensstatut des Hauses bzw. des Grundstücks erhoben, d. h. von dem Grund und Gebäude, während in an-

deren Ländern die Mietzinssteuer von der effektiven Miete berechnet und erhoben wird. In Thüringen sollte die Mietzinssteuer von den Mietern selbst eingezogen werden, aber der Städteverband hat sich dagegen gewehrt mit der Begründung, daß er dazu eines Beamtenapparates von 400 Menschen bedürfe und dann etwa 30 bis 40 Prozent von der Mietzinssteuer weniger einbekommen würde. Die Mietzinssteuer in Bremen ist aufgebaut, wie ich schon an anderen Stellen öfter gesagt habe, auf der Basis einer sechsprozentigen Verzinsung des Friedensstatutes, und die haben wir in den seltensten Fällen bis jetzt erreicht. Auch Herr Direktor Knoop hat seinerzeit bei der Einführung der Steuer erklärt, daß die Mietzinssteuer in dieser gewaltigen Höhe nur tragbar sei, wenn eine sechsprozentige Verzinsung überall erreicht sei. Wir haben günstigenfalls eine Verzinsung von fünf Prozent, und im übrigen ist der Hausbesitzer der Leidtragende und gibt das fehlende Geld hinzu, damit Wohnungen geschaffen werden in der Hoffnung, daß er in seinem eigenen Hause auch einmal aufatmen kann.

Der Herr Senatsvertreter hat auch geglaubt, daß es besonders vorteilhaft sei, wenn ein großer Landkomplex für Wohnhäuser aufgeschlossen würde, und er hat dabei den Namen Kossel erwähnt. Der bremische Staat hat so viel Baugrund an fertiger Straße, daß es nicht zu verstehen wäre, wenn der Senat uns einmal eine Vorlage zugehen lassen würde, die die Aufschließung eines solchen Komplexes bezweckt. Der bremische Staat soll nicht seinen Grund und Boden so lange im Besitz behalten, wie er es jetzt tut. Er wird dadurch unter Umständen der größte Bodenspekulant, den es geben kann. Der Staat glaubt aber, wenn er heute ein Grundstück erwirbt und es nach 20 Jahren mit kleinem Verdienst veräußert, daß er ein gutes Geschäft dabei gemacht habe. Er übersieht aber, daß er in den langen Jahren keine oder nur eine geringe Einnahme gehabt hat. Insofern sollte der bremische Staat mit gutem Beispiel vorangehen und zunächst seinen Grund und Boden zu billigen Preisen abstoßen. (Zurufe links.) Was die Aufstockung anlangt, so können wir diese nur begrüßen, weil dadurch verhältnismäßig viele Wohnungen geschaffen werden. Und wenn die Hausbesitzer sich dazu bereit erklären, bei ihren Häusern Aufstockungen vornehmen zu lassen, dann geschieht das wiederum nur deshalb, weil sie bezüglich der neuzuschaffenden Wohnungen von dem Zwange der Mieterschutzgesetzgebung befreit sind, und wenn die Mieterschutzgesetze überhaupt gemildert würden, dann würden wir im Handumdrehen noch viel mehr Wohnungen haben. (Blanke: Früher hieß es doch immer: „Aufhebung.“) Was den Absatz 2 des Antrages Kaiser anlangt, so ist er schon deshalb nicht anzunehmen, weil in dem Wohnungsausschuß über das fragliche Bauprogramm noch gar nicht verhandelt worden ist. Schon aus diesem Grunde kann Absatz 2 des Antrages Kaiser nicht angenommen werden.

Ich möchte mir gestatten, folgenden Antrag einzubringen, weil uns daran gelegen ist, daß die Wohnungsnot möglichst rasch und möglichst gut gemildert wird:

Die Bürgererschaft ersucht den Senat, die Finanzdeputation zu beauftragen, die zur Förderung des Wohnungsbaus verfügbaren Gelder bis zu einem Betrage von 5 Millionen Mark dem Wohnungs- und Siedlungsausschuß vorschußweise zu überweisen.

Mit diesem Antrage erreichen wir, daß, wenn verfügbare Gelder vorhanden sind, die Finanzdeputation ohne weiteres in der Lage sein wird, diese Gelder dem Wohnungs- und Siedlungsausschuß zu überweisen.

Senator Allerheiligen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur richtigstellen, was falsch dargestellt worden ist. Herr Kaiser hat behauptet, daß das Werderprojekt von Bauunternehmerseite verhindert worden sei. Das ist nicht richtig. Es konnte aus anderen Gründen nicht durchgeführt werden. (Zuruf links: Welche Gründe waren das?) Das waren finanzielle Gründe. Ich persönlich hoffe aber, daß wir im nächsten Frühjahr in der Lage sind, ein solches Projekt durchzuführen.

Herr Schucht hat behauptet, das Geld, das heute bewilligt würde, sei schon ausgegeben. (Schucht: Haben Sie selbst gesagt!) Nein! Ich habe gesagt: Es ist begeben. Es muß aber zum Teil noch verbaut werden. Es hat nun keinen Zweck, jemandem schon neue Gelder wieder zuzufügen, wenn man nicht übersehen kann, ob diese Mittel auch verbaut werden können. Wegen des sehr späten Einbringens dieser Vorlage erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß wir unseren ersten Bericht schon im März der Finanzdeputation vorgelegt haben.

Zu der Forderung, daß die Genossenschaften weniger berücksichtigt werden sollen und mehr die Bauunternehmer, muß ich darauf hinweisen, daß auch die Bauten der Genossenschaften durch Bauunternehmer ausgeführt werden.

Weiter ist gesagt worden, daß unsere Staatshäuser so schlecht sind, daß man sie niemandem anbieten könne. Ich persönlich bin gegenteiliger Ansicht. Es ist eine reine Lust, sich diese Häuser anzusehen. (Zuruf bei den Kommunisten: Anzusehen!) Auch drin zu wohnen.

Der Antrag Schucht kann angenommen werden, hat aber keinen besonderen Wert, weil uns die Mietzinssteuer schon durch meine Vorlage voll und ganz zur Verfügung gestellt wird.

Globig (K.): Die Wohnungsfrage hat uns bei den verschiedensten Gelegenheiten beschäftigt, und wir sind immer zu wesentlich andern Ergebnissen gekommen als heute. Ich will aus der heutigen Debatte nur zwei Gesichtspunkte hervorheben: Einmal sagt der Aufstockungs-Senator: die Lage ist so, daß wir mehr bauen müssen, daß wir mehr Geld bewilligen müssen. Herr Dr. Gebert kommt zu dem entgegengesetzten Standpunkt; er sagt: Stoppen! Ausichtslos! Pleite! Wenn sich Herr Allerheiligen

hierherstellt und sagt, was Bremen schon alles auf diesem Gebiet der Wohnungsbeschaffung geleistet hat, wie hervorragend Bremen in dieser Hinsicht vorgegangen sei, so sage ich: Jawohl, dieser Vorzug mag stimmen, soweit es sich um die Interessen der Hausbesitzer und der Bauunternehmer handelt; die haben in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Million nach der andern zugeschustert bekommen. Aber der Wohnungsnot wurde damit nicht gesteuert. Es stehen dem Staat nicht mehr Wohnungen zur Verfügung. Wer von den Besitzenden das Bedürfnis hatte, sich ein eigenes Haus zuzulegen, der wurde im weitesten Sinne mit Geldern versorgt. Aber die minderbemittelte Bevölkerung? Die ist außerstande, die Zinsen für die vom Staat geliehenen Gelder aufzubringen. Wir wissen aus den Beratungen der Finanzdeputation, daß die minderbemittelte Bevölkerung, die sich ein Haus mit Staatszuschüssen erworben hat, ein Drittel und mehr ihres Jahreseinkommens allein für Zinsen aufzubringen hat. Diese Kreise sind also gar nicht in der Lage, auf die Dauer ihr Grundstück zu erhalten, wenn ihnen nicht in weitem Maße entgegengekommen wird durch eine Herabsetzung der Zinsen. Wenn andererseits vom Hausbesitzervertreter Schucht gesagt wurde: Was habt ihr denn für Wohnungen gebaut für die Minderbemittelten? Es sind Puppenstuben und Ziegenställe, und der Staat sei froh, daß er diese Miniaturhäuschen losgeworden sei, so stimmt das schon. Aber Schucht sagt das nur, weil ihm der Staat mit dem Kleinhäuserbau in das Gehege kommt. Die Kleinhäuser, die unter solchen Umständen zustande gekommen sind, sind nicht rentabel, und der Staat hatte vom Standpunkt der Staatsfinanzen aus recht, wenn er die wieder los werden wollte. Aber was sagt nun Herr Allerheiligen: „Weiter Ziegenställe bauen!“ Obwohl Sie alle wissen, daß das Kleinhaus die unrentabelste Bauweise ist. Warum wehren Sie sich nun gegen den Bau von Mehrfamilienhäusern, gegen das Hochhaus? Nicht, weil der Bremer in seinem idyllischen Garten sitzen möchte. Fragen Sie die Proletarier in den Elendsquartieren oder in den Dachbuden, die möchten sehr gern in einem dreistöckigen Haus wohnen, wenn sie auch das Großhaus mit sechs bis neun Familien teilen müßten. Aber wenn der Staat solche Häuser baut, dann kann er sie später nicht gut verkaufen. Der Staat muß die staatlichen Wohnungen behalten und selbst verwalten. Dagegen wehren sich die Hausbesitzer und dagegen wehrt sich Herr Allerheiligen, der Vertreter der Hausbesitzerinteressen im Senat. Wenn volkswirtschaftliche oder hygienische Gründe gegen das Mehrfamilienhaus geltend gemacht werden, dann möchte ich aus bester Erfahrung aus dem soviel berüchtigten Berlin Angaben machen, die das Gegenteil besagen. Berlin ist für den Durchschnittsphilister ein ganz scheußlicher Platz. Gewiß wohnt man dort auch in Hinterhäusern; das hat Berlin berüchtigt gemacht. Ich habe aber prozentual nirgends so viele Souterrainwohnungen gesehen wie in Bremen,

wahre Wasserlöcher, in denen der Schwamm steckt. Ich habe noch niemals soviel Dachwohnungen gesehen, wo die Proletarier direkt unter den Dachpfannen wohnen und schlafen wie in Bremen. Ich habe noch nirgends solches Wohnungselend gesehen wie im romantischen, idyllischen Bremen. Sehen Sie sich doch die Wohnungen im Gängeviertel der Altstadt oder die neueren Straßenzüge der Westvorstädte an. Schade, daß man den Gestank nicht festhalten kann, der dank dieser Misere dort herrscht, dann würden sie bald zu anderen Auffassungen kommen, als sie hier teilweise vertreten. (Zuruf: Hamburg!) Allerdings auch in Hamburg; aber Bremen braucht sich in dieser Beziehung vor Hamburg nicht zu schämen. — Berlin aber zeigt das Beispiel eines großzügigen vorbildlichen Häuserbaus in mehrstöckigen Häusern in den vornehmeren Stadtvierteln. Das sind nicht die alten Mietskasernen aus dem Norden und Südosten, aus dem Scheunenviertel, sondern das sind Wohnungen in Schöneberg, Wilmerdorf, Charlottenburg, drei- und vierstöckige Häuser mit großen hellen Höfen, mit großen Aufgängen, mit Licht, mit gärtnerischen Anlagen aller Art, mit Warmwasser- und Badeeinrichtungen usw. Der Bremer Staat wäre, wenn er seine Mittel so verwendete, in der Lage, ähnliche Wohnungen für die Proletarier zu schaffen. Und die Familien, die jetzt nicht wissen, wo sie wohnen sollen, die wären sehr froh, wenn sie in solchen Häusern wohnen könnten. Wenn also der Wohnungsmangel wirklich beseitigt werden soll, dann muß die Privatinitiative in erster Linie ausgeschaltet werden. Von Hausbesitzerseite wird eingewendet, es sei die teuerste Bauweise, wenn der Staat baue. Aber der Staat hat ganz andere Möglichkeiten, als der einzelne private Bauherr, wenn er nur wirklich will, der Korruption und Preistreiberei entgegenzuwirken. Aus allen diesen Gründen stellt meine Fraktion folgenden Antrag:

Für die schnelle Schaffung von neuen Wohnungen, deren Bau und spätere Verwaltung der Staat zu übernehmen hat, werden zunächst 11,5 Millionen Reichsmark bewilligt.

Böke (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Etwas Erfreuliches haben wir bei dieser Aussprache erlebt, und das ist das, daß von seiten des Herrn Schucht jetzt nicht mehr davon gesprochen wird, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen das Allheilmittel sei, um die Wohnungsnot zu beheben. Und wir freuen uns, daß dieser Standpunkt, den wir von Anfang an, seit dem Beginn des Aufstrebens des Wohnungsproblems, vertreten haben, heute den Sieg davonträgt. Die Ausführungen von Herrn Schucht beweisen aber, daß jetzt auf andere Art und Weise versucht wird, nachdem man mit diesem Mittel versagt hat, in der Öffentlichkeit wieder Anklang zu finden. Was die Häuser betrifft, die vom Wohnungs- und Siedlungsausschuß in der Katrepeler Straße gebaut sind, so meint Herr Schucht, daß sie viel zu

klein wären. Ich habe in Gemeinschaft mit Herrn Maurermeister Blanke im Wohnungs- und Siedlungsausschuß speziell darauf hingewirkt, daß diese Häuser größer gebaut wurden. Aber die Frage ist doch immer die: eine Vergrößerung der Häuserbauten bedeutet doch in jedem Falle eine bedeutende Erhöhung der Baukosten. Und da entsteht dann naturgemäß die Frage: Wie sollen die Leute, die diese Häuser besitzen, in der Lage sein, die Mieten und die Zinsen zu zahlen? Davon hat uns Herr Schucht heute nichts gesagt. Wir haben heute vom Senatsvertreter gehört, daß Häuser, die mit Staatshypotheken hergestellt werden, die früher 10 000 *M* kosteten und 400 *M* Zinsen verursachten, heute 17 000 *M* kosten und 1400 *M* Zinsen erfordern. Hier liegt der Kernpunkt der gesamten Wohnungsneubaupolitik. Wir müssen den Schlüssel finden: Wie ist es möglich, daß die Leute, die heute unter der ungeheuren Wohnungsnot leiden, nun nicht noch darunter zu leiden haben, daß sie diese Ueberteuerungskosten tragen müssen? Wir haben heute eine Ueberteuerung von 73 bis 75 Prozent, und die Ursachen dafür liegen in der Hauptsache in den erhöhten Materialpreisen. Und diese hohen Materialpreise resultieren aus den Kartell- und Syndikatsbildungen in der Ziegelei- und in der Kalk- und Zement-Industrie. Ich kann nun nicht umhin, dem bremischen Staat einen kleinen Vorwurf zu machen. Der Staat verkauft heute Wesersand gegenüber der Vorkriegszeit mit 200 Prozent Steigerung. Ich weiß nicht, womit er das begründet, denn die Löhne und die sonstigen Preise sind nicht in dem gleichen Maße gestiegen, so daß hier eine Herabsetzung dieses Preises unbedingt notwendig ist.

Nun einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Schucht, der sich darüber beklagt hat, daß die Baugenossenschaften mehr als die privaten Unternehmer berücksichtigt würden. Aber die Bauten, die von den Baugenossenschaften geplant sind, werden doch ausgeführt von den privaten Bauunternehmern. Sehen Sie sich um in Bremen! Die meisten Bauten werden ausgeführt von Privatunternehmern und nicht von gemeinnützigen Baubetrieben, wie wir es wünschen. Und hier liegt nach unserer Auffassung eine ungeheure Verteuerung in der Ausführung des Wohnungsbaues. Wenn Sie sich in Bremen umsehen, so finden Sie hier eine Baustelle und da eine und dort noch eine. Welche Unwirtschaftlichkeit liegt darin! Wir haben heute zirka 180 Unternehmer, die vom Kleinwohnungsbau leben. Ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte, daß an einem Haus 1000 *M* verdient werden. Deshalb müssen wir in größeren Komplexen bauen, wie in der Katrepeler Straße und in Oslebshausen. Welche ungeheure Kräftevergeudung! In jeder Baustelle muß eine Baubude sein und ein Mann, der die technischen Sachen leitet. Wie könnte da gespart werden, wenn wir große Komplexe bauten! Und wie es mit der Maurerarbeit und der Erdarbeit ist, so ist es mit den Nebenarbeiten. Wieviel Malermeister und wieviel Klempnermeister leben vom

Wohnungsbau. Hier kann gespart werden. Wir haben behauptet, daß andere Städte mehr bauen. Anderen Städten stehen nicht die Mittel zur Verfügung wie uns. Wenn aber dort mehr gebaut ist, so liegt das daran, daß dort die Wirtschaftlichkeit der Baubetriebe besser ausgenutzt ist als hier. In Leipzig sind große Wohnungsbauten in großzügiger Art und Weise ausgeführt worden. Eine derart großzügige Aufziehung des Wohnungsbaues würde bedeutend billiger sein.

Herr Schucht hat weiter gesagt, daß die Unternehmerschaft ein großzügiges Wohnungsbauprogramm in der Bürgerschaft eingereicht hätte und daraus nichts geworden sei. Ich habe dazwischengerufen, es war ein Glück, daß es nicht so gekommen ist. Denn die Unternehmer hatten mit ihrem Wohnungsbauprogramm nur die Absicht, die Mittel, welche die Mieter aufbringen müssen durch die Mietsteuern, ohne die Kontrolle des Staates bzw. des Wohnungsausschusses in ihre Hände zu bekommen.

Wir wissen, daß Herr Müllershausen den Unternehmern bis zu einem gewissen Grade Zugeständnisse gemacht hatte. Derjenige Unternehmer sollte Mittel bekommen, der nachweisen konnte, daß er Sicherheit an Grund und Boden oder Baustoffen zur Verfügung hatte. Welche Unternehmer wären das gewesen? Das wären diejenigen gewesen, die sich mit Grund und Boden in der Inflation eingedeckt hatten, und dann wäre nicht für die Minderbemittelten gebaut worden, wo es nötig ist, sondern nur im Parkviertel und in Schwachhausen für die Besitzenden. Aber auch die kleinen Unternehmer, die zu mir gekommen sind, sind mit Ihrem (nach rechts) Wohnungsbauprogramm, das Herr Schucht heute vertreten hat, nicht einverstanden. Denn das bedeutet den Untergang einer großen Anzahl kleiner Bauunternehmer, wogegen wir nichts einzuwenden hätten. Sie wären die Stiefelputzer der kapitalkräftigen Unternehmer geworden. Deshalb ist dieses Wohnungsbauprogramm gescheitert.

Herr Schucht hat weiter gesagt, der Staat habe sehr viel Grund und Boden an anbaufertiger Straße. Das stimmt. Und hier, glaube ich, können Sie, Herr Schucht, als Vorsitzender des Hausbesitzervereins, ein gutes Werk tun, wenn Sie in Ihrer Versammlung allen Ihren Mitgliedern sagen: „Verkauft euren Grund und Boden an anbaufertiger Straße, den ihr euch während der Inflationszeit für billiges Geld gekauft habt!“ Wir wissen, daß eine große Anzahl Hausbesitzer, während andere im Felde für das Vaterland haben bluten müssen, hier in Bremen die Grundstücke durchgekauft haben. Das müssen Sie ändern. Dazu haben Sie Einfluß. Dann wird in Zukunft mehr Bauland an anbaufertiger Straße zur Verfügung stehen.

Wir gehen von dem Grundsatz aus, daß wirtschaftlicher gebaut werden muß. Dann wird eintreten, was Herr Senator Allerheiligen gesagt hat: „Man muß mit wenig Mitteln viel Wohnungen bauen.“ Das ist aber nur möglich, wenn unser ganzes Baugeschehen wirtschaftlich anders gestellt wird

als heute. Da trifft zu, was mein Parteifreund Kaisen gesagt hat: daß die Wirtschaftlichkeit des Bauens leider die Interessenpolitik in Bremen es nicht zuläßt.

Herr Snoek lehnt unseren Antrag ab. Ich weiß nicht, warum. Damit steht Herr Snoek auf dem Standpunkt, daß die Siedlungsgesellschaften heute keine Existenzberechtigung haben. Unser Antrag verlangt im zweiten Absatz, den Herr Snoek ablehnen will, daß die Häuser, die gebaut werden, im Besitz des Staates bleiben müssen. Wir sehen, daß die Siedlungsgesellschaften die Häuser nicht an einzelne übertragen, sondern daß ein großer Teil davon die Häuser in eigenem Besitz behält, also grundsätzlich unserer Ansicht ist. Warum wir aber fordern müssen, daß diese Häuser in Staatsbesitz bleiben, ist folgendes: Seitdem wir im Wohnungs- und Siedlungsausschuß tätig sind, haben wir immer darauf hingewirkt, daß die minderbemittelten Schichten zu Wohnungen kommen. Es ist auf unseren Einfluß mit zurückzuführen, daß in letzter Zeit durch das Fürsorgeamt Wohnungen geschaffen sind, in die der Staat das ganze Geld gibt. Ich habe bereits Herrn Direktor Knoop meine Bedenken klargemacht. Das sind folgende: Der Staat gibt heute in die Einfamilienhäuser, wie z. B. in der Katrepeler Straße und in Oslebshausen, das ganze Geld zu einem Zinssfuß von 4 Prozent. Anspruch auf diese Häuser haben diejenigen Familien, die im Obdachlosenheim untergebracht sind. Ein großer Teil von diesen Leuten ist nicht in der Lage, ein neues Haus bewohnen zu können. Der Ausschuß hat deshalb der Kommission, die die Verteilung der Wohnungen unter sich hatte, gesagt: Hauptsache sei, daß obdachlose Familien untergebracht werden, und wenn die Möglichkeit besteht, daß ein Hausbesitzer einen dieser Obdachlosen aufnehmen will, so soll man dem betreffenden Mieter, der ein derartiges Haus sich leisten kann, nicht die Tür verschließen. Aber ich habe Bedenken, und ich sehe wohl nicht zu schwarz: die Mieterschutzgesetze sind heute in Bremen sehr gelockert. Hausbesitzer und Mieter, die lange zusammengewohnt haben, sind vielleicht gut befreundet miteinander. Der Mieter sagt: „Du kannst mir zu einem Haus verhelfen. Ich brauche kein Geld. Du gehst zum Wohnungsamt und erklärst dich bereit, eine obdachlose Familie aufzunehmen.“ Nun wissen wir, daß die Obdachlosen leider diejenigen sind, die die meisten Kinder haben. Der Hausbesitzer ist bereit, einen solchen aufzunehmen. Die Mieterschutzgesetze sind aber heute in Bremen so gelockert, daß im geringfügigsten Falle Urteile gesprochen werden, wonach der Mieter auf die Straße gesetzt wird. Dann haben wir diejenigen, die in der Lage sind, die Mittel aufzubringen, zu einem Hause verholfen und auf der anderen Seite die wohnungslose Familie, die wir untergebracht hatten, wieder obdachlos gemacht; und der Hausbesitzer wird sich dann, weil er die freie Mieterwahl hat, nur solche Mieter suchen, die hohe Mieten zahlen können und keine Kinder haben, wie es in der

Vorkriegszeit gewesen ist. Deshalb sagen wir: Wenn wir den Ärmsten der Armen helfen wollen, kann es nur so geschehen, daß der Staat das ganze Geld in diese Häuser gibt, und wo das der Fall ist, müssen die Häuser im Besitz des Staates bleiben, damit nicht solche Dinge entstehen können, wie ich sie geschildert habe.

Auch die Frage des Ein- oder Mehrfamilienhauses ist angechnitten worden. Darüber kann man streiten. Ich bin aus der Gegend, wo das Mehrfamilienhaus vorherrscht. Ich bin in einem Hause großgeworden, wo 32 Familien drin gewohnt haben. Ich muß sagen, daß ich mich in diesen Wohnungen sehr wohlgeföhlt habe. Es kommt darauf an, wie sie eingerichtet sind. Es müssen alle neuen Einrichtungen, wie Badegelegenheit usw., vorhanden sein. Dann läßt sich in solchen Häusern besser wohnen, als in manchen Einfamilienhäusern. Ich empfehle Ihnen, sich einmal die von dem Wohnungsbaureverein der freien Gewerkschaften in der Altenesscher Straße erbauten Sechsfamilienhäuser zu besuchen. Wenn Sie objektiv sind, werden Sie zugeben, daß diese Häuser besser sind als das Einfamilienhaus. Und berücksichtigen Sie weiter, daß es diese Wohnungen herzustellen zirka 7000 M kostet, während der Herr Senator vorgerechnet hat, daß die Einfamilienhäuser 10 000 M und mehr kosten. (Teil: 17 000 M!) Dann muß man zugeben, daß das Mehrfamilienhaus gegenüber dem Einfamilienhaus wirtschaftlicher ist. Herr Dr. Gebert hat noch gesagt — und ich glaube, er hat in dieser Hinsicht nicht Unrecht —, daß wir in dieser Wohnungsfrage bald vor einer Pleite stehen werden. Ich befürchte, wenn wir nicht bald Mittel und Wege finden, die Ueberteuerung der Baukosten herabzudrücken, wird es bald so sein, daß wir, trotz der großen Wohnungsnot, leere Wohnungen haben. Denn die meisten Wohnungsuchenden mit ihrem kläglichen Einkommen sind nicht in der Lage, diese hohen Mieten zu zahlen. Deshalb ist es nötig, daß ein großzügiges Wohnungsbauprogramm, wie wir es fordern, geschaffen wird. Ich will damit schließen und hoffe, daß Sie unserem Antrage zustimmen.

Senger (Wölk.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den vielen Reden, die hier gehalten worden sind, will ich mich kurz fassen. Die Ausführungen der Herren Vorredner haben wohl zur Genüge bewiesen, daß alle Damen und Herren des Hauses bereit sind, die Wohnungsnot zu beheben. Es ist aber eigentlich sehr bedauerlich, daß wir durch zu viele Reden und zu viele Anträge, durch die das Wohnungsbauprogramm verbessert werden soll, die Uebersicht verlieren und schließlich gar nicht mehr wissen, wofür wir uns denn eigentlich entscheiden sollen. Ich möchte deshalb an die Worte des Herrn Senatsvertreters erinnern, der ausführte, daß dieses Programm nicht als das Programm irgendeiner Partei, sondern als das Programm der Allgemeinheit zu betrachten ist. Wir sollten uns deshalb heute alle bemühen, allgemein einen gangbaren Weg zu finden. Wenn ich mir die

Senatsvorlage ansehe, so muß ich sagen, daß sie wirklich Aussicht auf Besserung bietet, und deshalb sollten wir uns heute nicht darüber streiten, wieviel Millionen heute und wieviel in allernächster Zeit bewilligt werden sollen. Der Herr Senatsvertreter hat uns ja den Weg gezeigt, auf dem wir weiterzugehen haben. Deshalb möchte ich Sie alle im Interesse der Wohnungslosen bitten, die Vorlage anzunehmen unter der Voraussetzung und in der Erwartung, daß die Zusicherungen, die uns der Herr Senatsvertreter gegeben hat, daß nämlich in der allernächsten Zeit weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, eingehalten werden.

Ein Schlußantrag (Rednerliste Henke) wird angenommen.

Der Antrag Globig wird mit 52 gegen 42 Stimmen abgelehnt, der Antrag Raifen I wird abgelehnt, der Antrag Raifen II wird abgelehnt, der Antrag Schucht wird abgelehnt, der Antrag Snoek I wird angenommen, der Antrag Raifen III wird abgelehnt, der Antrag Snoek II wird angenommen, der Antrag Snoek III wird abgelehnt, die Vorlage wird angenommen.

Der Bericht, betreffend Gewährung staatlicher Tilgungshypotheken, wird dankend entgegengenommen.

Mündlicher Bericht des Ausschusses wegen Wohnungswesen.

Dr. Gebert (D. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft hat in der Sitzung vom 2. Januar 1925 (vgl. die Mitteilungen des Senats 1925, S. 3, Nr. 10, Wohnungsfragen) einen Ausschuß von 13 Mitgliedern eingesetzt zwecks allgemeiner Nachprüfung der das Wohnungswesen betreffenden Fragen, soweit sie Gegenstand von Anträgen in der Bürgerschaft gewesen sind. Sie hat diesem Ausschuß überwiesen: 1. Gesetze vom 26. Juni 1910, betr. die Wohnungspflege (Verh. S. 361), 2. Anträge, betr. Festsetzung der Friedensmiete, Genehmigung von Mietverträgen, Sicherung von Instandsetzungsarbeiten in Mietwohnungen (Verh. S. 385), und die weiter aus den Verhandlungen der Bürgerschaft sich ergebenden Anträge. Der Ausschuß wegen Wohnungswesen hat bisher 16 Sitzungen abgehalten und einen Teil der ihm übertragenen Aufgaben endgültig und abschließend, einen Teil nur informatorisch durchberaten. Nach Antrag des Vorsitzenden wurde in der Sitzung vom 15. Juni 1925 protokollarisch festgestellt, welche Anträge vom Ausschuß endgültig erledigt und welche noch nicht erledigt sind. Gemäß Ziffer 6 dieses Protokolls ist festgestellt, daß der Antrag Blanke VII vom 22. 9. 1924, betr. Aufhebung der freien Mieterwahl, durch Beschluß vom 4. 5. 1925 erledigt ist, und daß der Vertagungsantrag abgelehnt und folgender Antrag angenommen wurde:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, unverzüglich eine Verordnung zur Aenderung der Verordnung über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 21. Dezember 1923 zu erlassen, wo-

nach das freie Vermietungsrecht für unbenutzte Wohnungen und Räume insofern aufgehoben wird, daß fortan dem Wohnungsaufsichtsamt auf das Vermieten unbenutzter Wohnungen und Räume ein unmittelbares Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird.

In der Sitzung vom 3. 6. 1925 hat der Ausschuß wegen Wohnungswesen auf Antrag von Herrn Blanke und Frau Becker mit sechs gegen vier Stimmen beschlossen, der Bürgerschaft für die Verhandlungen am 10. Juli einen besonderen Bericht bezüglich des Antrages Blanke, betr. freie Mieterwahl, zugehen zu lassen. Der Vorsitzende des Ausschusses hat darauf hingewiesen, daß es unmöglich sei, über diesen Antrag allein eine eingehende und verständliche schriftliche Erklärung an die Bürgerschaft vorzulegen, und er hat betont, daß es nur möglich sei, in einem Gesamtbericht an die Bürgerschaft eine klare Sachdarstellung zu geben. Der Vorsitzende ist beauftragt worden, die Verhandlung des Antrages Blanke in der Bürgerschaft zu beantragen. Er hat unter diesen Umständen lediglich die Aufgabe, den Antrag vorzulegen und bekanntzugeben, daß der Antrag mit sechs gegen zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen worden ist. Es kommt also weder ein Mehrheitsbericht noch ein Minderheitsbericht in Frage, und es muß Sache der Parteien sein, den Antrag bzw. die Ablehnung des Antrages in der Bürgerschaft selbst zu begründen. (Unruhe und Zurufe links.)

Professor Dr. Dieß (D. V.) zur Geschäftsordnung: Ich möchte nur sagen, daß es ein ganz ungewöhnlicher Vorgang ist, daß uns in einer so wichtigen Frage, wie sie der Antrag Blanke darstellt, nur ein mündlicher Bericht gegeben wird, ohne daß uns in einem schriftlichen Bericht die Gründe und Gegengründe für die Entscheidung des Ausschusses dargelegt werden, so daß wir Gelegenheit gehabt hätten, alles genau zu prüfen. Weiter muß ich sagen, daß es nicht Aufgabe des Ausschusses war, Bericht über eine Einzelfrage zu erstatten, sondern daß diese im Zusammenhang mit allen, das Wohnungswesen betreffenden Fragen behandelt werden mußte. Ich muß mit Rücksicht darauf, daß der Ausschuß diese Fragen in keiner Weise befriedigend erledigt hat, beantragen, daß er uns erst einen genauen Bericht über die gesamten Fragen gibt und daß die Verhandlung heute ausgesetzt wird.

Wenhold (D.) zur Geschäftsordnung: Ich darf darauf hinweisen, daß der Antrag Blanke der Bürgerschaft bereits vor Monaten vorgelegen hat und daß er mit dazu geführt hat, den Ausschuß für das Wohnungswesen einzusetzen, der die Aufgabe hatte, das gesamte Gebiet zu erledigen und der Bürgerschaft einen zusammenhängenden Bericht zu erstatten. Ich muß sagen, daß es jetzt eine Zumutung ist, wenn der Ausschuß uns über eine Spezialfrage, die damals schon bekannt war, einen mündlichen Bericht gibt und es dabei unterläßt, einen Gesamtbericht vorzulegen. Ich bitte deshalb, die Sache auszusetzen.

Dr. Buff (D.-N.) zur Geschäftsordnung: Als ich am Dienstag die Tagesordnung bekam, befand sich darin der Punkt: mündlicher Bericht des Ausschusses wegen Wohnungswesen. Man mußte also annehmen, daß uns über den ganzen Fragenkomplex mündlich Bericht erstattet werden sollte. Es war aber verwunderlich, daß über eine so weitgehende Sache mündlich Bericht erstattet werden sollte. Es wurde dann in der Fraktionsitzung bekannt, daß es sich nicht um einen Bericht über den ganzen Fragenkomplex handelte, sondern daß nur ein Antrag Blanke erledigt werden sollte. Nun ist uns heute in der Bürgerschaftssitzung der Antrag Blanke vorgelegt worden, und ich muß erklären, daß wir es ablehnen, uns über einen so weitgehenden Antrag zu unterhalten und darüber abzustimmen, nachdem er uns erst in der Sitzung vorgelegt worden ist. Das ist ein Vorgang, der allein für sich dasteht, den wir nie erlebt haben. Ich muß protestieren, daß wir uns eine solche Behandlung gefallen lassen sollen.

Blanke (S.) zur Geschäftsordnung: Zunächst muß ich den Ausschuß in Schutz nehmen wegen des ungewöhnlichen Vorganges. Der Ausschuß ist ganz erheblich enttäuscht, und ich muß sagen, daß es ein juristischer Schwabenstreich war, der hier vollzogen ist. (Heiterkeit.) Die Sache ist wunderschön gedeckelt worden. Wir im Ausschuß sind ebenfalls enttäuscht und hätten erwartet, daß, wie beschlossen, dieser Teilbericht der Bürgerschaft selbstverständlich schriftlich zugehen sollte. Darüber waren wir uns alle einig. Und das, was hier geschehen ist, muß unser Vorsitzender über sich ergehen lassen. Ich muß Herrn Professor Dieß bitten, nicht zu sehr in die Ferne zu schweifen. Sein Nachbar hat die Sache sehr fein gedeckelt. Der Vorsitzende mußte mindestens den Fraktionen den Bericht schriftlich und die Stellungnahme des Ausschusses und den Antrag selbst wortgetreu mitteilen, denn ich hatte den Antrag schon lange gestellt, und wir haben deshalb Wert darauf gelegt, den Antrag vorab der Bürgerschaft zur Abstimmung zugehen zu lassen, weil der Ausschuß in seiner übergroßen Mehrheit, mit acht gegen eine Stimme bei zwei Stimmenthaltungen, diesen Antrag angenommen hat, und weil der Antrag unbedingt schnell in die Tat umgesetzt werden mußte. Wir sind insofern der völlig freien Mieterwahl zu einer Korruption auf dem Wohnungsmarkt gekommen, daß ein ehrbarer Mieter nicht mehr in den Besitz einer Wohnung kommen kann. Er muß schmieren, und wer das nicht kann, bekommt keine Wohnung. Um diese Korruption zu beseitigen, haben wir im Ausschuß uns in der Mehrheit dahin verständigt, der Bürgerschaft diesen Teilbericht zugehen zu lassen, weil wir in die Ferien gehen. Diese Korruption auf dem Wohnungsmarkt kann nicht so weitergehen. Wir wollen nicht völlige Aufhebung der freien Mieterwahl, sondern nur eine beschränkte Aufhebung. Die Bedenken und Beanstandungen, die hier besonders von Herrn Professor Dieß und Herrn Dr. Buff gemacht worden sind,

treffen uns nicht. Der Ausschuß ist durch diesen Schwabenstreich selbst gewissermaßen getäuscht worden.

Präsident: Herr Blanke, ich bitte, solche Worte nicht zu gebrauchen.

Es liegt also der Antrag vor, die Verhandlung so lange auszusetzen, bis wir den schriftlichen Bericht haben. Widerspruch erfolgt nicht. Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Enteignung für neue Hafenanlagen am linken Weserufer.

Senatskommissar: Senator Dr. Apelt.

Dr. Buff (D.N.): Der Juristische Ausschuß hat keine Bedenken.

Faust (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese negative Vorlage, eine der wichtigsten, die der Bürgerschaft zugegangen sind, bietet Anlaß zu kritischen Betrachtungen von verschiedenen Gesichtspunkten aus. Im Laufe der Debatte werden auch von unserer Fraktion noch Anträge zu dieser Vorlage gestellt werden. Ich habe von meinen politischen Freunden den Auftrag bekommen, diese Vorlage besonders vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus unter die Lupe zu nehmen, um so mehr, als bekanntlich die Deputation für Häfen und Eisenbahnen, der als angeblich tüchtigster Sachsenator Herr Dr. Apelt vorsteht, das Gehirn der bremischen Politik überhaupt ist. Wenn also Kritiken sich gegen deren Arbeiten richten, so sollen sie auch gleichzeitig den wichtigsten Bestandteil der bremischen Regierungs- und Verwaltungspolitik treffen.

Als am 14. Juli 1922 die große Enteignungsvorlage in der Bürgerschaft angenommen wurde, herrschte schönster Sonnenschein und allgemein helle Begeisterung; nur Herr Tietjen ließ einige salzig-bittere Tränen auf die Vorlage kollern. (Heiterkeit.) Herr Senator Dr. Apelt, als Vertreter des Senats, nannte die Vorlage „das Uebergreifen der Stadt wie ein fressendes Feuer auf das Landgebiet“. Heute, glaube ich, ist es umgekehrt: Das Land frißt zurück auf die Stadt! Der Großbauer Tietjen hat über den Hafensenator gestiegt. Herr Dr. Gebert nannte diese Vorlage „das bedeutendste geschichtliche Enteignungsereignis, das Bremen je erlebt hat“. Er sagte weiter, sie sei mit „besonderer Gründlichkeit“ geprüft worden. Diese „Gründlichkeit“ war so gründlich, daß die Vorlage jetzt zurückgezogen werden muß, weil man Fehlspekulationen gemacht hat. Und der linke Flügelmann der Koalition, Herr Dr. Dronke, bezeichnete jene Vorlage als „aus dem Geist des alten hanseatischen Wagemutes geboren“. Wo ist jetzt dieser Wagemut geblieben? Wo nun die Ochsen des Herrn Köhler die Kran- und Hafenanlagen des Herrn Dr. Dronke bedrohen (Heiterkeit), weiß ich nicht, bei wem man von „Wagemut“ sprechen kann.

Als Wertmesser für die Bedeutung eines Werkes genügt nicht der gute Wille des Senats und auch nicht die Tüchtigkeit eines Senators, sondern maßgebend ist allein der Erfolg. Und der ist ausgeblieben. Betrachten wir jetzt den „Erfolg“ der

Wirtschaftspolitik des bremischen Senats, so müssen wir feststellen: Die ganze Tüchtigkeit des Sachsenrats beruht in der Tatsache, daß er es verstanden hat, einen Großkrieg mit Preußen, einen Kleinkrieg mit Wesermünde, einen Guerillakrieg mit Odenburg und mit Bremerhaven einen Stiefmutterkrieg zu entfesseln. Fehlt nur noch ein Frosch-Mäuse-Krieg mit Vegesack-Lesumünde. (Heiterkeit.) Auch andere Niederlagen der ganzen Politik des Senats müssen wir feststellen, und zwar ebenfalls beim eigentlichen „Gehirn“ der bremischen Regierungskunst: In der Frage der Fischerei- und Industrieklausel, also dieses Kampfbildes, auf das Bremen Preußen gegenüber all seine Energie und Kräfte verwendet hatte, hat Bremen eine völlige Niederlage erlitten. Sie ist nicht zu verkennen. Ich glaube nicht, daß unser Optimismus sich nach dieser Niederlage noch so weit versteinern darf, um zu hoffen, daß wir in der so viel diskutierten Frage der Ausgleichstarife siegen werden. Diese Frage wurde ja in der Bürgerschaft hinlänglich behandelt. Wenn sie genau so verläuft, wenn der Senat dem Reich und Preußen gegenüber auch bei dieser Gelegenheit in demselben Ansehen bleibt, so werden wir auch hier eine Niederlage erleiden, und es wird nichts geholfen haben, daß gestern in Bremerhaven zwischen zwei Glas Wein die Ausöhnung zwischen „Stiefmutter und Stief-tochter“ gefeiert wurde. Bremen wird so als Endeffekt Niederlage auf Niederlage einzustecken haben bei allen seinen Bemühungen, die doch eigentlich von dem tüchtigsten Ressort der bremischen Regierung ausgegangen sind. Man könnte vielleicht annehmen, daß wir uns darüber hoshafterweise freuten. Eigentlich mühten wir es ja auch zum Teil. Denn, meine Damen und Herren, erinnern Sie sich doch, daß Sie diese Pläne der Hafenerweiterungsbauten und die Enteignungsvorlage, in die Sie Ihre ganze Wirtschaftspolitik hineingepreßt haben, eifrigst dazu benutzt haben, um die Sozialdemokratie in Bremen aus der Regierung auszuschalten und sie bei jeder Gelegenheit und in jeder Hinsicht zu schwächen. Immer hieß es: Sozialdemokraten können unsere Häfen nicht anvertraut werden! Gerade ein solches Objekt haben Sie dazu mißbraucht, um die Bevölkerung gegen die Sozialdemokratische Partei scharfzumachen, und ich muß bekennen: nicht mit Mißerfolg, sondern mit Erfolg. Wenn wir aber heute das Fazit dieser Ihrer Politik ziehen, so müssen wir feststellen: Sie haben die Bevölkerung betrogen! Die Bevölkerung erkennt jetzt, daß Sie in den wichtigsten Lebensinteressen des bremischen Handels und der bremischen Schifffahrt und Wirtschaft versagt haben. (Ulrich: Sie nicht; Sie haben es besser gemacht!) Herr Dr. Gebert hat vorhin aus einem andern Anlaß betont, daß Bremen in einer der schwersten wirtschaftlichen Krisen stehe; Handel, Schifffahrt, Werstindustrie, alles liege darnieder. Was glauben Sie, wenn eine sozialdemokratische Regierung oder auch nur eine Links-koalition in Bremen am Ruder wäre, wie würden Sie diese Momente gegen uns ausschlagen und

sagen: Seht, sie haben völlig versagt! Sie würden mit allen möglichen Argumenten aufwarten, selbst mit Briefen und Telegrammen aus dem Ausland, um gegen eine Linksregierung anzukämpfen.

Wir sind nun gezwungen, die Gründe dieses Niederganges und dieses Versagens einigermaßen aufzudecken. Ich glaube, der Hauptgrund dafür liegt darin, daß Bremen, seine Wirtschaftsführer und seine „Fach“senatoren die Grundtendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Kriege verkannt haben. (Dr. Buff: Ein schwerer Vorwurf!) Aber ein Vorwurf, der sich begründen läßt, und der auch begründet werden soll:

Sie haben Ihre ganze Wirtschaftspolitik eingestellt auf das nationale Interesse, Sie haben damit renommiert, daß die Weser „der einzige deutsche Strom“ noch sei, der nach dem Kriege von ausländischen Zugriffen völlig freibleib. Sie haben Ihre Wirtschaftspolitik, ja selbst Ihre Kultur- und Schulpolitik, auf einen völlig abwegigen Nationalismus eingestellt. Das ist eigentlich der Kardinalfehler, denn es ist ein Widersinn, eine *contradictio in adjecto*, eine nationale Handelsstadt sein zu wollen. Eine Handelsstadt kann nur international sein. Die so viel gerühmte nationale Eigenschaft des Weserstroms ist also Bremen zum Verhängnis geworden. Nun kam mit der Ruhrkrise die Hoffnung auf allgemeine wirtschaftliche Neuorientierungen, die Hoffnung und die Illusion auch der bremischen Wirtschaftsführer, daß jetzt mit der Befestigung des Ruhrgebiets eine Hochkonjunktur für Bremen einsetzen würde; daß das Hinterland und insbesondere das Ruhrgebiet nicht nur nach dem Weserstrom siedeln, sondern auch gleichzeitig seine Einfuhr und Ausfuhr über Bremens Weser, über diesen „einzigen reindeutschen Strom“, leiten würde. Das war wiederum eine Fehlspekulation, wie sich heute herausgestellt hat. Denn es ist umgekehrt gegangen, nämlich so, daß die Wirtschaftstendenzen nach dem Kriege und insbesondere nach der Ruhrkrisis begonnen haben, die westlichen Gebiete und Häfen zu bevorzugen. Das Schwergewicht der deutschen Wirtschaft neigte notwendigerweise nach dem Westen; es kam die sogenannte westliche Orientierung. Und trotz allen Brimboriums, trotz allen nationalen Gewäschs, durch das die nationalen Instinkte aufgepeitscht wurden, tendierten die deutschen Wirtschaftsführer des Westens, auf die Bremen spekuliert hatte, nach Paris, nach Luxemburg, nach Brüssel, und dort schlossen sie ihre Handelsverträge, schlossen sie ihre Trustabkommen mit den französischen Wirtschaftsführern, und dort — in den letzten Wochen haben wir es erlebt — kam endlich die Hochzeit zwischen dem französischen Erz und der deutschen Kohle zustande. Diese Tatsache ist eigentlich die Grundursache des stärkeren Niederganges Bremens; denn gerade in der jetzigen Wirtschaftskrise wenden sich die Kreise, auf die Bremen spekuliert hatte, daß sie die Weser bevorzugen würden, nach dem Westen. Nach der Vertrufung der französischen Eisenindustrie mit der deutschen, der französischen

Kaliindustrie mit der deutschen, der deutschen chemischen Industrie mit der französischen, sind es ausländische Häfen, sind es insbesondere Rotterdam, Antwerpen und später auch Dünkirchen (wo die Franzosen jetzt einen großen Konkurrenzhafen gegen Bremen und Hamburg, gegen Antwerpen und Rotterdam bauen), die den Nutzen aus dieser westlichen Wirtschaftsorientierung ziehen. Selbst die großen nationalen Trustmagnaten, die Gruppen um Stinnes, Thyssen usw., verfrachten ihre Waren nun nicht mehr über Bremen, sondern über Antwerpen und Rotterdam. Und so beginnt nun logischerweise im Auslande, in Belgien und Holland insbesondere, der Ausbau der Konkurrenzhäfen gegen Bremen und Hamburg. In Antwerpen z. B. sind die Belgier dabei, eine große Verbindung zwischen Antwerpen und der Maas zu schaffen. Das ist ihnen durch den Friedensvertrag zugesichert. Es ist vielleicht weniger bekannt, daß Belgien das Recht erhalten hat, innerhalb zehn Jahren eine Verbindung zwischen Antwerpen und der Maas zu schaffen mit der ausgesprochenen Absicht, gerade aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet die Waren nach den belgischen Häfen zu lenken.

Und Bremen? Bremen hat immer nur „gehofft“; Bremen hat die gewaltige Raimauer in Bremerhaven angelegt und viele Millionen in die Häfen gesteckt. Aber dabei hat es veräußert, Kanal- und Hinterlandsinteressen und auch die Industrieinteressen Bremens gegenüber den Hafeninteressen ebenfalls zu fördern. Sie verfolgen jetzt, vielleicht besser als wir, den ungeheuren Wirtschaftskampf zwischen Norddeutschem Lloyd und A.-G. Weser. Der ist eigentlich so ein Stück des Kampfes der Industrie — der neu emporgekommenen Industrie — gegen alte hanseatische, patrizische, aber verrostete und verknöcherte Handelsunternehmen, wie der Lloyd eins ist. Sie sehen hier einen Ausschnitt der großen Wirtschaftskämpfe, sozusagen konzentriert in der Schalldose von Bremen, sich abspielen in diesem Millionenprozeß, der zwischen der A.-G. Weser und dem Norddeutschen Lloyd ausgetragen wird.

Um gleich eine Schlussfolgerung vorwegzunehmen und zu erkennen, wie vielleicht aus dieser Sachgasse herauszukommen ist, wäre zu sagen, Bremen muß danach streben, sozusagen das Ergebnis der Bastardierung zwischen der Wasserkante und dem Ruhrgebiet zu werden, es muß etwa eine Mischung von Hamburg und Hannover sein. Hannover, eine Binnenstadt, ungünstig gelegen an einem kleinen Flüsschen, hat mehr Einwohner als Bremen und bedeutend mehr Industrie, während das günstigere an der Weser gelegene Bremen eigentlich mehr vegetiert und unter diesem Bürgerblocksenat seinen tiefsten Niedergang erreicht hat. Aus den geschilderten Gründen befürchte ich, daß es uns schwer möglich sein wird, diesen Niedergang zu überwinden, weil die Tendenz der wirtschaftlichen Kräfte nicht mehr nach der Weser geht, sondern nach dem Westen, nach der kürzesten und billigsten Verbindung des Industriegebiets mit dem Meere. Wir

werden uns früher oder später damit abfinden müssen, daß Bremen einmal den Rang einnehmen wird, den das stolze Lübeck, heruntergestürzt von seiner seebeherrschenden Stellung, heute einnimmt. Und ich glaube, wenn die Herren der Handelskammer und des Industrieverbandes sich diese Fragen überlegen, so können sie zu keinem andern Resultat kommen, als zu dem, das ich Ihnen eben vorgeführt habe. Bremen ist bisher noch nicht zu dieser Erkenntnis gekommen. Wir kämpften zwar in aller Deffentlichkeit für diese Erkenntnis, weil wir die vorliegenden harten Tatsachen längst erkannt hatten. Bremen hat aber geschwankt und sich verspekuliert.

Die zweite Fehlspekulation war die Spekulation auf England. Man hoffte, Einfuhrhafen für englische Kohle zu werden. (Zuruf von Prof. Dr. Diez.) Sie können nicht folgen, Herr Professor, das kann ich Ihnen auch nicht verübeln. (Prof. Dr. Diez: Das sind Phantasien.) Aber fragen Sie doch Herrn Dr. Gebert und Herrn Ulrich, ob das „Phantasien“ sind.

Und eine dritte Fehlspekulation, für die ich Herrn Dr. Heile als Kronzeugen in Anspruch nehme, war die Spekulation auf Rußland. Erinnern sich die Herren, wie Bremen sich darauf gespitzt und das Hauptgewicht darauf gelegt hatte, der Baumwolleneinfuhrhafen Rußlands zu werden? Damals — ich glaube, es war 1922 — pilgerten die bremischen Wirtschaftsführer unter der literarischen Führung von Herrn Dr. Heile nach Moskau. (Heiterkeit.) Damals unterhielten sie sich mit Radek, Rykow, Sinowjew usw., die auf der anderen Seite (nach links) eigentlich Heimatrecht haben. (Heiterkeit.) Und Herr Dr. Heile fühlte sich sehr geschmeichelt, um nicht zu sagen gebumsiedelt (Heiterkeit), wenn er mit Radek eine Zigarette rauchen konnte und im Rauch und Rausch dieses Genusses russisches Gold nach Bremen strömen sah. Und nun frage ich Herrn Dr. Heile: Wie der Absatz seines Buches über Sowjetrußland jetzt ist? Ob noch eine Krähe danach kräht? Ich frage die Baumwollinteressenten in Bremen, wo ihr russischer Baumwollabsatz geblieben ist? (Wenhold: Fragen Sie Herrn Globig!) Ja, während die antibolschewistischen Bremer Großkaufleute die russischen Wirtschaftsagenten — mit echt märkischem Namen à la Brittwitz — mit Festessen und Champagner traktierten, traktierte man im Hafen die russischen Matrosen mit echten Gummihüppeln der Bremer Schupo, und trug so nicht unwesentlich dazu bei, bei den Russen jegliche Lust zu dämpfen, die Bremer Häfen erneut anzulaufen und mit Bremen weiter Baumwolle zu handeln. Ich überschätze das nicht. Es ist jedoch ein Stimmungsmoment, um Ihnen zu zeigen, wie es falsch gemacht worden ist. (Zuruf Globig. — Dr. Buff: Zur Sache!) Ja, das ist zur Vorlage und wohl wichtiger, als die Beschwerden, die irgendein Bauer von Seehausen gegen die Enteignung vortragen könnte. Davon hängt die ganze Vorlage ab. Es ist die Begründung, warum sie uns heute vorliegt und warum Sie die Sache damals überschätzt haben. Pessimisten

bezweifeln sogar, daß der erste Spatenstich zu unseren Lebzeiten gemacht werde.

Noch eine andere Seite: Die Freunde von Herrn Dr. Buff, die den deutsch-spanischen Handelsvertrag abgelehnt haben, das sind auch die Saboteure der Arbeit von Herrn Dr. Apelt; das sind auch die Schädlinge, die dazu beitragen, daß die Hafeneignungspläne zum Teil rückgängig gemacht werden müssen. (Zuruf rechts.) Ich will auch daran erinnern, daß die falsche Schutzollpolitik des bremischen Senats nicht ohne Einfluß darauf geblieben ist. Sie erinnern sich dieser Kämpfe. Sie waren der Anlaß zur letzten Auflösung der Bürgerschaft, als der Senat selbst für die Agrarzölle eintrat. Wie recht wir hatten, beweist, daß der Senat sich korrigiert und seinen Gesandten in Berlin beauftragt hat, nicht für die jetzige Schutzollvorlage zu stimmen, sondern sich der Stimme zu enthalten. Wir hätten es lieber gesehen, wenn er dagegen gestimmt hätte. (Wenhold: Er hat dagegen gestimmt!) Dann muß ich ihn einmal loben. (Heiterkeit.) Das beweist aber auch, daß unsere Wirtschaftsauffassung gegen die Ihre recht behalten hat. Wir betreiben sie heute noch. Sie (nach rechts) haben die Ihrige korrigieren müssen. Schutzölle sind schädlich für eine Handelsstadt, schädlich für Einfuhr und Ausfuhr, und der Senat ist jetzt gut beraten, wenn er sie ablehnt. Er müßte nur offen dagegen kämpfen.

Ich habe vorhin ausgeführt, daß die Orientierung der bremischen Handelspolitik grundsätzlich falsch gewesen ist, daß sie aus einer falschen Einschätzung der Entwicklungstendenzen der Wirtschaft überhaupt hervorgegangen ist. Das ist auch schon von anderer Seite ausgesprochen worden. Ich erinnere die Volkspartei insbesondere an die Vorträge, die sie sich hat halten lassen vom Ministerialdirektor Posse und von dem Münsterschen Universitätsprofessor Dr. Bruck. Ich habe diese Reden in der „Weser-Zeitung“ nochmals nachgelesen; sie stehen ganz auf dem Boden unserer Auffassung. Hätten Sie früher beherzigt, was Bruck und Posse, auch der Münchener Romanist Prof. Vorstler, im Lyzeum gesagt haben, ich glaube, es würde besser stehen um die Bremer Häfen, und ich glaube, auch besser um die gesamte Bremer Wirtschaft. Daß Bremen, nach dem eigenen Geständnis von Herrn Dr. Gebert, die Stadt ist, die mit am schwersten unter der Wirtschaftskrise leidet, beweist, daß nicht nur die allgemeine schlimme Wirtschaftslage allein mitspielt, sondern daß begangene Fehler einen nicht geringen Anteil an dieser Verschlimmerung des Wirtschaftslebens haben. (Präsident: Ich habe den ersten Teil Ihrer Rede nicht gehört, Herr Faust, ich gewinne aber nicht den Eindruck, daß Sie über die Vorlage sprechen.) Sie haben eben auch meine Begründung nicht gehört. Die Herren haben ja nachher Gelegenheit, mich zu widerlegen. Ich habe beweisen wollen, weshalb wir als Vertreter der Arbeiterklasse in dieser Richtung Stellung nehmen. Ganz einfach deswegen, weil auch die Lebensinteressen der von uns vertretenen Arbeitermassen davon

abhängen und weil wir wissen, daß die Krise im bremischen Wirtschaftsleben, zum Beispiel eine Pleite der A.-G. Weser oder ein Niedergang des Lloyd, gleichzeitig auf den allgemeinen Wohlstand der Arbeitnehmer, viel einschneidender sogar als auf die Existenz der Unternehmer, einwirken. Das wissen wir, und deswegen kämpfen wir gegen die falschen Berechnungen und Anordnungen und hoffen, mit unserer Kritik zu erreichen, daß die Wirtschaftspolitik in solche Bahnen gelenkt wird, daß sie gleichzeitig die Interessen der Arbeiter berücksichtigt. Fehler sind bestimmt gemacht worden. Die heutige falsche Einstellung des Bürgerblocksenats läßt sich etwa vergleichen mit der falschen Politik jener maßgebenden Kreise, die im vorigen Jahrhundert gegen die Bismarcksche Zollunion in Bremen kämpften. Das hat sich gerächt. Wir leiden heute noch darunter. Denn der Umstand, daß Bremen von der Industrie gemieden wurde, und daß die Industrie sich in der Umgegend, in Delmenhorst, in Semelingen, in Blumenthal usw., angesiedelt hat, ist auf diesen Fehler zurückzuführen. Sie (nach rechts) wollen verhindern, daß durch das Aufblühen einer Industriegruppe in Bremen gleichzeitig das Arbeiterelement, in anderen Worten: die sozialdemokratische Wählerschaft, vermehrt wird. Sie sehen es aber gern, daß die Arbeiter, die in Bremen arbeiten, im Preußischen oder im Oldenburgischen wohnen. Die kommen als Wähler zur Bürgerschaft nicht in Frage, und durch solche Mittel ist es Ihnen gelungen, bürgerliche Mehrheiten zu bekommen. (Zuruf Prof. Dr. Dieß.) Sie, Herr Professor Dieß, haben das nicht durchschaut. Andere aber haben es durchschaut und gewollt. (Heiterkeit. Professor Dr. Dieß: Ich durchschaue sogar Sie.) Sie sind ja auch ein Mephisto! (Prof. Dr. Dieß: Das mußten Sie nicht sagen!) Jetzt, wo Resultate vorliegen, jetzt, nachdem der Rückgang der bremischen Wirtschaft feststeht und von Ihnen bestätigt wird, haben wir Gelegenheit, aufzuzeigen, auf welcher Seite die Fehler gemacht wurden, und daß eine Politik betrieben wurde, die sich verheerend für das bremische Wirtschaftsleben ausgewirkt hat. Die Folgen kommen über Ihre eigenen Häupter.

Zum Schluß einige Bemerkungen über Fehler technischer Natur. Die heutige Verhandlung hat den Zweck, zu erreichen, daß die Enteignung der zweiten Zone aufgehoben wird. Ein schwerwiegender Beschluß. Sonst versucht man, einen möglichst großen Bogen um das Gebiet zu legen, das man enteignen will, weil man verhindern will, daß der voraussichtliche Wertzuwachs gleichzeitig die Wertsteigerung des Bodens der benachbarten Gebiete nach sich zieht. Ich kann mir denken, daß die Herren Tietjen, Köhler und Depken sich freuen, weil ihre Interessenten nicht nur die Rückgängigmachung der Enteignung, sondern gleichzeitig eine Wertsteigerung ihres Bodens erreicht haben. Wir werden erleben, wieviel teurer diese Gebiete geworden sind trotz des einschränkenden Gesetzes, das heute angenommen werden soll. Wir haben, als die Vorlage angenom-

men war, wiederholt und eindringlich gefordert, der Senat möge Mittel zur Verfügung stellen zur Ausführung der ersten Hafenanlagen in der Notstandsarbeit. Ich erinnere an Anträge meiner Parteifreunde von den Gewerkschaften, die oft damit gekommen sind. Nicht ein einziger Spatenstich ist gemacht worden. Es war die Inflationszeit. Sie hätten mit Inflationsmark viel erreichen können. Sie hätten wenigstens einen Durchstich jetzt schon haben können. Sie hätten zeigen können, daß Bremen wirklich seine Häfen vermehren will. Sie hätten die Arbeitslosigkeit auf der einen Seite verringert und auf der andern Seite mit Inflationsmark das billigste und großartigste Werk schaffen und ein Geschäft machen können.

Präsident: Herr Faust, ich mache Sie auf § 20 unserer Geschäftsordnung aufmerksam!

Faust: Ich bin in zwei Minuten fertig. Ich erinnere ferner daran, daß auch unsere tüchtigsten Fachleute, die Techniker, die Bauräte, die Staatsräte, die der wichtigen Hafendeputation zur Verfügung stehen, es nicht verstanden haben, dem Senat die richtigen Winke zu geben bzw. fruchtbringend für den Ausbau der Häfen und das Aufblühen der Wirtschaft zu wirken. Sie haben versagt also in Ihren Spitzen; Sie haben auch versagt in Ihrem technischen und sachlichen Apparat. Nun müssen wir abschließend feststellen, daß Sie heute die teilweise Rückgängigmachung jener großen Enteignungsvorlage beschließen müssen, und Sie bekennen damit — es wirkt wie ein Symbol —, daß Ihre Wirtschaftspolitik, daß überhaupt Ihre ganze Politik ein Versager war. Wir stellen Ihnen, dem Bürgerblocksenat und den Regierungsparteien, heute das Zeugnis aus, daß Sie vor einem großen Loch, vor einem Defizit, vor einer Pleite stehen. Hoffentlich merken es auch Ihre Wähler draußen, wie Sie versagt haben. Rechtfertigen Sie sich nun, wenn Sie können; sonst treten Sie ab!

Meister (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach diesen allgemeinen Ausführungen auf wirtschaftspolitischen Gebiet, die Herr Faust gemacht hat, gestatten Sie mir, daß ich mit einigen Worten auf die innere Erledigung dieser Vorlage eingehe. Wer diesen Bericht aufmerksam gelesen und die ganzen Verhandlungen verfolgt hat, der muß sagen, daß über die Dürftigkeit dieses Berichts bei uns keine allzu große Verwunderung besteht. Wenn ich an die Rede des Herrn Senators Apelt erinnere, die er damals zur Begründung der Enteignungsvorlage gehalten hat, und wenn ich mir die Reden der andern bürgerchaftlichen Vertreter gegenwärtige, so muß ich sagen: es ist herzlich wenig getan. Ich erinnere nur an den Antrag Albers-Gebert, an den Antrag Runoth, an meinen Antrag, an den Antrag Gebert, an den Antrag Geucke, an den Antrag Dieß, an den Antrag Tietjen usw. usw. Lesen Sie irgendein Wort in diesem Bericht von all diesen Anträgen? Das einzige, was darin steht, ist der Geist des Antrages Albers-Gebert, der gewissermaßen als Zweck die ganze Vorlage beherrscht und

weiter beherrschen soll. Was sagt uns der vorliegende Bericht überhaupt? Er sagt uns, die geplante Anlage kann in absehbarer Zeit nicht ausgeführt werden, er sagt weiter, daß der Kreis der Interessenten es anders wünscht als die Regierung es eigentlich vor hat. Es wird außerdem verlangt, daß die Enteignung insbesondere aufgehoben werden soll a) für das Dreieck bei der Gemeinde Seehausen. Wir werden diesem Antrage zustimmen. Ein praktischer Sachverständiger hätte klar sehen müssen, wie die Abgrenzung ist, daß die Art, wie diese Grenze gezogen worden ist, technisch gar nicht durchführbar war. Es wird ferner verlangt, daß das Gelände auf dem Bohnenkamp von der Enteignung freigelassen wird. Wir haben dem schon in der Deputation für die Stadterweiterung unsere Zustimmung gegeben. Dort kam aber zum Ausdruck, und namentlich Herr Senator Thalenhorst sagte es, daß wir längst nicht genug Gelände haben. Heute sehen wir nun zu unserer großen Verwundrung, daß man einen Teil des Geländes überhaupt von der Enteignung wieder freimachen will. Da kann man doch wirklich nicht von einem einheitlichen Vorgehen der Regierung sprechen. Es wird ferner gefordert, daß ein Teil Gelände zwischen Gaswerk und Pumpwerk ebenfalls ausgeschlossen wird. Das können wir selbstverständlich nicht mitmachen. Scheut etwa das ganze Verfahren das Licht der Öffentlichkeit? Warum wird von der zuständigen Stelle nicht darüber berichtet, was auf unsere Anträge geschehen ist? Ich frage den Herrn Senatvertreter, ob die Angelegenheit nicht so behandelt werden soll wie die Bürgerschaft es wünscht. Es wird ferner verlangt eine Verbreiterung der ersten Zone durch Hinzunahme aus der zweiten Zone. Meine Damen und Herren! Es wird gleichzeitig eine Gesetzesvorlage verlangt, wonach das Enteignungsgesetz geändert werden soll. Ich zweifle sehr daran, daß dieser Weg juristisch — wir haben es mit sehr vielen Juristen zu tun — gangbar ist. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß dieses Gesetz nur ein Sand-in-die-Augen-Streuen für die Sozialdemokraten sein soll. Mir ist aus Interessentenkreisen bekannt, daß, sobald diese Vorlage angenommen sein wird, man mit allen Mitteln danach streben will, Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Ich halte es für undenkbar, daß man ein Gebiet, das man nicht für die Enteignung braucht, auf lange Jahre für den Fortschritt lahmlegen will. Das brauchen sich die Wirtschaftskreise nicht gefallen zu lassen. Da muß man sich überlegen, ob man seine Ziele nicht zu weit steckt, und ob man das Gelände wirklich in absehbarer Zeit für Enteignungszwecke braucht. Warum sagt man uns nichts davon, daß ein Hasenbecken innerhalb des neu angelegten Schutzdeiches angelegt werden soll? Ich habe die Vorlage daraufhin doppelt und dreifach durchgelesen und kein Wort darüber gefunden, sehe aber auf der Karte, daß die Hasenanlagen in ganz anderer Form aufgezo-gen werden sollen. Es muß doch wenigstens darüber Mitteilung gemacht werden, daß eine sehr

große technische Umlegung der Hasenbecken vorge-sehen ist. Man stelle sich einmal vor, daß der Deich, der uns Millionen gekostet hat, wieder von neuem durchbrochen werden, und daß das Hasenbecken verschwinden soll. Man sagt ferner nichts davon, wann überhaupt einmal mit den Arbeiten begonnen werden soll. Vor zwei Jahren hat uns Vaudirektor Hacker einmal erklärt, daß, wenn es nach seinem Willen gehe, innerhalb zweier Jahre mit allen Kräften darangegangen würde. Diese Zeit ist längst verstrichen, und es ist immer noch nichts zu merken. Warum steht in dem Bericht nichts davon, welche Preise für den Ankauf der Ländereien gezahlt worden sind? Ich erinnere an den Antrag Geucke, der schon damals sagte, es müsse der gemeine Wert dabei zugrunde gelegt werden. Ich habe erwidert, daß man nicht allgemein den gemeinen Wert zugrunde legen könne, und habe auf die Ausführungen des Ministers Schlicke verwiesen, der gesagt hat, wie man in solchen Fällen verfahren müsse.

Wir wollen doch einmal einige Fälle, in denen Ankäufe vorgenommen worden sind, genauer ansehen, z. B. den Fall des Grundstücks Strom Nr. 6. Es handelt sich um das bekannte Ausflugslokal. Für dieses Grundstück sind nicht weniger als 75 000 Mark gezahlt worden, während der gemeine Wert 30 000 M plus 16 400 M beträgt. Wenn man nun bedenkt, daß dieses Grundstück noch nicht einmal mit Gold bezahlt worden ist, da der Besitzer das ganze Erbe in der Inflationszeit erworben hat und mit 60 000 M bezahlt hat, daß er diesen Betrag mit 1500 M wieder abgetragen und außerdem dafür einen Besitz von 50 Morgen dazu erhalten hat, an Bargeld noch 50 000 Goldmark übrig behalten hat, das er mit 16 Prozent verzinst erhält, dann muß man sagen: die Deputation für Häfen und Eisenbahnen tut alles, aber handelt niemals gerecht! Hieraus geht klar hervor, daß man einige wenige zu reichen Leuten macht. Ferner ein weiteres Beispiel, das ist das Grundstück von Meyer, Neuenlande. Es handelt sich dort um 108 Morgen, die im Enteignungsgebiet liegen, und die mit 240 000 M bezahlt wurden, der gemeine Wert für dieses Gelände ist aber nur — das wird Herr Snoek bestätigen — 800 M pro Morgen. Es ist aber eine Summe von 2200 M pro Morgen gezahlt worden. Ich frage: wie kann man angesichts unserer wirtschaftlichen Lage eine solche Summe ausgeben? Der Pachtpreis dieser Ländereien vor dem Kriege war 50 M. Würde man sie heute nach dem Kapital verzinsen müssen, so müßten dafür 120 M angewendet werden. Und ich frage die hier anwesenden Landwirte: sind sie in der Lage, zurzeit 120 M lediglich an Pacht aufzubringen? Oder meinen Sie nicht vielmehr, daß bei weitem nicht einmal das Friedensverhältnis herausgewirtschaftet werden kann? Im ersteren Falle der Villa Strom liegt es so, daß dieses Grundstück z. Zt. verpachtet ist für 2000 M. Nehmen wir nun einmal für die Summe von 75 000 M eine Verzinsung zu 6 Prozent an, so müßten an Zinsen 4500 M aufgebracht werden. Wer gibt dem Staate

das fehlende Geld? Es hier hier von interessierter Seite, die der Deutschen Volkspartei sehr nahe stehen soll, gesagt worden, daß der Staat über so viel Mittel verfüge; wir bekämen unser Geld ja aus Amerika. Es müssen in diesen Tagen doch merkwürdige Ansichten herrschen und verbreitet werden. Meine Damen und Herren! In anderen Fällen kann man feststellen, daß Besitzer, die ihre Ländereien an den Staat verkaufen, die Grundstücke weiter in Bewirtschaftung behalten, trotzdem sie dieselben selbst gar nicht bewirtschaften wollen, sondern diese Gelegenheit wahrnehmen, sie zu teurem Pachtpreise (80 M pro Morgen) weiter zu verpachten, um gewissermaßen die darauf wirtschaftenden Pächter wirtschaftlich in der Hand zu behalten, damit sie politisch nicht aus der Rolle fallen. Ich halte dieses Verfahren für unverantwortlich von unserer offiziellen Verwaltung und muß darauf hinweisen, daß da auf alle Fälle Remedur geschaffen werden muß. Ich kann nur sagen, was mein Parteifreund Faust gesagt hat: sähe an dieser Stelle unseres Verwaltungsapparats ein Sozialdemokrat, ich möchte einmal sehen, wie Sie mit dem Manne umspringen würden.

Es ergibt sich deshalb für uns die Schlussfolgerung, daß die Vorbereitungen für die Anlage der Hafensbecken als Entwurfsausbildung für Oberbauverhältnisse zu betrachten ist. Anders kann ich es mir nicht denken, denn es liegt doch so, daß die im Jahre 1922 maßgebenden Pläne also nach drei Jahren vollständig umgestaltet sind. Es kann doch nicht angehen, daß man nicht einmal der Bürgerschaft sagt: so sollen unsere Häfen gestaltet werden! Hafenanlagen müssen auf lange Sicht, nicht nur technisch vorbereitet werden, sondern man muß auch die wirtschafts- politische Entwicklung der Stadt dabei betrachten. Wir müssen weiter auch verlangen, daß bei der Preisgestaltung eine einheitliche Regelung eintritt, auch muß die Stadterweiterungsdeputation zugezogen werden. Ich kann aber gleich offen erklären, daß es mir gar nicht einfällt, dagegen zu wettern, daß kleinere Besitzer, die ihren Grund und Boden hergeben, nicht zu ihrem Recht kommen sollen. Das ist nicht meine Absicht. Es soll jeder zu seinem Rechte kommen. Aber darüber hinaus bekämpfe ich alles. Und daß das so ist, das ist sicher. Ich kenne keine Fälle, wo kleine Grundstücke enteignet sind, denen man so hohe Preise gezahlt hat, wie ich im Falle Meyer angeführt habe. Da hat man den Betroffenen einfach gesagt, mehr könnte nicht bezahlt werden, während andere, die geschickter gewesen sind, mehr herausgeholt haben. Das bekämpfen wir, wir wollen keine Ungerechtigkeit. Wenn ein Enteignungsverfahren gemacht werden soll, muß gerecht vorgegangen werden. Pläne für Hafenanlagen müssen auf lange Sicht und mit der notwendigen Umsicht ausgearbeitet werden. Aus diesem Grunde haben wir heute folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft verweist die Mitteilung des Senats vom 22. 5. 1925 Z. 5. betr. Enteignung für

neue Hafenanlagen am linken Weserufer an die Deputation für Häfen und Eisenbahnen zurück.

Sie ersucht den Senat, die Deputation für Häfen und Eisenbahnen anzuweisen, in Gemeinschaft mit der Deputation für Stadterweiterung und Grundstücksverwaltung, alsbald darüber eingehend zu berichten, ob das im neuen Plane vorgesehene Hafensbecken innerhalb des neu angelegten Schutzdeiches nicht zweckmäßig außerhalb desselben verlegt werden kann, damit eine Durchbrechung des Schutzdeiches vermieden wird.

Ferner darüber zu berichten, ob die bisher gezahlten Kaufpreise für den Ankauf von Ländereien zum Zwecke der Hafenerweiterung am linken Weserufer, als angemessene Entschädigung im Sinne des vorgesehenen Enteignungsverfahrens gehalten sind.

Ich darf noch sagen, daß mir aufgefallen ist und daß es nicht richtig ist, daß man für Schätzungen nur solche Sachverständige nimmt, die aus Kreisen kommen, die es besser verstehen, die Betroffenen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Man sollte alle Kreise berücksichtigen. Ich bitte Sie also, unserem Antrag zuzustimmen, um eine gerechte Erledigung der Sache zu erreichen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Bei der Wichtigkeit der Materie, die wir augenblicklich verhandeln, will ich die Verhandlung jetzt noch nicht auf die Frage der Zurückverweisung beschränken, sondern den Herren, die sich bereits gemeldet haben, Gelegenheit zu allgemeinen Ausführungen geben. Aber den Herren, die sich jetzt noch melden, werde ich das Wort nur zur Frage der Zurückverweisung geben.

Röhler (D. Vp.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Durch diese Senatsvorlage wird der Bürgerschaft bekanntgegeben, wie Herr Faust schon gesagt hat, daß damals die Pläne viel zu weit gefaßt worden sind. Jetzt glaube ich, daß an den Ausbau gewisser Teile der Häfen in nächster Zeit herangegangen wird. Ich habe die Ansicht, daß, wenn das Interesse Bremens es verlangt, die Landwirtschaft im Interesse von Handel und Industrie zurückstehen und weichen muß; aber nicht eher, wie mit dem Ausbau begonnen wird. Von diesem Gesichtspunkt aus habe ich die Vorlage betrachtet. Ich begrüße es, daß uns jetzt endlich von Senatsseite gesagt wird, daß an eine Aufrechterhaltung der Vorlage im Staatsinteresse nicht mehr gedacht werden kann.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber noch einen kleinen Rückblick tun und der Existenzen gedenken, die von diesen übereilten Plänen ungünstig betroffen worden sind. Durch diese Enteignungsvorlage vom Jahre 1922 ist eine große Verwirrung in der Bevölkerung eingetreten. Ein Bewirtschaftungsplan ist seit dieser Zeit bei den landwirtschaftlichen Betrieben in diesem Gebiet nicht mehr vorhanden, und wenn man bedenkt, daß das noch in der Inflationszeit war, so wird man wissen, welche Schäden die Betroffenen davon gehabt haben.

Sämtliche Meliorationen und sämtliche Umbauten sind unterblieben, weil niemand wußte, wie lange er auf der Scholle bleiben konnte. Das war in der Inflationszeit, wo die Einnahmen unter den Fingern wegliefen, wären diese Verbesserungen damals ausgeführt, so hätten sie den Besitzern jetzt nichts gekostet. Man sieht, daß es ein großer Fehler in volkswirtschaftlicher Hinsicht war. Ich begrüße aber, daß jetzt die zweite Zone wieder freigegeben werden soll. Ich bedauere jedoch, daß man dabei wieder eine Einschränkung vorgenommen hat und gewisse Teile der zweiten Zone wieder der ersten zugeschlagen hat. Ich glaube, das ist nicht notwendig. Auch der jetzige Bezirk ist noch viel zu groß und wird innerhalb zwanzig Jahren noch nicht gebraucht werden. Da bin ich der Meinung, daß alles, was nicht innerhalb 20 Jahren gebraucht wird, im Staatsinteresse wieder freigegeben werden sollte. Erstens braucht dann der Staat diese Grundstücke nicht mehr zu übernehmen, wenn einer den Antrag stellt, und zweitens kann bei allen Ankäufen nie mit einer vollen Verzinsung für die Zeit der landwirtschaftlichen Nutzung gerechnet werden. Auch in Vorkriegszeiten verzinst sich das in der Landwirtschaft angelegte Kapital höchstens mit 2 bis 2½ Prozent. Und diese Verzinsung ist heute noch heruntergegangen. Wenn man bedenkt, daß der Staat 12 bis 16 Prozent erhalten kann und dennoch, wenigstens pro Jahr, wenn er nicht kauft, 10 Prozent verdient, so sieht man, daß innerhalb 10 Jahren schon der doppelte Preis gezahlt werden kann, ohne Schaden zu leiden. Daran kann man erkennen, daß es im Staatsinteresse liegt, alles das Land aus der Enteignung zu lassen, das man in nächster Zeit nicht braucht.

Wegen der Vergrößerung der ersten Zone glaube ich, daß eine gewisse Revidierung stattfinden kann. Da gerade an der Grenze einige kleine Wirtschaften ungünstig betroffen werden, möchte ich folgenden Antrag stellen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für Häfen und Eisenbahnen zu ermächtigen, in einzelnen Fällen, an der Grenze des Enteignungsgebietes liegende Grundstücke aus der Enteignung herauszulassen, falls es mit dem beabsichtigten Ausbau der geplanten Anlagen vereinbar ist.

Dann möchte ich über die Behandlung der betreffenden Besitzer seitens der Behörde, wie sie in letzter Zeit gewesen ist, ein paar Worte sagen. Ich muß Herrn Mester zum Teil beistimmen, daß nicht so verfahren ist, wie von der Bürgerschaft beschlossen wurde. So z. B. ist der Beschluß, daß Grundstücke vom Staat unverzüglich zu übernehmen sind, wenn eine Einigung nicht erfolgen kann, nicht immer befolgt worden. Es heißt in dem Beschluß, daß eine Enteignung sofort erfolgen muß. Das ist nicht immer ausgeführt. Man läßt einige Anträge monatelang liegen. Wenn es nur im Staatsinteresse läge, so hätte der Staat die Bezirke sofort abschätzen lassen. Aber man befürchtet, daß durch die

Abschätzung der Grundstücke der Staat einen höheren Preis wie bisher zahlen muß. Ich bestätige ferner, daß nicht immer gleichmäßig verfahren worden ist, daß die intelligenten Leute mehr herausgeholt haben als die anderen, die nicht entsprechend aufzutreten konnten. (Seiterkeit und Zurufe: Intelligent ist gut!) Nun sagen mir die sachkundigen Personen: Aber so schlimm, wie Herr Mester es gemacht hat, ist es doch nicht. (Widerspruch links.) Wie es mit Ihrer Verdächtigung aussieht, beweisen die Gerüchte, die geschweht haben, auch das Gerücht, das von bodenreformerischer Seite in der demokratischen Fraktionsitzung verbreitet worden ist; welches sofort als ganz haltlos bewiesen werden konnte.

Meine Damen und Herren! Unsere Zeit ist vorgeschritten. Deshalb will ich mich zurückhalten. Ich bitte, die Anträge des Herrn Mester nicht anzunehmen, sondern auf jeden Fall erst die Vorlage zu verabschieden. Auch nach Annahme der Vorlage kann noch den Anträgen entsprechend berichtet werden. Damit wäre ich persönlich einverstanden.

Benhold (Dem.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Faust hat die Bürgerschaft mit einer wohl vorbereiteten Rede überrascht. (Aha-Rufe links.) Da er sich bei seinen Darlegungen mit Vorliebe militärischer Ausdrücke bedient hat, darf ich ihm darin folgen, und sagen, daß seine Rede zunächst wohl als leichtes Geschütz gegen den Senat aufgeföhren wurde, und daß bei den Etatsberatungen das schwere Geschütz aus seiner Fraktion folgen wird. Trotzdem scheint es mir aber angebracht zu sein, schon gleich dem leichten Geschütz entgegenzutreten, zumal die Darlegungen von Herrn Faust die typischen Darlegungen eines Journalisten waren, ausgezeichnet mit den Vorzügen und Nachteilen dieser Gattung Menschen, sehr interessant und etwas blendend in ihrer Fügigkeit, aber in der Richtigkeit sehr zu bestreiten und im ganzen sehr an der Oberfläche haltend. Ich muß allgemein sagen, daß jegliche oberflächliche Betrachtung wirtschaftlicher Zusammenhänge nur zu Fehlschlüssen verführt. Und diese sind Herrn Faust gründlich gelungen. Er hat nach meiner Meinung zwei starke Gedankensprünge gemacht. Einmal hat er eingangs versucht, die Schuld an dem wirtschaftlichen Mißerfolg auf das Konto des Senats zu schieben, indem er auf eine Reihe von Verhandlungen eingegangen ist, und er hat daneben die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in Betracht gezogen, Einflüsse von Organisationen und Konzernbildungen, die sich ohne bremsendes Zutun vollzogen haben. Er hat, wie ich wiederholt bemerke, diese beiden Dinge mehrfach durcheinander geworfen, auch in seinem Urteil, indem er ausdrücklich erklärte, auch die sozialdemokratische Partei würde in manchen positiven Bemühungen dem Senat gefolgt sein. Zum Schluß hat er dann aber das Fazit gezogen, daß der Senat mit seiner wirtschaftlichen Einstellung und in seinen wirtschaftlichen Zielen unbedingt versagt habe. Dabei hat er insbesondere

hingewiesen auf die Verhandlungen mit Preußen wegen Wesermünde und auf gewisse Mißbilligkeiten mit Oldenburg, und er hat schließlich noch herangezogen die Entscheidung des Staatsgerichtshofs in Sachen der Fischerei- und Industrieklausel.

Gerade auf diese letzten Darlegungen trifft hauptsächlich das zu, was ich eingangs als Oberflächlichkeit bezeichnet habe. Ich darf mir erlauben, kurz auf Hamburg hinzuweisen. In Hamburg liegen die Verhältnisse insofern ähnlich wie bei uns, als auch Hamburg um eine Befreiung aus wirtschaftlichen Hemmungen gegenüber Preußen sucht, wenn es sich hier auch nicht um Klauseln in der Art der Fischerei- und Industrieklausel handelt, sondern um Ausdehnungsmöglichkeiten Hamburgs für seine Häfen und für Siedlungsland. Und da ist es typisch, daß auch Hamburg, trotzdem der hamburgischen Regierung kurz nach der Revolution in ausschlaggebender Eigenschaft und auch heute noch mit stark betontem Einschlag Sozialdemokraten angehören, Preußen gegenüber, insbesondere dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gegenüber nicht weiter gekommen ist, sondern bei Preußen ebenso wenig erreicht hat wie wir. Ich habe vor einiger Zeit Gelegenheit gehabt, mit einem Herrn zu sprechen, der früher in der preußischen Verwaltung an gut unterrichteter Stelle stand, und zwar noch zu der Zeit, als zwischen Hamburg und Preußen die eben erwähnten Verhandlungen geführt wurden. Damals hat eine Besprechung zwischen den preußischen Unterhändlern stattgefunden, ehe sie mit den Hamburgern zusammenkamen, und dabei hat der preußische Staatssekretär erklärt: Meine Herren, zugestanden wird nichts; wir verhandeln nur zum Schein; man kann Preußen nicht zumuten, nachdem es Oberschlesien verloren hat, jetzt an Hamburg Zugeständnisse zu machen! Das ist die ganz klare Einstellung Preußens gegenüber diesen Dingen. Und gegenüber einer solchen Einstellung können Sie eben keine Erfolge erringen, ob nun der Senat so oder so zusammengesetzt ist, und ob Sie sich mit Finanzpolitikern oder mit Wirtschaftspolitikern oder mit Juristen an den Verhandlungstisch setzen. Das Entscheidende ist eben, daß die Preußen auf diesem Gebiet nicht entgegenkommen wollen. Die einzige Politik, die wir in diesen Dingen befolgen können, ist also die, zunächst anzustreben, auf gutlichem Wege aus Preußen herauszuholen, was möglich ist, und wenn Preußen nicht entgegenkommen will und die Verhandlungen nur zum Schein führt, dann zu versuchen, Preußen der ganzen deutschen Öffentlichkeit gegenüber ins Unrecht zu setzen und an das allgemeine wirtschaftliche Gewissen in Deutschland zu appellieren. Eine andere Politik können Sie in diesen Dingen nicht machen. Und wenn Sie dazu übergehen wollen — was gelegentlich in Ihrer Presse angedeutet worden ist —, auf die politische Selbstständigkeit Bremens zu verzichten und Bremen in Preußen aufgehen zu lassen, dann erreichen Sie damit auch nichts anderes, denn auch dann würde jedes Entgegenkommen wegfallen.

Also diese dauernden Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit Preußen irgendwie auf einen Fehler bremischerseits zurückführen zu wollen, ist unbedingt falsch. Zudem möchte ich bemerken, daß in der Frage der Fischerei- und Industrieklausel die gesamten Verhandlungen immer geführt worden sind im engsten Einvernehmen mit dem Magistrat in Bremerhaven, und daß z. B. zu den Verhandlungen mit Preußen im vorigen Jahre der Senat Vertreter der Stadtverordneten von Bremerhaven (Zuruf: Klemann!) regelmäßig hinzugezogen hat. Aber es ist bezeichnend, daß bei diesen ganzen Verhandlungen — auch bei denen mit Hamburg — niemand so ultra-stockpreußisch gewesen ist wie der sozialdemokratische Oberpräsident von Hannover, Noske, und der sozialdemokratische Wortführer der Stadtverordneten in Wesermünde, Brandes. Auf preußischer Seite sind es gerade die sozialdemokratischen Minister, Oberpräsidenten und Geheimräte (Heiterkeit und Zurufe) — es gibt deren auch einige — gewesen, die die schärfsten Gegner jedes wirtschaftlichen Entgegenkommens an Bremen noch heute sind. Sie haben sich starr an den preußischen Standpunkt geklammert und den großen wirtschaftspolitischen Weitblick, den Herr Faust so offensichtlich für sich in Anspruch nimmt (Heiterkeit), ganz vermissen lassen.

Im übrigen ist Herr Faust noch eingegangen auf die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung, und er hat geglaubt, darauf aufmerksam machen zu müssen, daß diese zugunsten der Häfen im Westen liefe. Er hat dabei hingewiesen auf die Verständigungen, die zwischen den Schwerindustriellen Deutschlands und Frankreichs getroffen worden sein sollen. Ich habe aber vermisst, daß Herr Faust bei diesen Ausführungen irgendwie zu einem Schluß gekommen ist, der nun für die Vertretung der bremischen wirtschaftlichen Interessen richtunggebend gewesen wäre. Wir können einem Angebot französischer Schwerindustrieller auf Erz und Kohle, einem Angebot der früher deutschen essäffischen Kaliindustrie zur Verständigung mit den deutschen Gruppen von Bremen aus nichts entgegensetzen. Die Entwicklung zu einer Vereinbarung in dieser Richtung ist naturgegeben, daran können wir nichts ändern und davon werden immer die Rheinhäfen ihren Vorteil haben. Wir können ebenso wenig die Erze, die von Spanien und den nordischen Ländern kommen und über den Dortmund-Ems-Kanal eingeführt werden, über die Weserhäfen leiten, weil die Möglichkeiten dafür nicht vorhanden sind.

Schließlich hat Herr Faust den nach meiner Meinung schlimmsten, weil oberflächlichsten, Fehler gemacht, indem er behauptet hat, aller Mißerfolg käme daher, weil Bremen die Notwendigkeiten der Schaffung eines eigenen Hinterlandes und der Schaffung von Industrien völlig verkannt habe. Dazu kann ich nur sagen: Sie ahnungsloser Engel Sie! (Große Heiterkeit). Seit den 80er Jahren und noch früher ist gerade die ausgesprochene Po-

litik Bremens und zwar sowohl seines Senats wie seiner Wirtschaft die gewesen, ein eigenes bremisches Hinterland zu schaffen. Ich darf daran erinnern, daß niemand ein eifrigerer Verfechter des Mittellandkanals gewesen ist wie Bremen, daß Bremen für den Rhein-Weser-Kanal erhebliche wirtschaftliche und finanzielle Opfer gebracht hat, daß die großen Bemühungen, das Hinterland der Weser zu verbessern bis nach Thüringen hinein, siehe Werra-Main-Kanal, unausgesetzt von Bremen nicht nur durch geistige Arbeit gefördert worden sind, sondern daß Bremen auch erhebliche Geldmittel aufgebracht hat. Ferner verweise ich auf die unausgesetzten Bemühungen wegen Kanalisierung der Weser bis Minden. Ich darf weiter daran erinnern, daß die großen Bestrebungen für den Hansakanal von Bremen ausgegangen sind, und erst später vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet und dann von Hamburg und Lübeck aufgegriffen worden sind, daß wir ferner bereit gewesen sind, gerade in jehziger Zeit erhebliche Mittel für die sofortige Vollkanalisierung der Weser bis Minden bereitzustellen. Leider sind diese Verhandlungen bislang erfolglos geblieben, weil von der andern Seite namentlich vom Reich und Preußen, das Maß von Optimismus und Zuversicht nicht aufgebracht werden konnte, was für die Verwirklichung derartiger Pläne nun einmal notwendig ist.

Wir können also sagen, daß Bremen aus seiner Kraft heraus nicht nur getan hat, was möglich war, sondern auch in der Lage war, im Interesse der Entwicklung seiner Wirtschaft die Uebernahme wirtschaftlicher Lasten anzubieten, die in der Jetztzeit wegen der hohen Zinsen sehr drückend sind. Es ist mir also ganz unverständlich, wenn man sagt, daß wir in diesen Dingen völlig verknöchert sind. Man muß vielmehr zugeben, daß hier ein Höchstmaß von vorausschauender Arbeit geleistet wird. Wehlich liegt es mit der Industrialisierung Bremens, auf die, wie ich annehme, Herr Ulrich besonders eingehen dürfte.

Nun komme ich auf den Kernpunkt, den Herr Faust übersehen hat. Wenn er auf Antwerpen und Rotterdam und auch auf Hamburg hingewiesen hat, so darf er doch nicht vergessen: alle diese Häfen haben einen natürlichen Verkehr, der ihnen auf Grund ihrer bevorzugten geographischen Lage zufällt, möge die Stadt so oder so heißen, ob sie ein internationaler Freistaat geworden ist wie Danzig, oder ob es der größte deutsche Hafen Hamburg ist; alle diese Häfen haben ihren großen Verkehr auf Grund ihrer natürlichen Lage. Aber den Verkehr, der unsere bremischen Häfen aufzuweisen haben, hat Bremen sich erst mühsam erringen müssen durch die Tüchtigkeit seiner wirtschaftlichen Unternehmungen, durch die Spezialeinrichtungen seines Handels — Baumwolle, Getreide, Reis, Holz usw. — Und gerade das ist nach meiner Meinung das bezeichnende, daß wir trotz unserer ungünstigen äußeren Lage schließlich mit intensiver Arbeit, mit großer Energie, unter Verwendung aller technischen

Verbesserungen und in der Erkenntnis alles dessen, was wirtschaftlich an Erleichterungen möglich ist — Tarife usw. — diesen Verkehr zu uns herangezogen haben, der ein großer Spezialverkehr geworden ist. Sie wissen, daß rund 75 Prozent unseres Verkehrs Eisenbahnverkehr ist, daß die Massengüter fast wegfallen, und daß wir allen Grund zu der Annahme haben, uns diesen Verkehr dauernd erhalten zu können. Und wenn Teile dieses Verkehrs haben abgegeben werden müssen (hört, hört! links), so ist es doch gelungen, dafür andere Möglichkeiten zu erschließen; und gerade jetzt laufen aussichtsreiche Bestrebungen, neuen Verkehr über Bremen zu ziehen. Es ist also völlig falsch, zu behaupten, daß in diesen Dingen nichts geschehe.

Ein Staat, und ein in erster Linie auf kaufmännische Dinge eingestelltes Gemeinwesen, das trotz ungünstiger geographischer Lage in dieser ganzen Zeit diese Entwicklung durchgemacht und solche Erfolge erkämpft hat, hat damit den Beweis einer inneren Stärke und einer gesunden Kraft geliefert, und ein solches Gemeinwesen berechtigt mehr zu Optimismus hinsichtlich seiner weiteren Entwicklung, als ein Gemeinwesen, das im wesentlichen ein Geschenk der Natur nur auszubauen braucht.

Und wenn ich noch ein Wort über die wirtschaftliche Lage sagen darf, so meine ich, daß die Darlegungen des Herrn Dr. Gebert, auf die Herr Faust Bezug genommen hat, doch mißverständlich aufgefaßt worden sind. Ich glaube nicht, daß die wirtschaftliche Lage Bremens schlechter ist als diejenige mancher anderen großen wirtschaftlichen Plätze in Deutschland. Ich schließe das aus verschiedenen Anzeichen. Gewiß sind wir durch den Verlust der Handelsflotte und durch die zeitige Beschäftigungslosigkeit auf den Werften empfindlich getroffen, aber nicht so stark wie z. B. Kiel, Wilhelmshaven und Lübeck. Vergessen Sie auch nicht, daß in Hamburg die Reiherstieg-Werft ganz hat schließen müssen. Wenn Sie demgegenüber auf die wirtschaftlichen Grundlagen der bremischen Unternehmungen sehen und auf das, auf dem wir aufbauen können, auf die Solidität unseres Handels und unserer Industrie, dann müssen Sie zugeben — und das ist insbesondere vom Herrn Reichsbankpräsidenten anerkannt worden —, daß Bremen in wirtschaftlicher Beziehung bei der großen Krise 1924 eine Dase gewesen ist, daß in keiner Stadt relativ so wenig Wechselproteste wie in Bremen erfolgt sind und daß damals in Bremen keine einzige große Zahlungseinstellung aus Anlaß verfehlter Frankenspekulationen vorgekommen ist. Die solide kaufmännische Tüchtigkeit hat sich davon ferngehalten. Ich bedaure es deshalb außerordentlich, daß hier durch derartige pessimistische Töne, wie sie Herr Faust angeschlagen hat, die Zukunft Bremens angezweifelt wird. Ich glaube, Herr Faust, ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich in diese wirtschaftlichen Dinge und Zusammenhänge etwas tieferen Einblick habe als Sie, und ich kann Ihnen

sagen: wir haben es sicherlich schwer, durchzukommen. Aber wer die Zusammenhänge weiß und die Entwicklung erkennt, der kennt auch die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Kraft. Das ist nicht die finanzielle Solidität allein, sondern vor allem der Wille und das Geschick, sich schnell umzustellen. Wer das erkennt, der weiß auch, daß für Bremen aus dieser schweren Zeit heraus der Weg wieder zu einer besseren Entwicklung führt! (Bravo.)

Ulrich (D. V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Faust hat eine, ich möchte sagen rein technische Vorlage, die sich mit den Enteignungen für Hafenbauzwecke befaßt, zum Anlaß genommen, um hier eine große wirtschaftspolitische Rede zu halten. Er hat das in einer solchen Form getan, daß seine Ausführungen unmöglich ohne Widerspruch in die Welt hinausgehen dürfen. Herr Faust hat manches richtige, manches halb richtige und manches ganz falsche zu einem Brei durcheinander gerührt, und auf Grund dieses Gemisches hat er scharfe Angriffe nicht nur gegen den Senat, sondern auch gegen die bremische Wirtschaft im ganzen und gegen einzelne von ihm genannte Gesellschaften erhoben. Ich frage mich und ich möchte Herrn Faust fragen, wem er damit zu nützen glaubt. Dem Unternehmertum wird er damit nicht nützen, das hat er auch nicht gewollt. Ob er aber der Arbeiterschaft nützt, bezweifle ich. Es gibt nichts Verkehrteres, als die Wirtschaft eines Staates vor aller Welt zu diskreditieren. Damit schadet man der Allgemeinheit.

Ich möchte Herrn Faust weiter fragen, ob er glaubt, daß in Hamburg, wo die Sozialisten mit in der Regierung waren, die Dinge besser liegen. Das ist entschieden zu verneinen. Wenn es uns nicht recht geht, so glaube ich, daß es Hamburg nicht besser, eher schlechter geht. Ich habe bei Zusammenkünften mit Kollegen aus dem Binnenlande immer gehört, daß man sich gewundert und gestreut hat, wie verhältnismäßig gut Bremen nach dem Kriege abgeschnitten hat, auch gegenüber Hamburg. Daß wir augenblicklich eine ungeheure Krise haben, hat Herr Dr. Gebert schon gesagt. Wenn sie sich in der Industrie besonders schwer auswirkt, so wissen Sie, Herr Faust, woran das liegt, und Sie kennen die katastrophale Lage besonders in der Werft-Industrie. Wenn Sie aber bedenken, was wir an Positivem hinzugewonnen haben, so erscheint es mir unverständlich, wie Sie so sprechen konnten. Ich erinnere daran, daß wir im Baumwollimport dichter auf Liverpool aufgerückt sind, als wir jemals vor dem Kriege gewesen sind. Spricht das gegen unsere Wirtschaft? Gewiß, wir haben die Vorkriegsziffern noch nicht wieder erreicht. Aber der ganze europäische Markt ist zurückgegangen. Ganz Europa befindet sich in einer Krise. Das mag in Amerika anders sein, oder in Ostasien, aber nicht in Europa. Auf unser Verhältnis gegenüber Preußen hat Herr Benhold schon hingewiesen, ebenfalls auf die Kanalfrage. Aber wenn Herr Faust dem Senat den Vorwurf macht, daß wir den

Prozeß wegen der Industrie- und Fischereiklausel verloren haben, so möchte ich fragen, ob er glaubt, daß unter einer sozialistischen Regierung das Urteil anders ausgefallen wäre. Ich glaube nicht, daß er dafür Gründe beibringen kann. (Lachen links.)

Herr Faust hat ferner an der bremischen Kaufmannschaft die nationale Note getadelt. Er hat gesagt, wir dächten nicht international genug. Ich muß daran erinnern, daß keine Stadt so früh wie Bremen nach dem Kriege die Verbindung mit dem Ausland, besonders mit Amerika aufgenommen hat. Was Herrn Faust nicht gefällt, ist die nationale Würde, die wir bei solchen Gelegenheiten gezeigt haben. (Lachen links.) Wir haben nie das Ausland zu politischen Zwecken herangeholt wie Sie (nach links). Nichts imponiert dem Auslande mehr als nationale Würde. Wir haben inzwischen eine Inflation und eine Deflation erlebt von einer Größe, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Daß nach einem solchen Aderlaß das Wirtschaftsleben zurückgeht, bedarf keiner Erwähnung. Das ist niemandem in die Schuhe zu schieben. Die erfreulichen Tatsachen hat Herr Faust nicht erwähnt. Bremen laufen heute erheblich mehr Schifffahrtslinien an als vor dem Kriege. Wir haben den Vertrag mit der United States Linie geschlossen. Wir haben den neuen Bananenverkehr in Bremerhaven, wir haben die vermehrte Ausfuhr in Metallwaren. Das alles spricht nicht für einen Niedergang. Und wenn Sie alles das bedenken, dann können Sie nicht zu dieser pessimistischen Auffassung kommen, die Sie dargelegt haben.

Das war Ihnen auch nicht Hauptzweck. Sie wollten die Gelegenheit benutzen, dem Senat und den verschiedenen Wirtschaftsorganisationen einzuszuweichen. Ich glaube nicht, daß Ihre Ausführungen eine Resonanz in der bremischen Öffentlichkeit finden werden, auch nicht in Ihren Kreisen, die mehr Einsicht und gesunden Menschenverstand haben als Sie. Sie haben darauf hingewiesen, daß Holland und Belgien als Konkurrenten gegen uns aufgetreten sind. Sie sind schon vor dem Kriege unsere Konkurrenten gewesen. Daß der Wettbewerb jetzt besonders stark ist, liegt daran, daß Belgien zurzeit durch die Scheinblüte der Inflation im Vorteil ist. Wir haben die Scheinerfolge während des Ruhrkampfes nie ernst genommen. Aber wir haben damals unter schwierigen Verhältnissen die bremische Industrie mit englischen Kohlen beliefern können. Daß wir den Kohlenimport aus England als dauernden Gewinn angesehen hätten, wird uns wohl niemand zutrauen. Ebenso falsch ist das, was Sie zur Schutz Zollfrage gesagt haben. Die Frage, ob Schutz Zoll oder Freihandel, kann man nicht ohne weiteres verneinen oder bejahen. Das ist überhaupt keine Prinzipienfrage, das kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Herr Faust, sagt, eine Handelsstadt müsse unbedingt für Freihandel sein. Was nützt das aber, wenn das Hinterland nicht mehr kauffähig ist? Wenn Sie sich Europa ansehen, das sich mit hohen Zollmauern umgibt.

dann können Sie nicht verlangen, daß wir grundsätzlich in Deutschland Freihandel treiben.

Herr Faust hat dann sehr lange darüber gesprochen, daß wir in Bremen die Industrie vernachlässigt hätten. Ich kann nicht verstehen, wie er zu dieser Ansicht kommt. Wir haben eine Industrie von einem solchen Umfang, daß wir von allen deutschen Ländern die stärkste Zahl von gewerblichen Arbeitern haben, wobei nur bremische Arbeiter, nicht die Delmenhorster usw., gerechnet sind. Ich erinnere daran, daß, als der etwaige Anschluß von Lehe zur Diskussion stand, wir gesagt haben, daß wir als Partei das vielleicht nicht begrüßen würden, daß aber niemand sich aus diesem Grunde beeinflussen lassen würde, dagegen zu stimmen.

Daraus können Sie ersehen, daß wir nicht aus parteipolitischen Gründen Industrie ablehnen. Sie trauen uns doch nicht die Dummheit zu, daß wir nur deshalb eine an sich erwünschte Wirtschaftsstärkung verhindern, weil dadurch mehr sozialistische Stimmen hereinkommen. Eine solche Kurzsichtigkeit ist in Bremen in wirtschaftlichen Kreisen nicht zu finden.

Ich will auf vieles andere, was Herr Faust gesagt hat, nicht eingehen. Die Zeit ist sehr weit vorgeschritten. Ich möchte nur ganz kurz zu dem kommen, was die Vorlage selbst betrifft. Herr Faust sagt, die Vorlage wäre ein Sieg der Linke Tietjen-Köhler, und sie hätte nur eine größere Wertsteigerung der Länder zur Folge. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß durch das vorgeschlagene Gesetz Vorzüge getroffen ist, daß das letztere ausgeschlossen ist. Ich darf weiter darauf hinweisen, daß bei den ersten Verhandlungen kein Zweifel darüber gelassen ist, daß wir die zweite Zone nur als bedingt enteignete ansehen. Wie man da von einem Sieg der Landwirte sprechen soll, ist unklar. Es bleibt uns unbenommen, jederzeit weiter zu enteignen, und die Pläne sind doch keineswegs als endgültig zu bezeichnen. Wer von uns will sagen: Wir brauchen in Zukunft ein Hafenbecken von dieser Größe oder von jener? Das ist zum großen Teil Gefühlsache. Ich habe es damals begrüßt, daß man die Enteignung in großem Umfang vornahm, obwohl ich nie ein Fehl daraus gemacht habe, daß die Pläne vielleicht für den Augenblick zu groß wären. Wenn man heute unter dem Druck der Verhältnisse, wie er in der Vorlage dargelegt ist, das Projekt zunächst einschränkt, weil man sich sagt, daß man sich zunächst mit einem Teil begnügen kann, dann kann man niemandem einen Vorwurf daraus machen, weder dem Senat noch den Parteien, die ihn stützen. Ich schließe mit dem Worte, das einmal ein bekannter Wirtschaftsgeograph über die Entwicklung Bremens sagte. Er sagte: Ueber die Entwicklung Bremens und seine Zukunft kann man das Wort schreiben: „Dennoch!“

Dr. B u f f (D.-N.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Freunde haben mich gebeten, auch noch einige Ausführungen zu machen. Es ist

festzustellen, daß die Enteignung beschlossen wurde in der Erwartung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich bessern würden, ich halte es für einen richtigen Schritt, nachdem die Deputation anerkannt hat, daß die Enteignung in diesem Umfang nicht aufrechterhalten werden kann, sie teilweise zurückzuziehen, und ich verstehe nicht, wie jemand, der die Verhältnisse richtig übersieht, diesen Weg der Deputation mißbilligen kann. Ich finde ihn sehr vernünftig. Wir wollen hoffen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Bremens sich bald so weit entwickeln, daß man an die Ausgestaltung der neuen Häfen herangehen kann.

Im übrigen muß ich ein paar Worte zu den Ausführungen von Herrn Faust sagen. Ich habe lange nicht eine derartig scharfe und die Interessen unserer Vaterstadt schädigende Rede gehört. (Lachen links.) Ich habe mir ein kurzes Stichwort notiert: „Ist denn Herr Faust Vertreter der Arbeiter?“ Der Vertreter der Arbeiter muß den Wunsch haben, daß es Bremen möglichst gut geht, und nun kommen Sie (nach links) und erheben die lebhaftesten Vorwürfe gegen die Regierung. Ich verstehe nicht, Herr Faust, wie ein Mann, der in der Bremischen Bürgerschaft ist, so sehr vergessen kann, welche Verpflichtungen er auch denen gegenüber hat, als deren Vertreter er sich ausgibt. Sie haben eben in diesem Hause in die Welt hinausposaunt — denn es wird ja veröffentlicht werden —, daß Bremen im Niedergang wäre. Ich verstehe nicht, wie ein Mann, der sich doch Bremer nennt (Lachen links), in öffentlicher Sitzung hinausschreien kann, daß unsere Stadt dem Niedergang entgegengehe. Sie haben Bremen verglichen mit Lübeck. Lübeck ist lediglich durch die sozialistische Mißwirtschaft von einstiger Höhe heruntergekommen. (Gelächter links.) Und nun haben Sie dieses Schicksal Lübecks auch Bremen prophezeit. Das wird hoffentlich nicht eintreten. Ich muß sagen: wenn ein Vertreter in der Bürgerschaft hier in öffentlicher Sitzung ausspricht, Bremen sei im Niedergang, so versündigt er sich damit an der Stadt Bremen! (Gelächter und Zurufe links.) Lachen und schreien Sie und bewegen Sie sich wie Sie wollen. Sie haben — auch das muß ich tadeln, nehmen Sie es mir nicht übel — alle möglichen bremischen Verhältnisse herangezogen. Sie haben von der A.-G. Weser und vom Norddeutschen Lloyd gesprochen. (Theil: Das ist doch allgemein bekannt!) Die Dinge sind nicht in der ganzen Stadt bekannt. Sie haben vom verknöcherten Norddeutschen Lloyd gesprochen. Ich finde kein Wort, um es genügend zu kennzeichnen, daß derartige Reden gehalten werden. Sie kämpfen gegen den Senat, Sie kämpfen gegen die Handels- und Wirtschaftspolitik des Senats, Sie werfen dem Senat in der Öffentlichkeit vor, daß er eine schlechte Wirtschaft und Politik betreibt. Das ist doch kein Vorgehen, wenn man wirklich die Stadt und den Staat weiterbringen will. Sie haben betont, daß Bremen nicht international wäre. International ist Bremen selbstverständlich, insoweit es die Schiffe aller

Nationen in seinen Häfen sieht. Aber Bremen ist nicht international in Ihrem Sinne. Fragen Sie doch einmal einen Londoner, ob der sagen würde, London wäre nicht international genug. Der Engländer ist immer zuerst Engländer und dann erst stolz auf seinen internationalen Verkehr. Und so ist es auch bei uns. Ich resümiere: ich muß namens meiner Freunde die Ausführungen des Herrn Faust aufs tiefste bedauern, und ich verstehe nicht, daß ein Vertreter in der Bremischen Bürgerschaft so gegen die Interessen der Vaterstadt Bremen hat vorgehen können. (Beifall rechts.)

Senator Dr. Apelt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um die Erlaubnis, die Verhandlung auf das nüchterne Gebiet der Vorlage selbst zurückzuführen zu dürfen. Die Vorlage zielt keineswegs — wie von einer Seite gesagt wurde — auf eine Aufhebung der Enteignung ab, sondern auf eine Aufhebung eines verhältnismäßig kleinen Teils der Enteignung. Die Gesamtenteignung, wie wir sie im Jahre 1922 beschlossen haben, umfaßte rund 14 Millionen Quadratmeter. Das Gebiet, für das wir heute die Aufhebung der Enteignung vorschlagen, umfaßt 4 Millionen Quadratmeter, also noch nicht einmal ein Drittel der Fläche. Es handelt sich dabei um ein Gebiet, hinsichtlich dessen die Deputation für Häfen und Eisenbahnen selbst sich im Zweifel war, ob sie von Anfang an gleich auch die Enteignung dieses Gebietes fordern sollte. Es haben damals bei den ersten vertraulichen Besprechungen zwischen Finanzdeputation und Deputation für Häfen und Eisenbahnen zwei Flächen zur Beratung gestanden: eine kleinere ohne das Gebiet, dessen Freigabe wir heute vorschlagen, und eine größere, die dieses Gebiet einschloß. (Teil: Wo ist das gemacht worden? In der Finanzdeputation haben wir nur einen Plan gekannt!) Das ist gleichgültig, dann sind es einige Herren der Finanzdeputation gewesen. Die Erwägungen haben sich jedenfalls zuerst dahin bewegt, ob man das ganze oder einen Teil nehmen solle. Wir sind damals zu dem Ergebnis gekommen, daß es richtiger wäre, das ganze zu erfassen. So ist es der Finanzdeputation dann vorgelegt worden. (Erregter Zuruf von Meister.) Auch der Bürgerschaft ist selbstverständlich nur eine Vorlage zugestellt worden; ich spreche ja ausdrücklich von vorausgegangenen Erwägungen.

Daß nun die Umstände, denen wir uns damals, im Jahre 1922, gegenübersehen, völlig andere waren als die heutigen, darüber zu reden ist, glaube ich, überflüssig. Insbesondere war damals noch durchaus nicht zu denken an den Ruhreinbruch, den Herr Faust uns besonders anrechnen zu wollen scheint. Die Vorlage wurde verabschiedet, ehe die eigentliche Hochinflation begann. Zwischen der Bewilligung der Vorlage und heute liegt die ganze Hochinflationzeit und die Zeit der Deflation, also eine wirtschaftliche Kurve, wie sie in der modernen Wirtschaftsgeschichte seit der französischen Revolution nicht erlebt worden ist, und die in diesem Ausmaß

weder wir voraussehen konnten noch auch, wie ich glaube, Herr Faust voraussehen konnte.

Meine Damen und Herren! In der Zeit, die auf die Bewilligung der Vorlage folgte, war es schlechterdings unmöglich, in größerem Umfange an die Durchführung der Enteignung heranzutreten. Es war ebenso unmöglich, in größerem Umfange an Hasenneubauten heranzutreten. Nun sagt Herr Faust: wenn wir klug gewesen wären, so hätten wir damals mehr Häfen bauen können! Gewiß, das hätten wir gern mögen, und wir haben der Finanzdeputation wiederholt nahegelegt, uns die Mittel für weitere Hasenbauten zu bewilligen. Aber wie oft haben wir die schon bewilligten Bauten aufgeschoben oder einschränken müssen, weil es hieß: es ist kein Geld mehr da, wir können nichts mehr machen! Sinterher läßt sich so etwas leicht sagen. Damals baute man zwar für Papiergeld. Aber auch das Papiergeld war nicht ungemessen vorhanden, sondern sehr knapp, so knapp, daß von der Staatshauptkasse wiederholt die Weisung erging, sämtliche Bauten müßten stillgelegt werden. Ich erinnere mich keiner so großen Schwierigkeiten in der Disposition, wie damals, als man sich Tag für Tag fragte: Können wir die Bauten überhaupt fortführen oder nicht?

Meine Damen und Herren! Was die Ausführungen des Herrn Meister betrifft, so habe ich die Kritik an dem Ausmaß dessen, was wir jetzt aus der Enteignung herausnehmen wollen, nicht ganz verstanden. Ebenfowenig ist mir seine Kritik an unserm Gesetzentwurf klar geworden. Ich meine, der Entwurf ist völlig eindeutig. Er ist von allen juristischen Stellen als juristisch in Ordnung befunden worden, und die Absichten, die mit diesem Entwurf verfolgt werden, sind doch vollständig klar. Wir ziehen zugleich den Vorteil daraus, daß wir zunächst vielleicht etwas zu weit gegangen sind, indem wir die Enteignung auf das ganze Gebiet ausgedehnt haben. Denn das gibt uns jetzt die Grundlage, Ihnen ein solches Gesetz vorzulegen, das ich für durchaus nützlich und sachgemäß halte und das die Deputation zur Voraussetzung für die Aufhebung der Enteignung gemacht hat.

Herr Meister ist dann auf die Preise eingegangen. Man wird mir nicht zumuten, daß ich in dieser Beziehung auf Einzelheiten eingehe. Ich darf feststellen, daß die Deputation von der einen Seite angegriffen wird, weil sie zu niedrige Preise zahle, und von der andern Seite wegen zu hoher Preise. Ich ziehe daraus den Schluß, daß wir ungefähr die richtige Mitte gehalten haben. In solchen Fällen einen mathematisch richtigen Preis zu ermitteln, diese Methode hat noch niemand erfunden. Widersprechen muß ich den Vorwürfen, daß wir inkonsequent und ungerecht vorgegangen seien. Wir haben uns bemüht, so gerecht wie möglich zu sein und allen berechtigten Wünschen zu entsprechen. Daß das von den Beteiligten nicht immer so empfunden wird, ist begreiflich. Denn jeder steht auf seinem Stück und urteilt leicht anders als der, der die all-

gemeinen Interessen wahrzunehmen hat. Wir haben eine ganz bewußte Preispolitik verfolgt, wir haben niedrig angefangen und, den Verhältnissen entsprechend, Schritt für Schritt zugelegt bis zu der Grenze, die wir glaubten verantworten zu können.

Dem Antrage Meßter, die Vorlage zurückzuweisen, bitte ich keine Folge zu geben. Ich halte es für im ausgesprochenen Interesse des Staates gelegen, daß wir denjenigen Teil der Enteignung, den wir in absehbarer Zeit nicht durchführen werden, jetzt aus der Enteignung herauslassen und den Staat aus dem finanziellen Risiko, das in der Aufrechterhaltung der Enteignung liegt, befreien. Wir müssen unsere Gelder für diejenigen Zwecke aufsparen, die unbedingt nötig sind, und müssen diejenigen, die etwas ferner liegen, vorläufig zurückstellen.

Was den Antrag Köhler betrifft, so habe ich gegen ihn keine Bedenken. Ich glaube, daß er in gelegentlichen Fällen die Situation erleichtern wird.

Wenn ich nun nochmals zu den Ausführungen des Herrn Faust zurückkehren darf, so möchte ich folgendes sagen: Herr Faust hat durchaus zutreffend die Schwierigkeiten hervorgehoben, mit denen Bremen zu kämpfen hat — nicht erst heute und gestern, sondern schon seit längerer Zeit — und mit denen es wahrscheinlich immer wird kämpfen müssen dank seiner natürlichen Lage, die wesentlich ungünstiger ist als die der andern Häfen, mit denen es in Wettbewerb steht, gegen die es sich aber trotz allem stets erfolgreich behauptet hat. Meiner Ansicht nach kann man, wenn man die Rede des Herrn Faust ihrer Arabesken entkleidet, darin nur ein Loblied auf Bremen sehen (Seiterkeit und Zustimmung. *F a u s t*: Herr Dr. Buff, was sagen Sie nun?) Diese natürlichen Schwierigkeiten bestehen nicht nur, sie sind vielleicht noch größer, als Herr Faust sie hingestellt hat. (Hört, hört!) Und wenn er uns zum Vorwurf gemacht hat, daß wir uns gelegentlich in Meinungsverschiedenheiten mit den andern Uferstaaten befinden, so frage ich: worin beruht der Grund dafür anders, als immer wieder in unserer schwierigen natürlichen Lage? Von Oldenburg trennt uns kein einziger Streitpunkt, als der der Unterweservertiefung, und auch darüber werden wir uns mit Oldenburg verständigen. Zwischen Preußen und uns schweben andere Fragen, insbesondere die Klauselfrage. Aber die Klauselfrage hätte Herr Faust weder 1904/05 vermieden, noch heute. Daß wir die Klauselfrage dem Staatsgerichtshof vorgelegt haben, ist geschehen in dauerndem Einverständnis mit den Nächstbeteiligten, mit Magistrat und Stadtverordneten in Bremerhaven. Wir haben uns entschlossen, an den Staatsgerichtshof heranzutreten, weil es sich für uns um eine Frage von ganz besonderer Bedeutung handelte, und weil wir keinen Weg sahen, im Verhandlungswege von Preußen das zu erreichen, was uns jedenfalls damals, als es zum Schluß der Verhandlung kam, als der Hauptpunkt erscheinen mußte. Gerade in diesem Hauptpunkte glaubte Preußen uns nicht ent-

gegenkommen zu können, während es in der Frage der Industrieklausel von Anfang an zum Entgegenkommen bereit war. Die Verhandlungen zwischen Preußen und Bremen sind bis zuletzt in voller Freundschaft geführt worden. Ein wesentlicher Grund, der eine Verständigung erschwerte, war die unterschiedliche Rechtsauffassung. Beide Teile sind schließlich übereingekommen, die Verhandlungen, weil sie erfolglos schienen, einzustellen, und die Klärung der Rechtslage durch den Staatsgerichtshof abzuwarten. Wir haben unsere Gründe nach bestem Gewissen dargelegt, Preußen nach bestem Gewissen seine Gegengründe, und der Staatsgerichtshof hat nach bestem Gewissen entschieden. Daß die Entscheidung gegen uns ausgefallen ist, ist bedauerlich. Andern können wir es nicht. Auch glaube ich nicht, daß man uns einen Vorwurf daraus machen kann. In jedem Rechtsstreit muß ein Teil unterliegen. Mit der Möglichkeit eines solchen Ausganges mußten wir rechnen und haben wir gerechnet. Wenn wir uns trotzdem entschlossen haben, die von uns ausgeworfene, strittige Rechtsfrage dem Staatsgerichtshof vorzulegen, so deshalb, weil der Punkt, in dem wir von Preußen das gewünschte Zugeständnis nicht erlangen konnten, uns so wichtig schien, daß wir es für unsere Pflicht hielten, kein Mittel unversucht zu lassen.

Ich glaube, daß der Gegenstand ziemlich ausgeschöpft ist. Ich möchte mich dem anschließen, womit Herr Ulrich geschlossen hat: Allen Schwierigkeiten zum Trotz hat Bremen sich behauptet und wird sich behaupten, wenn wir alle zusammenstehen und alle gemeinsam Bremens Bestes im Auge behalten. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Ein Schlußantrag (Rednerliste Globig und Faust) wird abgelehnt.

G l o b i g (R.): Meine Damen und Herren! Von rechtsbürgerlicher Seite ist dem Sozialdemokraten Faust der Vorwurf gemacht worden, daß er den Niedergang Bremens prophezeie. Ich stelle fest, daß sowohl Herr Wenhold wie Herr Ulrich und Herr Dr. Gebert, im Grundtone auch Herr Senator Apelt, im wesentlichen dasselbe gesagt haben. Sie haben gesagt: Wir stehen vor ungeheuren Schwierigkeiten und haben dagegen nichts anderes als den „guten bremischen Kaufmannsgeist“. Wie es mit dem beschaffen ist, das hat keiner besser gesagt, als Gottfried Seume, der hier an der „Herrlichkeit“ hängt. Er sagte: „Das Vaterland des Kaufmannes ist da, wo er am meisten schinden und schaben kann, ohne vom Staate geschröpft zu werden!“ So hat sich der bremische Kaufmann immer offenbart, gut kapitalistisch. Er hat überall hingerochen und gesucht, wo er gute Verbindung bekommen kann. Er ist in Preußen auf Granit gestoßen. Er hat sich mit Oldenburg in Verbindung gesetzt. „Von Oldenburg trennt ihn nur die Unterweserverfrage“, sagt man. Aber das ist doch dieselbe Frage wie mit Preußen. Der Bremer hat auch über dem Ozean Verbindung gesucht, und die deutsche Sozialdemokratie war Ihnen (nach rechts) ein zuverlässiger Bundesgenosse. Ich

erinnere an das letzte sozialdemokratische Wahlplakat: „Vom Bremer Dom bis zur New Yorker City“. Die Sozialdemokratie wollte die Brücke zum verheißungsvollen Dollarlande bilden, den Bremer Staat betrachtete man schon als amerikanische Kolonie. Gegenüber den Schwierigkeiten, die Sie aufgezeigt haben, hat Bremen nichts als gepumptes Geld, staatliche Kredite und versucht, durch Ausbau der Häfen eine bessere Konjunktur, ein anderes Verhältnis zu schaffen. Aber Sie werden da landen, daß Sie gute Häfen und Schuppen und Schiffe usw. haben, nur das wichtigste nicht, Blut in den Adern, das heißt, der ganze Organismus wird kein Leben haben. Sie versuchen, durch Einrichtungen bessere ökonomische Zustände zu schaffen, statt aus den bestehenden Zuständen abzuleiten. Nun rügen die Sozialdemokraten die Politik, die die reaktionäre bremische Kaufmannschaft gegenüber dem Auslande, vor allem gegenüber Sowjetrußland, eingenommen hat. Ausgerechnet die Sozialdemokratie sagt das! Es ist richtig, Sowjetrußland hat vorübergehend über Bremen allerhand gehandelt. Wenn Sie die Zahlen des gesamten Handels wüßten, den Rußland über Deutschland leitet, so würden Sie das Bestreben bestimmter Bremer Kaufleute, sich mehr östlich zu orientieren, wohl begreifen. Aber die Sozialdemokratie ist zu allerlezt berufen, die deutsche Bourgeoisie Mores zu lehren, denn gerade durch die konterrevolutionäre Politik, die die deutsche Sozialdemokratie fordert und propagiert, wurden die Beziehungen zu Rußland erschwert und unterbunden. Ich erinnere an die letzten Artikel, die der „Vorwärts“ aus Anlaß der Todesurteile im Moskauer OC-Prozeß über das Verhältnis Deutschlands zu Sowjetrußland brachte. Darin fordert die SPD. in provozierender Weise den Abbruch der gegenseitigen Beziehungen.

Präsident: Wir sind aber am linken Weserufer, nicht in Rußland!

Globig (fortfahrend): Dann mache ich Sie darauf aufmerksam, daß Sie vor mir sechs, sieben Rednern Gelegenheit gaben, nicht nur über Rußland, sondern auch über Tod und Teufel zu reden.

Präsident: Wenn hier über die Häfen von Holland und Belgien usw. geredet wird, so steht das im Zusammenhang mit der Vorlage. Aber russische Häfen interessieren uns keineswegs.

Globig (fortfahrend): Ich habe auch nicht von russischen Häfen gesprochen, sondern von russischen Handelsinteressen in Bremen und von der Politik der bremischen Kaufmannschaft. Ihrer Gesellschaftsschicht in Bremen wurde der Vorwurf rußlandfeindlicher Politik gemacht. Ich werfe keine fremden Gesichtspunkte in die Debatte, die nicht schon erörtert wurden.

Ich fahre also fort: Die Sozialdemokratie ist schlecht beraten, wenn sie die Bürgerlichen Mores lehrt, denn die unsinnige, borniert antibolschewistische Politik, die von sozialdemokratischen Ministern und Parteileuten gegenüber Rußland geführt wurde und die u. a. den Ueberfall auf die

russische Handelsmission in Berlin zur Folge hatte, hat den Handel Rußlands mit Bremen sehr erschwert bzw. zeitweilig ganz unterbrochen. Des weiteren hat die Sozialdemokratie eine „gewisse Interesseneinstimmung zwischen dem deutschen Kapitalismus und der Bremer Arbeiterschaft“ festgestellt. Herr Faust sagte sinngemäß: „Wir vertreten deshalb die Wirtschaftspolitik, weil sie zugleich die Politik der Arbeiterklasse ist.“ Er behauptet also, daß eine Politik der Bourgeoisie zugleich eine Politik der Arbeiterschaft sein kann, daß es eine Uebereinstimmung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten gibt. Er will ferner die deutsch-französische Verständigung. Das liegt auf derselben Linie: „Los von Sowjetrußland!“ Damit kommt Herr Faust — allerdings im Feuilletonstil, er kann es nicht anders (ich muß da Herrn Wenhold recht geben) — zu der Ueberzeugung, daß das deutsche Proletariat auf Gedeih und Verderben mit seinen Ausbeutern verbunden ist und nur eine solche Politik zu betreiben hat. Diese Politik ist die des Garantepaktes und des Dawes-Planes. (Präsident: Wir sind am linken Weserufer!) Ich begreife (zum Präsidenten gewendet) Ihre Nervosität nicht. Ich spreche doch laut genug. (Faust: Aber nur laut und nicht vernünftig!) Vernunft ist ein relativer Begriff, und die Vernunft von Faust ist nicht unsere. Also, die Politik, die Herr Faust verlangt, ist in Wirklichkeit gegen die Interessen der deutschen Arbeiter gerichtet, denn sie endet mit weiterer Drosselung der deutschen Produktion, mit weiterer Stilllegung und Arbeitslosigkeit, mit verschärfter Ausbeutung des deutschen Proletariats durch deutsche und ausländische Imperialisten. Es gibt keine Interessengemeinschaft zwischen deutschen Arbeitern und deutschen Kapitalisten! Wir haben immer nur den Klassengegensatz festzustellen und zu verschärfen und für das Proletariat auszunutzen. Die Anstrengungen der Kapitalisten in Bremen helfen nichts. Sie befinden sich auf absteigendem Ast. Es gibt für sie keinen Ausweg. Wir Kommunisten haben auch absolut keine Ursache, ihnen behilflich zu sein. Wir nutzen diese Krise aus, um sie zu stürzen.

Präsident: Ich beschränke die Debatte nunmehr auf die Frage der Zurückverweisung der Vorlage.

Faust (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem, was der letzte Redner gesagt hat, ist es doch selbstverständlich, daß die Debatte wieder eröffnet werden muß.

Präsident: Ich habe gleich, nachdem der Zurückverweisungsantrag gestellt wurde, gesagt, daß ich nur noch die Herren zu Wort kommen lassen würde, die sich bis dahin zum Wort gemeldet hatten.

Faust: Zu den Ausführungen Globigs und zum Zurückverweisungsantrag möchte ich sagen, daß ja gerade der Gegensatz zwischen jener und unserer Politik der Grund dafür ist . . . (Präsident: Das lasse ich nicht zu!) Sie können doch unmöglich,

da ich von vier Rednern angegriffen worden bin, mich daran hindern, darauf zu antworten.

Präsident: Nach der Geschäftsordnung kann ich Ihnen zu allgemeinen Ausführungen das Wort nicht mehr geben; Sie dürfen nur zur Frage der Zurückverweisung sprechen. Das habe ich bereits vorhin gesagt. Nach der Geschäftsordnung kann ich nicht anders verfahren.

Faust: Wenn Sie wünschen, daß ich eine halbe Stunde zur Frage der Zurückverweisung rede, dann soll es mir gleich sein. Aber es liegt mir doch schließlich daran, Angriffe der vier Vorredner zurückzuweisen.

Präsident: Sie können ja den Zurückverweisungsantrag ablehnen, dann wird die Debatte eben wieder eröffnet, und Herr Faust kann dann wieder zum Thema reden.

Faust: Der Herr Senatskommissar hat sich zum Wort gemeldet, nachdem der Herr Präsident gesagt hatte, daß er die Debatte auf die Frage der Zurückverweisung beschränke; er hat also die Debatte wieder eröffnet.

Wenhold (D.): Herr Präsident! Befragen Sie doch das Haus!

Präsident: Herr Faust hat doch die Möglichkeit, vor der Abstimmung zur Abwehr eines persönlichen Angriffs das Wort zu nehmen.

Theil (S.): Der Senatskommissar hat sich doch auch später gemeldet.

Präsident: Gewiß, das stimmt; dazu ist er aber auch berechtigt. Sie kennen anscheinend die Geschäftsordnung nicht. Der letzte Redner, der sich gemeldet hatte, war Herr Globig. Frau Stiegler hat die Rednerliste geführt und kann das bezeugen.

Frau Stiegler (S.): Herr Globig war der letzte Redner, ehe der Herr Präsident sagte, daß von jetzt ab nur noch zur Frage der Zurückverweisung geredet werden dürfe. Der Herr Senatsvertreter hat aber jederzeit das Recht, das Wort zu nehmen.

Theil (S.): Aber dadurch hat er doch eben die Debatte wieder eröffnet!

Präsident: Es tut mir leid, ich kann nicht anders handeln, als nach der Geschäftsordnung.

Faust (S.): Es steht zur Debatte die Frage der Zurückverweisung. Dazu hat der letzte Redner in einem bestimmten Sinne gesprochen und an die Frage der Zurückverweisung Anträge geknüpft. Die Ausführungen, die ich gemacht haben möchte, wären längst zu Ende, wenn die Geschäftsführung nicht so bürokratisch wäre. Herr Präsident! Sie geben doch zu, daß der Senatskommissar sich gemeldet hat, nachdem Globig sich gemeldet hatte.

Präsident: Der Herr Senatskommissar hat jederzeit das Recht, sich zum Wort zu melden.

Faust: Der Senatskommissar hat die allgemeine Debatte über den Gegenstand wieder eröffnet!

Präsident: Der Herr Senatskommissar hat vor Herrn Globig gesprochen.

Faust: Er hat sich aber nach Globig gemeldet.

Präsident: Das ist gleichgültig; lesen Sie die Geschäftsordnung nach.

Faust: Gestatten Sie mir die Widerlegung der Ausführungen der Vorredner?

Präsident: Das kann ich nicht zulassen.

Faust: Dann bitte ich das Haus zu befragen, ob die Debatte wieder eröffnet werden soll.

Präsident: Es tut mir leid, ich kann nicht im Gegensatz zur Geschäftsordnung handeln.

Faust: Zur Frage der Zurückverweisung habe ich aber doch das Recht, die Angriffe der Vorredner zurückzuweisen, die sich mit meinen Ausführungen beschäftigt haben.

Präsident: Sie dürfen nur zur Frage der Zurückverweisung sprechen.

Faust: Ueber den Ausführungen der Redner der Regierungsparteien stand als einheitliches Motto zu lesen: Die Wahrheit darf nicht gesagt werden! Insbesondere hat Herr Dr. Buff diesen Standpunkt in der krassesten Form vertreten und sozusagen die Behauptung aufgestellt: Ihr könnt hinter den Kulissen reden, soviel ihr wollt, aber in der Öffentlichkeit dürft ihr davon nicht sprechen, da es die „bremischen Interessen“ schädigt! Das ist ein Standpunkt, der unter allen Umständen zu verwerfen ist.

Präsident: Die Debatte ist auf die Frage der Zurückverweisung beschränkt. Sie machen aber jetzt allgemeine Ausführungen. Wenn ich dem stattgeben wollte, so würden die folgenden Redner daselbe Recht für sich beanspruchen. Ich kann das also nicht zulassen.

Prof. Dr. Dieß (D. V.): Kommen Sie doch später auf die Sache zurück!

Faust: In fünf Minuten ist alles gesagt!

Präsident: Sie können doch nicht verlangen, daß ich etwas tue, was gegen die Geschäftsordnung ist. Die Rednerliste für die allgemeinen Ausführungen ist geschlossen!

Faust: Das ist ein Präzedenzfall, den wir noch nicht erlebt haben! Auch eine solch widersinnige Interpretation der Geschäftsordnung haben wir noch nicht erlebt!

Präsident: Es tut mir leid; ich halte die Geschäftsordnung aufrecht.

Faust: Sie gestatten mir also keine Ausführungen zu den Ausführungen der Vorredner?

Präsident: Das kann ich nicht machen. Ich habe das einmal gesagt, und das muß ich aufrecht erhalten. Sonst wäre ich ein unfähiger Präsident!

Faust: Ich stelle somit fest, daß der Herr Präsident es nicht gestattet, daß ein Redner der größten Fraktion dieses Hauses, die angegriffen worden ist, auf diese Angriffe antwortet. Wir kommen auf den Fall noch zurück. Ich ersuche jetzt um das Wort zur Abwehr persönlicher Angriffe.

Präsident: Das steht Ihnen vor der Abstimmung über den Zurückverweisungsantrag zu. Ich weiß im übrigen ja noch gar nicht, ob es überhaupt zur Abstimmung kommt.

Theil (S.): Ich finde das Verhalten des Herrn Präsidenten nicht in der Ordnung. Wenn die Rednerliste nur insoweit bestanden hätte, wie sie von Frau Stiegler vorgelesen worden ist, so wäre der Herr Präsident im Recht. Aber der Herr Präsident hat ausdrücklich erklärt: bei der bisherigen Wortmeldung lasse ich die allgemeine Aussprache zu, bei den kommenden Wortmeldungen beschränke ich die Aussprache auf die Frage der Zurückverweisung. Es haben noch gesprochen die Herren Wenhold, Ulrich und Dr. Buff, und erst danach hat der Senatsvertreter gesprochen; denn hätte er sich eher gemeldet, dann hätte er auch eher das Wort nehmen müssen, denn bekanntlich bekommt er das Wort sofort nach seiner Wortmeldung. Nachdem man also die Rednerliste um den Senatsvertreter vergrößert hatte, waren die Worte des Präsidenten, mit denen er die Debatte beschränkt, ungültig; es mußte, nachdem der Senatsvertreter gesprochen hatte, die allgemeine Aussprache wieder zugelassen werden. Ich will aber heute darüber keinen größeren Streit herbeiführen, aber wir werden zweifellos noch einmal dazu Stellung nehmen müssen, entweder im Vorstand oder im Geschäftsführungsausschuß, um darüber eine Klärung herbeizuführen. Herr Faust hat jedenfalls sehr richtig festgestellt, daß es sich hier um einen Präzedenzfall handelt, den wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen werden.

Präsident: Der Herr Senatskommissar hat jederzeit das Recht, sich zum Wort zu melden; aber ganz abgesehen davon, hatte er sich schon früher gemeldet, mir dabei aber gesagt, er wolle erst nach Herrn Dr. Buff sprechen.

Faust: Das war also eine Schiebung!

Präsident: Ich bitte den Herrn Senatskommissar, mir zu sagen, daß er sich erkundigt hat, wer in die Rednerliste eingetragen war, und daß er mir dann hat sagen lassen, daß er nach Herrn Dr. Buff sprechen wolle.

Senator Dr. Apekt: Das ist vollständig richtig. Ich hatte verstanden, daß Dr. Buff der letzte Redner sei. Daß Herr Globig noch auf der Liste stand, war mir entgangen, sonst hätte ich erst nach ihm das Wort genommen.

Theil (S.): Das hätte auf die Liste kommen müssen!

Präsident: Auch dann hätten Sie Unrecht gehabt!

Wenhold (D.): Dieser Streit dauert nun schon über 10 Minuten!

Präsident: Das ist mir gleich, ich muß das durchfechten!

Schmidt (S.): Bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!

Präsident: Es tut mir leid!

Schmidt: Ich wollte nur auf einen sachlichen Irrtum aufmerksam machen!

Präsident: Wir wollen jetzt nicht mehr zur Geschäftsordnung reden!

Faust: Aha, der Hausknechtsparagraph!

Präsident: Herr Faust, wünschen Sie jetzt das Wort zur Abwehr eines persönlichen Angriffes? (Faust verzichtet.)

Präsident: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag Mester.

Der Antrag Mester auf Zurückverweisung wird abgelehnt.

Faust (S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gegen meine Ausführungen haben sich Vertreter sämtlicher Regierungsparteien in ziemlich scharfen Worten gewandt. Ueber ihren Ausführungen stand das Motto: In der Bürgerschaft darf die Wahrheit nicht gesagt werden, sondern es muß Illusionspolitik, es muß Vogel-Strauß-Politik getrieben werden. Und gegen diesen Standpunkt wehren wir uns um so mehr, als wir keine Regierungspartei, sondern Oppositionspartei sind. Sie (nach rechts) beschwerten sich, daß wir scharfe und berechtigte Angriffe gegen Ihren Senat führen. (Zuruf rechts: Unberechtigte!) Das ist Ansichtssache! Ich erinnere z. B. an die Verhandlungen, die anlässlich der Senatsumbildung zwischen den Parteien gepflogen sind; mit welcher Brutalität haben Sie die Arbeiterpartei von jeder Regierungs- und Verwaltungsarbeit und somit von jeder tieferen Einsicht in Ihre Arbeiten ausgeschaltet. Und da wollen Sie noch „dem Ochsen, der da drischt, das Maul verbinden“? (Langanhaltende stürmische Heiterkeit rechts und in der Mitte. — Zurufe: Selbsterkenntnis!) Mit Absicht habe ich diesen biblischen Ausdruck angewandt, um Ihre Brutalität besser zu kennzeichnen. Sie nahmen unsere Arbeit und unsere Unterstützung, so oft Sie konnten, in Anspruch. Der Dank dafür jedoch war, daß alles, was die Sozialdemokratie zur Förderung von Arbeiterinteressen beantragte, mit geschlossener Brutalität von Ihnen abgelehnt wurde. Und da wollen Sie uns verbieten, bei einer Gelegenheit, die beweist, wie Ihre Politik und Ihre Tendenzen Schiffbruch gelitten haben, den Finger in die Wunde zu legen? Ich erinnere Sie an die Zeit, wo Sie in Opposition gestanden haben. Ich frage Herrn Dr. Buff und die Deutschnationalen, die selbst gegen Stresemann in der eigenen Reichsregierung in Opposition stehen, ob sie sich verbieten lassen, das zu sagen, was sie zu sagen haben? Daß man solches nur am grünen Tisch besprechen dürfe, das ist ein Standpunkt, der vielleicht zur Zeit Ihres Achtlassenparlaments aktuell war, der jetzt aber den Tod der Demokratie und des Parlamentarismus bedeuten würde. Wenn Sie das wollen, dann sind Ihre Ausführungen berechtigt. Ich glaube aber nicht, daß Herr Wenhold es will.

Herr Wenhold fing an mit der Kritisierung einer angeblichen Oberflächlichkeit und stellte sich hin als der Mann, der in Taucherausrüstung in die tiefsten Tiefen hinabsteigen könnte! Wenn Sie, Herr Wenhold, dieser eingeweihte Taucher sind, dann muß ich Ihnen den Vorwurf der Oberflächlichkeit zurückgeben; denn die Zeichen der Zeit haben Sie nicht verstanden, oder Sie haben dauernd Ihre Geheimnisse für sich behalten. Das haben Sie dann

aber nur getan, weil Sie die Erkenntnis der Zusammenhänge nicht hatten und sich lediglich mitreißen ließen von dem Strom, der Sie persönlich dann allerdings auch nach oben und an die Spitze der Sparkasse getrieben hat! Ich glaube, die Oberflächlichkeit ist ganz auf Ihrer Seite, und ich wüßte wirklich nicht, was Sie uns Neues enthüllt hätten. Sie haben positiv gar nichts gesagt.

Bei Herrn Ulrich, der als Vertreter der Handelskammer gesprochen hat, vermiße ich, daß er, ebenso wie Herr Wenhold, auf die Frage der Industrialisierung eingegangen ist. Ich habe energisch darauf hingewiesen, daß eine Abwendung von dieser erfolglosen Politik möglich sei, indem man die Industrialisierung Bremens fördere. Das war der Sinn der „Mischung von Hamburg und Hannover“! Wenn Schwierigkeiten vorhanden sind, ist es denn ein Verbrechen, sie auszusprechen? Da lobe ich mir den Senatskommissar, der hier mein bester Bundesgenosse wurde: Er sagte deutlich: die Schwierigkeiten, die ich geschildert hätte, seien in Wirklichkeit noch größer. Damit sind alle Angriffe der Fraktionsredner der Regierungsparteien als null und nichtig hinweggefegt worden.

Ich möchte noch einen anderen Punkt erwähnen, wenn der Herr Präsident mir gestattet, Autoritäten zu zitieren, die selbst Herr Ulrich nicht abweisen wird; denn es sind seine direkten Vorgesetzten. Nach der „Weser-Zeitung“ vom 10. Juni 1925 hat Herr Koltenius, der Präses der bremischen Handelskammer, auf einer Handelskammer-Tagung in Bremerhaven ausgeführt . . .

Präsident: Herr Faust, können Sie Ihre Rede nicht abkürzen?

Faust (fortfahrend): Den Gefallen tue ich Ihnen nicht, nachdem Sie mich so behandelt haben. (Seiterheit.) Herr Koltenius hat ausgeführt:

„Die statistischen Zahlen sind geradezu erschütternd. Sie ergeben das Bild, daß früher der Bau von Handelsschiffen an der Weser den an der Elbe um ein Vielfaches übertraf und vor Kriegsbeginn immerhin noch doppelt so groß wie dieser war, während heute die Elbe die Weser weit hinter sich gelassen hat Dasselbe gilt für die Fischerei, in der früher die Weser unbestritten führte, während bereits im Jahre 1923 der Auktionsumsatz in den Seefischereihäfen der Weser 81 Millionen Pfund, in denen der Elbe jedoch 91,6 Millionen Pfund beträgt.“

Was der Präses der Handelskammer in großer Deffentlichkeit sagt, darf ich im Plenum der Bürgerschaft nicht sagen? Herr Ulrich hat dann noch einen meiner Vorwürfe durch Hinweis auf die „nationale Würde“ der bremischen Kaufleute zu begegnen versucht. Ueber diese „Würde“ lachen ja die Hühner! (Hinzmann: Lassen Sie sie lachen!) Ach, Herr Hinzmann, Sie Huhn! Haben Sie denn vergessen, wie Ihr Herr Cuno, der gleichzeitig Reichskanzler und Generaldirektor der Hapag war, das Interesse Deutschlands bedingungslos in die Hand des amerikanischen Präsidenten gelegt hat? Haben Sie vergessen, daß Ihr Parteiführer Stresemann sich sein

Sicherheitsangebot von England vordiktieren ließ? Das ist Ihre „nationale Würde“! Haben Sie vergessen, daß Ihre Wirtschaftsführer alle vierzehn Tage nach Amerika fahren und Dollars erbetteln? (Widerspruch rechts.) Das sind ein paar Beispiele; man könnte Duzende anführen. Sie wissen am besten, wie oft Sie bei den Engländern und Amerikanern antichambrieren. Für die Häfen waren die Dollars allerdings nicht da. Die haben sie in auswärtigen Industrien untergebracht. Stimmt das oder nicht? (Widerspruch rechts. — Hinzmann: Kommen Sie nicht mit Andeutungen! — Professor Dr. Diez: Lassen Sie ihn reden! Er klopft nur auf den Busch!) Hinter Ihrem Busche sitze ich nicht.

Ein anderer Vorwurf noch, der uns berechtigt, Sie in dieser Weise anzugreifen: Sie sagen: Die Schwierigkeiten Bremens kämen von der allgemeinen Wirtschaftskrise. Gut! Aber haben Sie vergessen, daß Sie bei den Gelegenheiten, wo Sie die Deffentlichkeit aufklären konnten, etwas ganz anderes gesagt haben? Haben Sie nicht, wenn es in Ihrem politischen Interesse war, die Wirtschaftslage optimistisch geschildert? Haben Sie nicht bei allen Wahlen betont: „Wir sind die Vertreter der Wirtschaft, die Brot und Arbeit schafft? Wählt uns, dann kommt alles in Ordnung!“? Haben Sie nicht bei der letzten Hindenburg-Wahl das Motiv des Kettlers hervorgehoben? (Ulrich: Hindenburg ist kein Wirtschaftspolitiker.) Ich quittiere den Zwischenruf von Herrn Ulrich, daß Hindenburg kein Wirtschaftler ist. Aber Sie haben ihn als „Ketter“ gewählt, doch nicht nur für die schwarzweißrote Fahne, sondern als Ketter für den Aufstieg des deutschen Wirtschaftslebens, als Ketter für die Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Lage! Und jetzt? Wenige Monate nach all diesen tönenden Versprechungen sehen wir das Ergebnis. Und da wollen Sie uns, die Sie uns in der schäbigsten Weise in Reden und in Artikeln angegriffen haben, verbieten, Ihnen Ihr Sündenregister vorzuhalten? (Erregte Zurufe rechts. Andauernde Unruhe auf allen Seiten.)

Präsident: Diese Art des Verhandeln entspricht nicht der Würde des Hauses. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Faust: Sie ersehen daraus, wie wenig berechtigt die Angriffe der Regierungsparteien gegen unsere Ausführungen gewesen sind.

Was nun noch die Ausführungen des Herrn Dr. Buff betrifft, daß die „sozialistische Mißwirtschaft“ im Lübecker Senat an dem Niedergang Lübecks schuld sei — wohl am Niedergang Lübecks im 15. Jahrhundert — so ist das eine Unterstellung, die bestenfalls eines Sextaners würdig ist! So etwas Demagogisches ist in dieser Bürgerschaft überhaupt noch nicht ausgesprochen worden!

Präsident: Ich muß bitten, derartige Ausführungen nicht zu machen!

Faust: Sie haben sich beklagt über unsere Methode, Schäden aufzudecken. Ich glaube aber, das ist die wirksamste Methode zur Besserung. Wir

haben das eigentlich sehr gründlich erfahren: Ich erinnere Sie an die Methoden, die Sie während des Krieges angewandt haben. Da war alles stets nur rosig, da war alles glänzend — bis zum Tage des völligen Zusammenbruches. Wie wurde das Volk furchtbar geschädigt durch die verlogene Schönfärberei seiner Militärführer, Regierungsmänner und Wirtschaftsführer! Ihre Methoden haben also gründlich versagt. Wenn wir sie hier wieder ausleben lassen wollten, so riskierten wir bei einem ähnlichen Illusionismus, einer ähnlichen Katastrophe entgegenzugehen wie damals. Ich stelle demgegenüber eine Methode, die weit wirksamer ist, auch wenn sie aus England kommt. (Präsident: Sie haben noch 3 Minuten!) Das ist die Methode, die Kritik so scharf wie möglich anzusetzen, die Methode, mit dem Pessimismus zu arbeiten, die Methode, zu sagen: das ist schlecht, das ist im Niedergang begriffen, das ist falsch! Mit dieser Methode haben die Engländer gegen ihre Feinde gesiegt. Gerade diese Methode wenden wir heute an. Wenn diese meine Ausführungen erreichen, daß Sie sich dazu bequemen, der Öffentlichkeit gegenüber die rücksichtslose Wahrheit zu sagen, so kommen wir sicher damit weiter.

Aber warum Sie die Wahrheit verschweigen möchten, wissen wir. Das Volk, das Sie mit Redensarten und Wahlversprechungen besoffen gemacht haben, könnte sonst merken, woran es mit Ihnen ist. Aber können Sie uns verdenken, daß wir es aussprechen? Haben Sie irgend etwas getan, was Ihnen das Recht geben könnte, von uns irgendein Entgegenkommen zu fordern? (Prof. Dr. Dieß: Das verlangen wir auch gar nicht!) Sie verlangen von uns, daß wir die Wahrheit verschweigen! (Prof. Dr. Dieß: Das glauben Sie doch selber nicht!) Wenn Sie mit dieser Methode weiterarbeiten, so riskieren Sie nur, daß wir Ihnen stets von neuem in die Parade fahren! (Während dieser Ausführungen haben die Angehörigen der Linksparteien mehr und mehr den Saal verlassen.)

Theil (S.): Herr Präsident, Sie wissen wohl schon, was ich sagen will; ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident: Das Haus ist nicht mehr beschlußfähig. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen allen recht vergnügte Ferien.

Schluß 10.50 Uhr.

